

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

## Das Kinderbetreuungsgeld am Prüfstand familien- und gleichbehandlungspolitischer Überlegungen

Zur Analyse einiger Folgen des KBG-Gesetzes 2001  
der ÖVP-FPÖ-Regierung (2000-2003)

Verfasserin

Maria Rathgeb

angestrebter akademischer Grad:

**Mag.phil.**

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A300 295

Studienrichtung lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Dr. Fritz Windhager

### Ehrenerklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Dr. Fritz Windhager für die große Unterstützung bedanken.

Ganz lieben Dank auch meinem Vater.

lichtl,  
sagte mutter, wenn sie mich zärtlich rufen  
und aus dem garten ins haus locken wollte,  
zu einem teller *anton berta cäsar* buchstabensuppe  
oder der anprobe eines neuen kleides.  
mein lichtl, kleines.  
ganz ohne echo  
und ohne das wissen darum,  
dass sie wohl recht behalten würde,  
wie immer.  
denn verglüht sind wir alle, sie und ich, wie wir damals waren.  
(aus: Yvonne Giedenbacher: badeschluss, zurück und retour)

1	Einleitung.....	5
1.1	„Die Basisgrammatik“ dieser Untersuchung .....	7
1.1.1	Familie und „nachhaltige“ Familienpolitik.....	7
1.1.2	Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) .....	8
1.1.3	Zum EU-Kontext der familienpolitischen Problematik.....	9
1.2	Fragestellung und Methode .....	10
1.3	Aufbau der Arbeit.....	12
2	Familie und Familienpolitik im theoretischen Diskurs .....	15
2.1	Begriffsangebote .....	15
2.2	Zum Struktur- und Funktionswandel der Familie .....	18
2.3	Motive und Modelle familienpolitischen Handelns .....	22
2.3.1	Familienpolitik nach Badelt: Instrumentelle Orientierung....	22
2.3.2	Familienpolitik nach Gauthier: Leitbildorientierung .....	23
2.3.3	Familienpolitik nach Kaufmann: Doppelstrategie.....	25
2.3.4	Ertrag der Diskussion .....	26
3	Zur Gleichbehandlungspolitik zwischen 1970 und 2000 .....	27
3.1	Meilensteine in den 1970er- Jahren.....	27
3.2	Meilensteine in den 1980er- und 1990er-Jahre .....	30
3.3	Erwerbsarbeit: Notwendig, aber nicht hinreichend .....	34
3.4	Ansätze zur Gleichstellung von Mann und Frau .....	36
4	Exkurs: Familienpolitik der Großen Koalition SPÖ/ÖVP .....	39
4.1	Familienpolitik zwischen Konsens und Dissens .....	39
4.2	Die großkoalitionäre Familienpolitik am Prüfstand Gauthiers ..	43
5	Familienpolitische Positionen von ÖVP und FPÖ (2000-2003) ..	44
5.1	Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) .....	44
5.1.1	Eine strukturierte historische Entwicklungsskizze .....	44
5.1.2	Familienpolitik als Thema in ÖVP-Programmen .....	48
5.2	Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) .....	51
5.2.1	Eine historische Entwicklungsskizze .....	51
5.2.2	Familienpolitik als Thema in FPÖ-Parteiprogrammen .....	52
6	Zur Familien- und Gleichbehandlungspolitik der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Koalition 2000-2006 .....	57

6.1	Vorbemerkung .....	57
6.2	Familienpolitik als Thema im Nationalratswahlkampf 1999 ....	59
6.3	Familienpolitische Argumente der SPÖ im Wahlkampf 1999..	61
6.4	Familienpolitik im VP/FP-Regierungsprogramm 2000 .....	62
6.5	Familienpolitik im VP/FP-Regierungsprogramm 2003 .....	64
6.6	Zur Gleichbehandlungspolitik der VP-FP-Koalition.....	67
6.7	Zur politikwissenschaftlichen Kritik der Gleichbehandlungspolitik...	68
7	Das KBG: Vorgeschichte und geltende Rechtslage.....	71
7.1	Karenzgelregelungen vor Einführung des KBGG .....	71
7.1.1	Karenzurlaubsgeld.....	71
7.1.2	Anspruchsvoraussetzungen .....	72
7.1.3	Zuverdienstgrenze .....	72
7.1.4	Leistungsdauer und -höhe .....	73
7.1.5	Versicherungsrechtliche Auswirkungen.....	73
7.1.6	Kündigungs- und Entlassungsschutz.....	73
7.1.7	Übergangsregelungen .....	74
7.2	Kinderbetreuungsgeld ab 2002 – geltende Rechtslage .....	74
7.2.1	Anspruchsvoraussetzungen .....	74
7.2.2	Zuverdienstgrenze .....	75
7.2.3	Leistungsdauer und -höhe .....	75
7.2.4	Versicherungsrechtliche Auswirkungen.....	76
7.2.5	Kündigungs- und Entlassungsschutz.....	76
7.2.6	Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld .....	76
8	Das KBG am empirischen Prüfstand .....	78
8.1	KBG – Ein Beitrag zum Wohlfahrtsstaat .....	78
8.2	Problemdimensionen der Leistungsbezugs-Dauer .....	79
8.3	Beruflicher Wiedereinstieg durch KBG verzögert .....	82
8.4	Wirkungen der Zuverdienstgrenze .....	87
8.5	Die außerhäusliche Kinderbetreuungsfrage im Diskurs.....	88
8.6	Zum KBG-Leistungsbezug im Gender-Fokus .....	91
9	Politische und konzeptive Konsequenz des KBG .....	94
9.1	Familienpolitische Konsequenzen.....	94

9.2	Gleichbehandlungspolitische Konsequenzen .....	94
9.3	Konzeptive Konsequenzen: „Nachhaltigkeit“ und „Gauthier“ ..	96
10	Zusammenfassender Ausblick .....	97
11	Literaturverzeichnis.....	101
12	Abbildungsverzeichnis .....	115
13	Abkürzungsverzeichnis.....	116
	Anhang I: Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) .....	117
	Anhang II: Auszug Regierungsprogramm für die XXI. GP .....	139
	Anhang III: Auszug Regierungsprogramm für die XXII. GP .....	142
	Lebenslauf.....	143
	Abstract .....	144

# 1 Einleitung

Die Geburtenentwicklung in Österreich zeigt, dass Frauen in Österreich durchschnittlich nur noch 1,37 Kinder zur Welt bringen (vgl. Beham/Gössweiner/Gross 1999, S. 45). Diese Geburtenentwicklung sichert langfristig nicht die Reproduktion unserer Gesellschaft. Die Entwicklung weist einen sinkenden Anteil von Kindern und Jugendlichen und einen steigenden Anteil an älteren Menschen auf. Damit wird der Generationenvertrag vor neue Herausforderungen gestellt. Dieser Geburtenrückgang in Österreich ist möglicherweise unter anderem auf die Vereinbarkeitsproblematik zwischen dem Familien- und dem Erwerbsarbeitsbereich zurückzuführen. Die Entscheidung für oder gegen Kinder wird nicht nur individuell getroffen, sondern auch durch gesellschaftliche und situative Faktoren bestimmt. Solange die Wahlfreiheit, insbesondere für Frauen, nicht gegeben ist, wird die Situation eher nicht entschärft werden.

In Österreich ist mit der ÖVP-FPÖ-Koalition im Jahr 2000 auf Bundesebene eine politische Wende eingeleitet worden. Da diese politischen Parteien in grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen vielfach übereinstimmten, konnten sie rasch ihre politischen Vorstellungen umsetzen.

Eine besonders hohe Übereinstimmung zeichnete sich bei ÖVP und FPÖ in ihren Vorstellungen über Maßnahmen in der Familienpolitik ab. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (2001) wurde der Familienpolitik eine Ausrichtung gegeben, die eine ganz andere war als die der SPÖ-ÖVP Koalitionen in den Jahren davor. In dieser bestand in der Familienpolitik von SPÖ und ÖVP nur wenig Konsens, sodass in der vorhergehenden Koalitionsperiode von SPÖ und ÖVP (1997-2000) immer um ergebnisschwache Kompromisse gerungen werden musste.

Mit 1.1.2002 wird das Kinderbetreuungsgeld in Österreich eingeführt. Es wird im *Kinderbetreuungsgeldgesetz 2001* (siehe Dokumentation im Anhang) vom österreichischen Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen. Die staatliche Leistung Kinderbetreuungsgeld ersetzt damit die erwerbsorientierte Versicherungsleistung Karenzgeld, der ein arbeitsrechtlicher Anspruch vorausgehen musste. Auch Selbständige, Bäuerinnen, Studentinnen, freie Dienstnehmerinnen und Hausfrauen haben nun Anspruch auf diese Zahlungen, das heißt die Anzahl der Anspruchsberechtigten wurde stark angehoben.

Die höchstmögliche Bezugsdauer der finanziellen Zuwendung des KBGG wird im Vergleich zum Karenzgeld um ein Jahr auf 30 Monate verlängert. Ein möglicher Zuverdienst über der Geringfügigkeitsgrenze bis € 14.600 jährlich wird eingeführt.

Ein zentraler Begriff rund um die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ist der Begriff der „Wahlfreiheit“. Er drückt aus, dass Frauen wählen können zwischen Berufstätigkeit und dem Ausmaß innerfamiliärer oder außerhäuslicher Kinderbetreuung.

Politische Veränderungen in der Familienpolitik betreffen auch die Gleichbehandlungspolitik. Ein wichtiges Ziel der Gleichbehandlungspolitik ist es, Frauen am Arbeitsmarkt gut einzugliedern und ihre finanzielle Unabhängigkeit (vom Mann) sicherzustellen. Dieses Ziel könnte erschwert werden durch lange Karenzzeiten, die den Wiedereinstieg verzögern.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Unter Wiedereinstieg wird der Eintritt in ein dauerhaftes Erwerbsverhältnis verstanden (vgl. Riesenfelder 2007, S.12).

## **1.1 „Die Basisgrammatik“ dieser Untersuchung**

### **1.1.1 Familie und „nachhaltige“ Familienpolitik**

Diese Arbeit zur Analyse der Konsequenzen des Kinderbetreuungsgeldes setzt ein Familienverständnis voraus, welches über den rechtspolitisch kargen Begriff der Familie im Sinne §1 KBGG, BGBl. Nr. 103/2001 (siehe Anhang 1) hinausgeht ohne ihn zu negieren. Das Gesetz versteht – gewissermaßen im operativ-finanztechnischen Sinn – unter Familie eine in Österreich gemeldete Lebensgemeinschaft („gemeinsamer Haushalt“) von Eltern mit ihren Kindern (oder einem Kind) oder einem Elternteil mit Kind(ern).

Für mich ist „Familie“ sowohl in seiner sozialen Binnenstruktur als auch in seiner sozialen Verflechtung nach außen politisch gestaltbares Sozialgefüge. Über die definitorische Ausgestaltung von „Familie“ gibt das folgende Kapitel 2 Auskunft, ebenso auch über die unterschiedlich weitgreifenden und ineinandergreifenden Konzeptualisierungen von „Familienpolitik“.

Mein Verständnis von Familienpolitik orientiert sich am nachhaltigen Begriff von Familienpolitik, der in Anlehnung an den deutschen Sozialbericht 2005, zitiert nach Neumann/Schaper 2008, zwei weitere Ziele familienpolitischer Maßnahmen direkt anspricht:

- Die Förderung der Geburtenrate und
- die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. Neumann/Schaper 2008, S. 295)

Im weiten Feld der „Vereinbarkeitsproblematik“ scheint mir die Frage nach der verbesserten Erwerbstätigkeit junger Mütter zentral zu sein. Dieser Erwerbsproblematik schenke ich ein besonderes Augenmerk.

Angesichts der offenkundigen ideologischen Differenzen zwischen den Regierungsparteien (FPÖ, ÖVP) einerseits und der Opposition (SPÖ) andererseits, subsumiere ich das Problem der Gleichstellung der



Geschlechter in diesem Fall ebenfalls unter den Begriff der nachhaltigen Familienpolitik (vgl. Neumann/Schaper 2008, S.295).

### **1.1.2 Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)**

Wichtigstes Instrument der österreichischen Familienpolitik ist der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Mit dem FLAF, der in erster Linie (zu 72 Prozent) aus Dienstgeberbeiträgen gespeist wird,<sup>2</sup> versucht die österreichische Familienpolitik pauschale Benachteiligungen von Familien zu verhindern oder zumindest zu reduzieren (vgl. Badelt 1994, S. 185).

Der Familienlastenausgleichsfonds hat zum Ziel, den Ausgleich von Unterhaltslasten und Betreuungsleistungen für jene Frauen und Männer zu sichern, die aktuell als Mütter und Väter für Kinder zu sorgen haben. Die Funktion des Lasten- und Leistungsausgleichs ist somit eine horizontale Umverteilungsfunktion. „Damit wird der Idee Rechnung getragen, einen Teil des Faktorentgelts „Lohn“ nicht direkt auszuzahlen, sondern je nach der familiären Situation der Arbeitnehmer/innen zu verteilen“ (Badelt 1994, S.180). Auch die Umverteilung von Familien ohne Kinder zu solchen mit Kindern ist Teil der horizontalen Verteilungsebene.

Seit 1980 zeigt sich, dass durch den FLAF auch eine vertikale Umverteilung gegeben ist, nämlich eine Umverteilung von Besserverdienern hin zu Personen mit geringerem (oder keinem) Einkommen. Der FLAF leistet somit auch einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Die Ausschüttung des Kinderbetreuungsgeldes an alle Personen mit Kleinkindern, unabhängig davon, ob sie jemals

---

<sup>2</sup> Der Anteil des Aufkommens an Einkommens- und Körperschaftssteuer, der an den FLAF zu leisten ist, ist ebenfalls als Finanzierungsquelle von Bedeutung (2005: rund 400 Mio. Euro) (vgl. [www.oevp.at](http://www.oevp.at) (1.8.2008))

Beiträge in den Fonds einbezahlt haben, fällt unter diese vertikale Umverteilung: „Der FLAF unterstützt die unteren Einkommensschichten stärker, als die oberen. Das unterste Viertel der Einkommensempfänger erhält mehr als das 3fache ausbezahlt, als es einzahlt. Das oberste Viertel hingegen erhält nur die Hälfte von dem, was es eingezahlt hat, zurück“ (ÖIF, [www.oif.ac.at](http://www.oif.ac.at), 10.10.2008).

Durch die Einführung des KBG sind die Ausgaben des FLAF beträchtlich gestiegen, da das Kinderbetreuungsgeld zur Gänze aus Mitteln des FLAF finanziert wird.

### **1.1.3 Zum EU-Kontext der familienpolitischen Problematik**

Die EU hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr intensiv mit familienrelevanten Rechtsmaterien befasst. In diesem Sinn haben sowohl der ER, die EK, das EP und die Dachverbände der Sozialpartner entsprechende Beschlüsse, Richtlinien, Entschlüsse und Initiativen gefasst bzw. verabschiedet. Wichtig für die Rechtsentwicklung war und ist auch die Judikatur des EUGH.

Im folgenden Text wird auf einige rezente RL der EU im sachlich gegebenen Zusammenhang Bezug genommen.

Für die zukünftige Ausarbeitung familienrelevanter Entscheidungen ist meiner Auffassung nach das von der BEPA im Jahre 2007 veröffentlichte Konsultationspapier grundlegend. Zudem greift es issues in ihrer EU-weiten Dimension auf, die auch in meiner Arbeit von zentraler Bedeutung sind, wie: Geburtenentwicklung, Gleichbehandlung von Mann und Frau, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Frage der Kinderbetreuung. M.a.W.: Die das KBGG umrahmende Problemlage ist kein österreichisches Spezifikum, was allerdings nicht zur Beruhigung dienen soll.

Das Beratergremium ist eine Generaldirektion der EK und damit beauftragt, den Präsidenten der Kommission und die

Kommissionsdienststellen in politischen Fragen, die für die Union relevant sind, kompetent zu beraten.

Zur Gleichstellung von Frauen und Männern und demographischer Wandel heißt es: „Das Ideal der Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz ist zwar noch längst nicht verwirklicht, aber dennoch sind beträchtliche Fortschritte festzustellen“ (Liddle/Lerais 2007, S. 16). Die Mehrheit der Frauen in der EU geht einer Beschäftigung nach, ein Viertel der Frauen arbeitet Teilzeit. Allerdings sind viele Frauen durch Haushalt, Kinder, Betreuung der Eltern und Berufstätigkeit stark belastet. Haushalte, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, sind mittlerweile die Regel. Die Doppelverdiener sind für die Familienpolitik in Europa ein zentrales Anliegen. Damit ein Doppelverdienermodell funktionieren kann, muss ein Gleichgewicht zwischen Familie und Beruf hergestellt werden. Die Verantwortung muss innerhalb der Familie geteilt werden. Wichtige Faktoren dabei sind die Stabilität der Beziehung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung der Kinderarmut (vgl. Liddle/Lerais 2007, S. 32).

EU-weit zeigt sich, dass in Ländern, in denen der Zugang zur Kinderbetreuung am leichtesten ist, die Geburtenrate entgegen dem sinkenden EU-Trend sogar leicht steigend ist, wie etwa in Frankreich und Belgien. Die Mitgliedstaaten mit dem besten Kinderbetreuungsangebot (über 35 Prozent Abdeckung bei den 0-3jährigen) sind Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Schweden. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in diesen Ländern ebenfalls am höchsten (vgl. Liddle/Lerais 2007, S. 31). „Dies spricht dafür, dass die Politik einen entscheidenden Einfluss auf die Geburtenrate hat“ (Liddle/Lerais 2007, S. 32).

## **1.2 Fragestellung und Methode**

Die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ setzten in der Familienpolitik mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2001 eine heftig

umstrittene Maßnahme. Das Ziel der Familienpolitik der neuen Regierung wird im Regierungsprogramm 2000 festgehalten:

„Familienpolitik und familienpolitische Maßnahmen sollen der Vereinbarkeit von Kind und Beruf für beide Elternteile gerecht werden. Wir wollen für Mütter und Väter die Wahlfreiheit gewährt wissen, dass beide Partner Beruf und Familie gleichzeitig verbinden, oder ob einer der beiden sich zeitweise ausschließlich der Familienarbeit widmet“ (Regierungsprogramm 2000, S. 27).

Familienpolitik beeinflusst auch Gleichbehandlungspolitik. Das heißt, Neuerungen wie die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes nehmen auch Einfluss auf die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt.

Die zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit lauten:

Wird die Wahlfreiheit und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben durch das Kinderbetreuungsgeld verbessert?

Nimmt die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im positiven oder negativen Sinn Einfluss auf den Wiedereinstieg der Frauen?

Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Zuverdienstgrenze und der Mangel an institutioneller Kinderbetreuung?

Ist das Kinderbetreuungsgeld ein Schritt in Richtung Förderung der Frauen im innerfamiliären Bereich oder hin zur Förderung ihrer Erwerbstätigkeit.

Meine Antworthypothesen auf diese zentralen Fragestellungen lauten:

Die Absenz der Frauen vom Erwerbsleben hängt von der Dauer des Kinderbetreuungsgeldbezugs ab. Mit diesem vermuteten Effekt ist gleichzeitig auch das Tor zu heftiger Kritik an dieser Maßnahme aufgestoßen. Trotz dieser Kritik kann allerdings die prinzipiell positive Logik des Kinderbetreuungsgeldes nicht übersehen werden, die darin liegt, dass der Empfängerkreis dieser staatlichen Leistung deutlich über den Bezieherinnenkreis des alten Karenzgeldes hinausgeht und gleichzeitig auch von Anfang an prinzipiell die Wahlfreiheit eröffnet, neben dem Kindergeldbezug auch berufstätig zu sein. Ein Blick auf

vorliegende empirische Befunde wird zur Klärung dieses Problems beitragen können.

Die Ergebnisse dieser Arbeit verdanken sich der politikwissenschaftlichen Hermeneutik, d.h. es wurden unterschiedlichste Textsorten auf ihre Bedeutung für das Diplomarbeitsthema analysiert und interpretiert: Parteiprogramme, Regierungsprogramme, fachwissenschaftliche Literatur, Daten der Statistik Austria.

### **1.3 Aufbau der Arbeit**

Im folgenden ersten Kapitel dieser Arbeit wird die zentrale Fragestellung, die zu ihrer Beantwortung notwendige Methode, auf das Kontextproblem des KBGG und die „Basisgrammatik“ dieser Untersuchung Bezug genommen.

In Kapitel 2 werden wesentliche theoretische Erkenntnisse zum Familienbegriff, zum Struktur- und Funktionswandel der Familie, sowie zu einzelnen Motivationskonzepten der Familienpolitik dargestellt.

In Kapitel 3 gebe ich einen Überblick über die Gleichbehandlungspolitik im Sinne ihrer rechtspolitischen Entwicklung, von den 1970er Jahren bis zu den 1990er Jahren und fokussiere dann auf die Frage nach der Bedeutung der Erwerbsarbeit der Frauen im Lichte gleichbehandlungspolitischer Überlegungen.

In einem Exkurs in Kapitel 4 werde ich einen Rückblick auf die großkoalitionäre SPÖ-ÖVP-Regierungen der 1990er-Jahre geben. Die essentiellen Neuerungen in diesem Bereich finden Ausdruck in den Familien- und Sparpaketen. Es wird versucht, die Familienpolitik dieser Zeit einem Modell Gauthiers zuzuordnen.

In Kapitel 5 wird eine strukturalistische Entwicklungsskizze der Parteien ÖVP und FPÖ dargestellt. Weiters wird in einem geschichtlichen Rückblick aufgezeigt, wie die beiden Parteien mit familienpolitischen Themen bis 1999 umgehen.

Kapitel 6 umfasst die Familienpolitik der Regierungsprogramme. Sowohl für die ÖVP als auch für die FPÖ ist der Begriff „Familie“ von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft, beide Parteien fordern die Verankerung des Begriffs in der Verfassung. Sie erzielen hohe Übereinstimmung in der raschen Implementierung von Maßnahmen. Schon im Nationalratswahlkampf von 1999 zeichnete sich diese Übereinstimmung ab.

In Kapitel 7 wird die geltende Rechtslage des Kinderbetreuungsgeldes erörtert. Die Vorgeschichte stellt das Karenzgeld dar, das durch das KBG ersetzt wurde.

In Kapitel 8 wird das Kinderbetreuungsgeld auf den empirischen Prüfstand gestellt. Das KBG wird unter den Aspekten Wohlfahrtsstaat, Leistungsbezugs-Dauer, Wiedereinstieg, Zuverdienstgrenze, außerhäusliche Kinderbetreuung und Leistungsbezug von Männern analysiert.

Kapitel 9 umfasst die familien- und gleichbehandlungspolitischen Konsequenzen der Einführung des KBG und das Basisprogramm nachhaltiger Familienpolitik behandelt. Auch auf die Fundierung der österreichischen Familienpolitik im EU-Recht wird eingegangen. Weiters werden die familienpolitischen Modelle der ÖVP-FPÖ-Regierung zugeordnet.

Im „Ausblick“ wird neben der familienpolitischen Ausrichtung der Regierung und möglichen Zielen, die sie verfolgt, auch die Modifizierungen des Kinderbetreuungsgeldes nach Ende der ÖVP-FPÖ (BZÖ)-Koalition betrachtet. Die neue SPÖ-ÖVP setzte einen Impuls mit der Einführung der drei unterschiedlichen Bezugsmodelle, die möglicherweise die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt positiv beeinflussen können.

## **2 Familie und Familienpolitik im theoretischen Diskurs**

### **2.1 Begriffsangebote**

Im Folgenden wird versucht, einen Überblick über die verschiedenen theoretischen Positionen und Interpretationen des Begriffs Familie zu geben.

Familie ist nach Wingen ein dynamisches, soziales Gebilde. Die Familie der Gegenwart weist unterschiedliche Lebensformen auf, das heißt es ist heute kaum möglich, von *der* Familie zu sprechen. Die Gemeinschaft von Eltern mit ihren Kindern stellt eine zentrale und familienpolitische relevante Familienform dar (vgl. Wingen 1997, S.3).

Nach Wingen interveniert Familienpolitik einkommens- und verteilungspolitisch zwischen Kinderlosen und Kinderhabenden. Das Kind ist nicht reine Privatsache, sondern die Gemeinschaft übernimmt Verantwortung durch finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung.

Wilk definiert die Familie als intimes Beziehungssystem, „das gekennzeichnet ist durch das Zusammenleben von Erwachsenen (oder einem Erwachsenen) mit Kindern (oder einem Kind)“, wobei die Erwachsenen die Aufgabe der Sozialisation ihrer Kinder verantworten (vgl. Wilk 1994, S.101).

Nach Lüscher (vgl. 2001, S. 5) geht es in der Familie darum, die anthropologisch vorgegebene Aufgabe, nämlich die Pflege und Erziehung von Kindern, in der Familie zu begreifen. Die Familie als Ideal, das naturgegeben und deshalb in sich richtig ist: Mutter, Vater, Kind und Verwandtschaft wird als Norm genommen. „Im Hinblick auf die vom Einzelnen ererbte biologische Ausstattung gilt dementsprechend,



dass sich ihre Einmaligkeit nicht von selbst, sondern in steter Wechselwirkung zu anderen Menschen und den Lebensbedingungen entfaltet“ (Lüscher 2001, S. 17). Dieser Standpunkt kommt aus der katholischen Soziallehre, der Verweis auf „Natur“ dient dazu, alternative Sichtweisen abzuwerten.

Dem entgegengesetzt ist der Standpunkt, dass man prinzipiell nicht von festen Formen der Familie sprechen kann: Familie ist jede Form, in der Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander sorgen (vgl. Kernthaler 2000, S. 116).

Eine familiäre Lebensgemeinschaft ist auch dort zu finden, wo Eltern mit Familienangehörigen aus der vorangegangenen Generation zusammenleben. Auch wenn Familienmitglieder nicht im gemeinsamen Haushalt leben, gehören sie zur Familie. Beziehungen über mehrere, räumlich getrennte Generationen, fallen ebenfalls unter den Begriff Familie. Noch weiter geht der Begriff der erweiterten Familie: Darunter wird der gesamte soziale Rahmen zu anderen Lebensformen verstanden (z.B. Dienstboten oder Gesellen, die im gemeinsamen Haushalt wohnen) die nicht auf der Kernfamilienstruktur und auch nicht auf Verwandtschaft und Verschwägerung basieren (vgl. Wingen 1997, S. 4).

Wingen stellt folgende konstitutive Elemente von Familie in den Vordergrund (vgl. Wingen 1997, S.5):

- Angehörige zweier verschiedener Generationen, deren Generationsbeziehung auf Basis der Blutsverwandtschaft oder Adoption beruhen kann
- Zusammenleben im gemeinsamen Haushalt (Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft)
- Institutionelle Absicherung durch Formen der öffentlichen Anerkennung (z.B. Ehe)

Folgende familialen Grundfunktionen werden in der wissenschaftlichen Forschung immer wieder herangezogen (vgl. Wingen 1997, S.39):

- Generative Funktion oder Reproduktionsfunktion: Sicherung der Generationenfolge durch Geburt
- Sozialisationsfunktion: Auf- und Erziehung von Kindern
- Funktion der sozialen Platzierung: Vermittlung des Kindes auf berufliche und soziale Positionen
- Hauswirtschaftliche Funktion, die an den Familienhaushalt als soziales Gebilde anknüpft: Sorge um Erfüllung der Grundbedürfnisse von Ernährung, Wohnung, Kleidung
- Regenerationsfunktion: Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Familienmitglieder und Bereitstellung von Erholungsmöglichkeiten
- Ausgleichsfunktion: Familie als Gegengewicht zu versachlichten Beziehungen, z.B. in der Erwerbswelt
- Solidaritätssicherungsfunktion: Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, z.B. erste Hilfen für ältere Menschen von jüngeren Familienmitgliedern oder durch vielfältige materielle und immaterielle Leistungen, die von der „Herkunftsfamilie“ an die „Fortpflanzungsfamilie“ fließen.

Das Österreichische Statistische Zentralamt (ÖSTAT) definiert den Begriff Familie wie folgt: „Eine Familie im Sinne der Familienstatistik bilden Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit oder ohne (im gemeinsamen Haushalt lebende) Kind(er) bzw. Alleinerziehende“ (vgl. Statistik Austria, 2008). Die Existenz einer Familie wird hier also nur vom Bestehen eines gemeinsamen Haushalts abgeleitet.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Definitionen von Familie kann festgestellt werden, dass es keine allgemeingültige Begriffserklärung gibt: „Familie ist kein über die Zeiten, die Regionen, die Kulturen und die

sozialen Klassen hinweg allgemeiner und unveränderlicher Grundtatbestand menschlichen Zusammenlebens. Die konkrete Gestaltung von Familienformen und innerfamiliären Beziehungen ist abhängig vom jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Kontext. So können sich vielfältige Lebensformen ausbilden, die als "Familie" zu bezeichnen sind. Ein weltweites, kulturunabhängiges, gesellschaftsübergreifendes, ewiges Familienmuster gibt es nicht, und wird es auch nicht geben“ ([www.evakreisky.at](http://www.evakreisky.at)).

## **2.2 Zum Struktur- und Funktionswandel der Familie**

Die historische Betrachtung von Familienverhältnissen schafft die Voraussetzung, um moderne und neue Entwicklungen in der Familienstruktur zu erkennen und auf ihre zukünftige Relevanz zu prüfen.

Es gibt den Familienmythos, wonach im vorindustriellen Europa drei Generationen im selben Haushalt zusammengelebt hätten und dass die Industrialisierung diese „Idylle“ zerstört hätte. Allerdings zeigt die Familienforschung, dass es nie eine Periode gab, in der das Zusammenleben von drei Generationen im selben Haushalt vorherrschend war. Neben Haushalten und Familien mit Eltern, Kindern und nichtverwandten Mitbewohnern wie Lehrlingen oder Dienstboten, waren kleine Familien weit verbreitet und natürlich gab es auch unverheiratete Personen mit Kindern (vgl. Wingen 1997, S. 3).

Dennoch kann ein Funktionswandel der Familie festgestellt werden. Haushalte waren früher Zentren einer großen Vielfalt von Funktionen und Aktivitäten (z.B. Ausbildung, Betreuung, wirtschaftliche Produktion), die weit über die Grenzen der privaten Familie hinausreichten. Im Unterschied dazu ist das heutige ideale Bild von Familie Ort des Rückzugs und der Privatheit. „In den letzten 200 Jahren ist also weniger

die „vorindustrielle Großfamilie verloren gegangen als vielmehr die Fähigkeit von Familien, sich auszudehnen und Fremden eine Ersatzfamilie zu bieten, um sich ökonomischen und sozialen Veränderungen anzupassen“ (Kernthaler 2000, S.115).

Seit Jahrhunderten existieren in unserer Gesellschaft mehrere Familienformen nebeneinander. Nach Abklingen des kriegsfolgebedingten Scheidungsbooms war die Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit von einer besonders hohen Heiratsneigung und niedrigen Scheidungsraten gekennzeichnet (vgl. Kaufmann 1995, S. 1). „In diesem Klima der aufgewühlten Geschlechterbeziehungen wurde die Kleinfamilie geboren, die Ehe zur Beziehungsnorm idealisiert, Ehe und Familie werden zu Instrumenten der Krisenintervention funktionalisiert“ (Rosenberger 1999, S. 129)

Neben dem überwiegenden Teil der traditionellen Kleinfamilie um die Mitte des 20. Jahrhunderts gab es mit Beginn der 1970er Jahre eine Zunahme der verschiedensten Lebensformen, welche die traditionelle, auf Ehe gründende Kernfamilie, zurückdrängte (vgl. Wilk 1994, S.102). Das aus dem Jahre 1811 stammende Familienrecht mit dem Grundsatz des „männlichen Oberhauptes“ war bis 1975 gültig.

Erst in den 1970er und 1980er Jahren brachen die starren Geschlechterrollen auf, die Ehe verlor an Attraktivität. Demographische Untersuchungen belegen steigende Scheidungsraten, Lebensgemeinschaften ohne Trauschein, Lebensformen ohne Partner, zunehmende Berufsorientierung der Mädchen, zunehmende Ablehnung familienbedingter Berufsarbeit durch Frauen und Auslagerung familialer Funktionen an die Gesellschaft (vgl. Rosenberger 1992, S. 176). Weiters ist eine Zunahme der Einelternfamilie nach Scheidung, der nicht ehelichen Familiengemeinschaften mit Kindern und der Stieffamilien mit außerhalb lebendem zweiten Elternteil festzustellen

(vgl. Wilk 1994, S. 102). Die Soziologie spricht von Individualisierungsprozessen und der Pluralisierung der Lebensformen.

**Abbildung 1: Eheschließungen und Ehescheidungen in Österreich**

Kalenderjahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	Eheschließungen absolut	Eheschließungen auf 1.000 der Bevölkerung	Ehescheidungen absolut	Gesamt-scheidungs-rate <sup>1)</sup>
1981	47.768	6,3	13.369	26,5
1982	47.643	6,3	14.298	28,5
1983	56.171	7,4	14.692	29,4
1984	45.823	6,1	14.869	29,6
1985	44.867	5,9	15.460	30,8
1986	45.821	6,1	14.679	29,5
1987	76.205	10,1	14.639	29,5
1988	35.361	4,7	14.924	29,5
1989	42.523	5,6	15.489	30,7
1990	45.212	5,9	16.282	32,8
1991	44.106	5,7	16.391	33,5
1992	45.701	5,8	16.296	33,7
1993	45.014	5,7	16.299	34,0
1994	43.284	5,5	16.928	35,4
1995	42.946	5,4	18.204	38,3
1996	42.298	5,3	18.079	38,3
1997	41.394	5,2	18.027	38,6
1998	39.143	4,9	17.884	38,6
1999	39.485	4,9	18.512	40,5
2000	39.228	4,9	19.552	43,1
2001	34.213	4,3	20.582	46,0
2002	36.570	4,5	19.918	45,2
2003	37.195	4,6	19.066	44,0
2004	38.528	4,7	19.590	46,1
2005	39.153	4,8	19.453	46,4

Quelle: Statistik Austria, Demographische Indikatoren. Erstellt am 26.8.2008

Abbildung 1 zeigt deutlich, wie stark die Zahl der Eheschließungen im Zeitraum von 1981 bis 2005 zurückgegangen ist. Betrug die Anzahl der Eheschließungen im Jahr 1981 noch 6,3 Prozent der Bevölkerung, sank sie 2005 auf 4,8 Prozent. Gleichzeitig stieg die Scheidungsrate von 26,5 Prozent auf 46,4 Prozent.

**Abbildung 2: Familien nach Familientyp 1971 bis 2001 (in Tausend)**

Jahr	Familien insge- samt	Ehe- paare ohne Kinder	Lebens- gemein- schaften ohne Kinder	Ehepaar mit Kindern	Lebens Gemein schaften mit Kindern	Allein Erzieher (in)	Anteil der nicht ehe- lichen Lebens formen	Anteil Familien ohne Kinder
1971	1.929.0	587.7	29.1	1.064.6	23.1	224.4	14.3	32.0
1981	1.986.3	568.5	48.9	1.078.9	32.9	257.3	17.1	31.1
1991	2.109.1	599.9	88.3	1.046.4	51.8	322.8	21.9	32.6
2001	2.206.2	648.1	123.7	982.8	99.6	351.9	26.1	35.0

(Quelle: Faßmann 2006, S.57)

Abbildung 2 stellt übersichtlich dar, dass nur mehr knapp 50% der Familienhaushalte dem Typus „Ehepaare“ (oder Lebensgemeinschaften) mit Kindern entsprechen. Partnerschaft und Ehe nehmen im Verlauf der letzten Jahrzehnte deutlich ab. Besonders stark gewachsen ist die Zahl der Lebensgemeinschaften ohne Kinder.

Obwohl eine Brüchigkeit der traditionellen Familienformen festzustellen ist, gibt es auch Hinweise, dass die traditionelle Familienform von Bestand ist: Männer und Frauen gründen biografisch später eine Familie, dies zeigt sich am steigenden durchschnittlichen Heirats- und Erstgeburtsalter. Paare leben zudem häufiger in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften zusammen und der Anteil der nichtehelichen Geburten ist gestiegen. Allerdings wird in einer kurzen Zeitspanne nach der Geburt häufig geheiratet. Die Lebensform des „Singles“ wird nur von einer Minderheit der Personen als bevorzugte Lebensform gewählt. Gesteigerte Ansprüche der Partner aneinander führen zur häufiger werdenden Form der „Lebensabschnittspartner“. Der Großteil der Kinder lebt in Haushalten mit beiden Elternteilen, da Scheidungen vor allem kinderlose Paare betreffen. Die Mehrheit der Ehen wird aufgrund des Todes des Partners beendet.

Eine Erosion familialer Beziehungen ist dagegen durch eine ausgeprägte Unsicherheit darüber gegeben, wie familiäre Beziehungen in Familien, die nicht dem Modell der Kernfamilien entsprechen, gestaltet werden sollen und können. Es ist davon auszugehen, dass weder eine „Normalisierung der Brüchigkeit“ familialer und partnerschaftlicher Beziehungen, noch ein Trend in Richtung einer Gesellschaft von Einzelgängern festzustellen ist (vgl. Beham/Kytir u.a., 1999, S. 309).

## **2.3 Motive und Modelle familienpolitischen Handelns**

Wie schon die vorangegangene Diskussion zum Begriff Familie, ist auch der Begriff Familienpolitik in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur nicht eindeutig abgegrenzt.

### **2.3.1 Familienpolitik nach Badelt: Instrumentelle Orientierung**

Die Bandbreite familienpolitischer Maßnahmen kann sehr weit oder eng gesehen werden. Familienpolitik kann nach Badelt (1994, S. 184) z.B. als jene Politik bezeichnet werden, die Eltern oder Elternteile, die mit Kindern leben, zum Ziel hat. Eine andere Herangehensweise ist ein Konzept, wonach Familienpolitik all jene Bereiche beinhaltet, die Familien betreffen, also z.B. ihre sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen beeinflussen oder verändern. Bei dieser Herangehensweise wird allerdings eine große Zahl von Politikbereichen als Familienpolitik bezeichnet, was dem allgemeinen Verständnis des Begriffs von Familienpolitik eher widerspricht (vgl. Badelt 1998, S. 15).

Familienpolitik wird auch für andere gesellschaftspolitische Ziele eingesetzt, nicht nur um die Familie um ihrer selbst Willen zu unterstützen (vgl. Badelt 1994, S. 181ff.):

- Familienpolitik kann bevölkerungspolitisch motiviert sein, etwa durch den Zusammenhang der niedrigen Geburtenraten und der

Finanzierung der Pensionsversicherung, d.h. die Geburtenraten sollen angehoben werden, um den Generationenvertrag<sup>3</sup> zu sichern.

- Familienpolitik kann beschäftigungspolitisch motiviert sein, z.B. kann in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit Frauenerwerbstätigkeit weniger begünstigt werden und umgekehrt die Begünstigung der Frauenerwerbstätigkeit in Zeiten der Hochkonjunktur gefördert werden.
- Ebenso kann Familienpolitik auf sozialpolitische Herausforderungen reagieren. Ökonomische Probleme von Familien entstehen durch niedrige Einkünfte von Familienmitgliedern oder aufgrund einer hohen Anzahl von Kindern.

In dieser Arbeit wird in Anlehnung an Badelt Familienpolitik unter dem Aspekt der Beschäftigung von Frauen betrachtet. Allgemein wird die Entscheidungsfreiheit von Frauen betont (vgl. Badelt 1994, S. 183). Familienarbeit und Erwerbsarbeit sollen miteinander vereinbart werden können. In der politischen Diskussion wird die „Wahlfreiheit“ in den Vordergrund gestellt, in der Praxis aber eine Politik gemacht, die Frauen dazu bringen, sich für das Familienmodell zu entscheiden, das den gesellschaftlichen Wertvorstellungen entspricht (vgl. Badelt 1994, S.183).

.

### **2.3.2 Familienpolitik nach Gauthier: Leitbildorientierung**

Gauthier (2002, S. 11) entwickelte 4 Modelle der Familienpolitik:

1. Das *pro family/pro-natalist model*.

---

<sup>3</sup> Der Generationenvertrag bezeichnet einen fiktiven gesellschaftlichen Konsens, der die Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung sichern soll. Die jeweils sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen zahlen mit ihren Beiträgen in die Pensionsversicherung die Leistungen für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Generation und erwerben dabei einen Anspruch auf ähnliche Leistungen der nachfolgenden Generationen an sich selbst.



Konzept dieses Modells ist es, die niedrige Geburtenrate anzuheben. Eine relativ hohe staatliche Förderung erfolgt primär durch Geldtransfers, Karenzzeitregelungen und die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Dieses Modell ist in Frankreich und Kanada zu finden.

## 2. Das *pro-traditional-model*

Ziel des Staates ist die Bewahrung der Familie als gesellschaftliche Institution. Die staatliche Förderung unterstützt die traditionelle männliche Ernährerfamilie. Wenige Kinderbetreuungsplätze und die gleichzeitige Gewährung von ausgedehnten Karenzzeiten unterstreichen die Präferenz für traditionelle Geschlechterrollen und Arbeitsteilung. I

## 3. Das *pro-egalitarian model*

Dieses Konzept zielt auf Förderung und Gleichstellung von Frauen und Männern ab. Der Staat unterstützt besonders erwerbstätige Eltern und schafft Rahmenbedingungen, die es Frauen ermöglichen, Erwerbs- und Familienarbeit zu vereinbaren und Väter stärker in die Kinderbetreuung einzubinden. Dies wird versucht durch Elternkarenz, Pflegefreistellung und flächendeckende Kinderbetreuung, wie etwa in Schweden und Dänemark.

## 4. Das *pro-family-but non-interventionist-model*

Die traditionelle Familie ist hier zwar wichtig, jedoch hält sich der Staat bei der Förderung zurück (nur sozial benachteiligte Familien erhalten Förderungen). Karenzierungsregelungen und Kinderbetreuungsplätze sind nicht Aufgabe des Staates, sondern Privatunternehmen sind dafür zuständig. Gehandhabt wird dieses Modell in den angelsächsischen Ländern.

### **2.3.3 Familienpolitik nach Kaufmann: Doppelstrategie**

Kaufmann (1995) unterscheidet zwischen expliziten und impliziten staatlichen Familienpolitiken. Explizite Familienpolitiken sind ausschließlich auf die Interessen von Familien abgestimmt und verfügen über familienpolitisch aktive Einrichtungen. Implizite Familienpolitiken sind dann gegeben, wenn politische Maßnahmen zwar familienpolitische Auswirkungen haben, aber nicht familienpolitisch (sondern etwa frauenpolitisch) motiviert sind (vgl. Kernthaler 2000, S. 120).

- Das bevölkerungspolitische Motiv hat das Ziel, die Erhöhung der Geburtenrate zu erreichen.
- Beim arbeitsmarktpolitischen Motiv gibt es offensichtlich Zusammenhänge zwischen der Begünstigung bzw. der Erschwerung von Frauenerwerbstätigkeit durch familienpolitische Maßnahmen und dem jeweiligen Arbeitskräfteangebot.
- Familieninstitutionelle Zielsetzungen betonen den Wert der Familie als naturrechtlich vorgegebene Institution menschlichen Zusammenlebens.
- Die ökonomische Sichtweise geht davon aus, dass Familien der Gesellschaft einen Nutzen bringen (z.B. Altersvorsorge). Ziel ist daher, einen Leistungsausgleich zwischen Familien und Kinderlosen zu schaffen. Ein weiteres Argument der ökonomischen Theorie ist die Verteilungsgerechtigkeit. Bei der horizontalen Verteilungsebene wird davon ausgegangen, dass Familien wirtschaftlich benachteiligt sind, da sie höhere Kosten für die Kinder tragen als Personen ohne Kinder. Konsequenz daraus ist der Familienlastenausgleich. Es geht um die horizontale Umverteilung von Personen, die keine Kinder haben, zu solchen, die Kinder haben.

Die vertikale Verteilungsebene verlagert Geldleistungen von Bezieherinnen hoher Einkommen zu solchen mit niedrigen

Einkommen. Dieses Motiv geht von der Ungleichheit der Lebenslagen von Familien aus und versucht, sozioökonomische Benachteiligungen abzubauen. Grundsätzlich geht es dabei um die Bekämpfung von Armut.

- Verteilungspolitische Motive können aber auch die gerechte Verteilung zwischen den Geschlechtern beeinflussen. Hier ist insbesondere die Verteilung innerfamiliärer Arbeit gemeint und deren Folgen für den außerhäuslichen Erwerb, also für die Berufsausübung der Frau. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine familienpolitische Zielsetzung. Kaufmann (1995) spricht von einem emanzipatorischen Motiv der Familienpolitik. Familienpolitik kann aber auch das Gegenteil von emanzipatorischen Zielen Verfolgen, nämlich die Aufrechterhaltung und Stabilisierung traditioneller Rollenverteilungen zwischen den Geschlechtern.

#### **2.3.4 Ertrag der Diskussion**

Beim genauen Blick auf die oben referierten Begriffe, Funktionen und Modelle von Familien und Familienpolitik wird die bereits deponierte Vermutung bestätigt, dass nicht nur Differenzen, sondern auch gemeinsame Schnittmengen sichtbar werden. Zu letzteren zählen jene Indikatoren, die in der rezenten Diskussion als nachhaltig gelten: Geburtensteigerung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie spielen auch in dieser Arbeit eine zentrale Rolle.

Die Darstellung der familienpolitischen Modelle wird einem gewissen Realitätstest unterzogen, indem die Familienpolitiken der Großen- und Kleinen Koalition (s.u.) daran gemessen werden

### **3 Zur Gleichbehandlungspolitik zwischen 1970 und 2000**

Das Erwerbsverhalten von Frauen hat sich im letzten Jahrzehnt stark verändert. Immer mehr Frauen sind heute nach oder während einer Familienphase berufstätig. Die Lebensform ‚Hausfrau‘ stellt für immer weniger Frauen eine Alternative dar. Die damit verbundene Abhängigkeit vom Ehepartner ist vielfach zu unsicher geworden. Das neue Erwerbsverhalten von Frauen bei weitgehend unveränderter asymmetrischer Aufteilung der unbezahlten Familienarbeit fordert Maßnahmen in der Gleichbehandlungspolitik. Die Frage, die sich mit Kindern stellt, ist, wie der Berufs- und Familienarbeit gleichzeitig nachgegangen werden kann (vgl. Prinz, S. 45). Seit 1979 gibt es in Österreich das Gleichbehandlungsgesetz, das die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Arbeitsleben zum Gegenstand hat.

#### **3.1 Meilensteine in den 1970er- Jahren**

Gleichberechtigungsorientierte Politik beginnt in Österreich in den 1970er Jahren. Ausschlaggebend dafür sind internationale Entwicklungen wie das von der UNO initiierte Jahrzehnt der Frau von 1975-1985 und die internationale Frauenbewegung. Von der Europäischen Union werden wichtige Richtlinien vorgegeben. So wird etwa der Geltungsbereich des Gleichbehandlungsgebotes 1993 von den privaten Dienstverhältnissen auf Dienstverhältnisse im öffentlichen Bereich ausgeweitet (vgl. Obinger/Talos 2006, S.196). „In beruflicher Hinsicht leitete das Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft (1979) die erwerbsorientierte Gleichberechtigung ein“ (Rosenberger 2006, S. 747).

- Die folgenden steuer- und familienrechtlichen Reformen, die vor allem durch Neuerungen in der Familienpolitik ausgelöst wurden,

beseitigten zwar weder die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Beruflichen wie im Privaten, sie trugen aber zu einer verstärkten Akzeptanz der Frauen im Erwerbsleben und der Doppelrolle als Frau und Mutter bei (vgl. Rosenberger 2006, S.747), sowie zur Erosion der traditionellen Familienstrukturierung.

- Die *steuerrechtliche Reform 1973* regelt die Umstellung zur Individualbesteuerung. Die Ablösung der Haushaltsbesteuerung durch Individualbesteuerung ist ein Fortschritt in Richtung Gleichbehandlung. Die Individualbesteuerung behandelt Männer und Frauen als Individuen, unabhängig von der Lebensform in der sie sich befinden. Kinder und Ehepartner werden über Absetzbeträge steuerlich berücksichtigt. Eine Familien- oder Haushaltsbesteuerung begünstigte die Familien und hatte den Nachteil, dass durch die bestehenden geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede Frauen zur Nichtausübung eines Berufes ermutigt wurden, da diese Berufsausübung aufgrund der Besteuerung tendenziell unrentabel sein könnte (vgl. Rosenberger 1997, S. 693).
- In der *Familienrechtsreform 1975* werden die partnerschaftlichen Rechte und Pflichten von Eheleuten festgeschrieben, davor galt der Mann als Familienoberhaupt. Die weibliche Berufstätigkeit wurde normalisiert, zuvor benötigte die Frau die Zustimmung des Mannes zur Ausübung eines Berufs. Festgehalten wird auch, dass die Verpflichtung zur Haushaltsführung von der Fähigkeit zu bestimmten Tätigkeiten abhängt. Anstelle des männlichen Familienoberhauptes wird nun die Partnerschaft forciert, anstelle der Hausfrauenehe tritt die Doppelrolle. Ehe und Familie verlieren an politischer Ausschließlichkeit und an gesellschaftlicher Attraktivität, dennoch wird die Hausfrauenehe gegenüber anderen Lebensformen staatlich begünstigt. Die Gleichwertigkeit von Beruf

und Familie wird nicht erreicht. Bis in die 90er Jahre werden nicht alle ehe- und sozialpolitischen Belange umgesetzt, wie etwa Namensrecht<sup>4</sup> und Karenzregelungen.

- Zum selben Zeitpunkt wird die sozialpartnerschaftlich zusammengesetzte Gleichbehandlungskommission gebildet. Damit wird der Unterscheidung zwischen Frauen- und Männerlöhnen in den Kollektivverträgen (vgl. Kapeller 2003, S.16) der Kampf angesagt.
- 1979 richtet die SPÖ-Alleinregierung zwei Staatssekretariate für Frauenfragen ein, das Staatssekretariat für die Belange berufstätiger Frauen und das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen. Diese Institutionalisierung weist jedoch keine Kontinuität auf, sie ist von Brüchen, Verschiebungen, Rückschlägen und Erweiterungen gekennzeichnet (vgl. Rosenberger 2006, S. 743), so kommt es bereits 1983, mit Beginn der SPÖ-FPÖ Koalition, zur Auflösung des Staatssekretariats für die Belange berufstätiger Frauen und zur Gründung eines Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz.
- Die erwerbsorientierte Gleichberechtigungspolitik wird durch das *Gleichbehandlungsgesetz für die Privatwirtschaft 1979* eingeleitet: Mit diesem Gesetz wird *die Gleichbehandlung von Mann und Frau bei der Festsetzung des Entgeltes*<sup>5</sup> normiert, nach dem für die Privatwirtschaft geltenden Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, doch hat sich damit an den geschlechtsspezifischen unterschiedlichen Einkommenshöhen kaum etwas geändert. 1985

---

<sup>4</sup> Erst 1997 wurde die Möglichkeit geschaffen, den Namen der Frau zum gemeinsamen Namen bei Eheschließung zu wählen. 1995 wurde es möglich, dass Mann und Frau in der Ehe je ihren Namen behalten (allerdings muss die Frau dies bei Eheschließung immer noch erklären, während der Mann untätig bleiben kann).

<sup>5</sup> Damit wurden unterschiedliche Lohntafeln in Kollektivverträgen unterbunden.

wird das Gesetz ausgeweitet durch das *Gesetz über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben*. Damit wird eine Erweiterung des Geltungsbereichs<sup>6</sup> erzielt. Erstmals gab es Sanktionen bei seiner Verletzung; so erhielten etwa Unternehmen nur dann Bundesförderungen, wenn sie nicht gegen das Gleichbehandlungsgesetz verstießen.

### 3.2 Meilensteine in den 1980er- und 1990er-Jahre

- Das Gleichbehandlungsgesetz, das vorerst nur die Gleichstellung in der Entlohnung beinhaltete, wird in den 1980er und 1990er Jahren ausgeweitet durch die gesetzlich normierte Pflicht der geschlechtsneutralen Ausschreibung offener Stellen, die Gleichstellung von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten, das Verbot mittelbarer Diskriminierung<sup>7</sup> und die Regelung des Schadenersatzes (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 177).
- Mitte der 1980er Jahre verändert sich aufgrund der Kräftekonstellation von SPÖ und ÖVP das Profil der Gleichbehandlungspolitik. Mit der Großen Koalition von 1986-2000 folgt jedem Schritt der Gleichbehandlungspolitik ein Schritt in der Familienpolitik, „die Große Koalition junktimierte Frauen- mit Familienpolitik“ (Rosenberger 2006, S.747), der politische Kompromiss wird im Zeitraum von 1989-1998 in drei Pakete, die sogenannten Gleichstellungs- und Familienpakete, geschnürt (vgl. Rosenberger 2006, S. 752).

---

<sup>6</sup> Gleichbehandlung bei der Festsetzung des Entgeltes, bei der Gewährung freiwilliger Sozialleistungen und bei der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

<sup>7</sup> Eine mittelbare Diskriminierung liegt vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung, einer bestimmten Behinderung, eines bestimmten Alters oder mit einer bestimmten sexuellen Ausrichtung gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können (vgl. RL 2000/78/EG des Rates).

- Die 1990er Jahre sind durch berufliche Gleichstellungsmaßnahmen und Institutionalisierungen geprägt. Mit dem *Gleichbehandlungsgesetz 1990* wird die Ausweitung des Gleichbehandlungsgebotes erwirkt. Als direkte Kontaktstelle bei Verstößen wird neben der Gleichbehandlungskommission die Anwältin für Gleichbehandlungsfragen eingesetzt (vg. Rosenberger 1997, S.695).
- Im Jahr 1991 erfolgt unter der Großen Koalition die Umwandlung der Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen in ein Bundesministerium für Frauenfragen im Bundeskanzleramt ohne Ressort.
- Frauenpolitikerinnen<sup>8</sup> erarbeiten ein Gleichbehandlungspaket (1992) zur Unterstützung von faktischer Gleichheit, nämlich durch eine Verbesserung gesetzlicher Regelungen von Teilzeitarbeitsverhältnissen<sup>9</sup>, durch die Verlängerung der Pflegefreistellung für Berufstätige mit Kindern von einer auf zwei Wochen und durch die Einbeziehung von Kinderbetreuungszeiten in die Pensionsberechnung. Beinhaltet sind darin das Verbot der mittelbaren Diskriminierung, also geschlechtsneutral formulierte Regelungen, die zu unterschiedlicher Betroffenheit führen, das Gebot der gleichen Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit und die Einführung des Diskriminierungstatbestandes bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Im *Gleichbehandlungsgesetz 1992* wird auch die Angleichung des Pensionsalters angestrebt. Johanna Dohnal in ihrer Rede am 1. Dezember 1992 zum Gleichbehandlungspaket 1992 im Nationalrat, das von der FPÖ

---

<sup>8</sup> Frauen des ÖGB, der Arbeiterkammer und Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, Grüne waren an der Ausarbeitung beteiligt (vgl. Dohnal 1992).

<sup>9</sup> Das Gleichbehandlungspaket nimmt rechtliche Absicherungen für Teilzeitarbeit in der Privatwirtschaft vor.



nicht unterstützt wurde: „Ich stelle natürlich mit Bedauern fest - ich bedauere es wirklich! -, dass die FPÖ ihre „differenzierte Ablehnung“, wie es Frau Abgeordnete Haller in den Ausschussberatungen auch nannte, an diesem Paket praktizierte. Ich bedauere wirklich, dass keine Teilnahme an diesen Beratungen stattgefunden hat - auch wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt, die es ja durchaus auch bei allen anderen gegeben hat“ (Nationalrat XVIII. GP, 90. Sitzung). Dohnal bezeichnet das Paket als wichtigen Meilenstein für die Gleichstellung von Frauen, räumt aber auch ein, dass es noch lange Zeit Unterschiede in der Erwerbsbiografie von Frauen und Männern geben werde: „Trotz aller Bemühungen, von denen das heutige Paket einen wichtigen Meilenstein darstellt - das möchte ich auch sagen -, werden es aber die Frauen, besonders wenn sie Kinder haben – das möchte ich hier deutlich unterstreichen -, vermutlich auch in zehn Jahren noch schwerer haben als die Männer, und zwar schwerer in dem Sinn, ihre materielle Existenz zu sichern, ihre beruflichen Aufstiegschancen zu schaffen und dann wahrzunehmen oder ihren Beruf und ihre Familie zu vereinbaren. Ich glaube, das sollte man nicht abstreiten.“ (Nationalrat XVIII. GP, 90. Sitzung).

- Im Jahr 1993 wird der Geltungsbereich des Gleichbehandlungsgesetzes auf den öffentlichen Bereich ausgeweitet: Mit diesen Änderungen hatte Österreich die EU-Richtlinien weitgehend umgesetzt (vgl. Talos/ Obinger 2006, S.196). Das *Bundes-Gleichbehandlungsgesetz 1993* beinhaltet ein explizites Frauenfördergebot für die Privatwirtschaft, sowie Bestimmungen, die die Gleichbehandlung sichern sollen, wie Vertretung von Frauen in Kommissionen, ressortspezifische Frauenförderpläne und eine Bevorzugungsklausel für Frauen, wenn sie „nicht geringer geeignet sind als der bestgeeignete Mitbewerber“. Ziel ist eine mindestens 40 Prozent-Quote von Frauen auf allen Hierarchieebenen zu erreichen (vgl. Rosenberger 1997, S. 695).

- In Anlehnung an den Vertrag von Amsterdam 1997, der am 1. Mai 1999 in Kraft tritt, wird 1998 das eben erwähnte Bundesverfassungsgesetz erweitert. Das Bundesverfassungsgesetz bekennt sich damit zur „tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau“ (Obinger/Talos 2006, S.178).

Für eine Sensibilisierung des Themas geschlechtsspezifischer Ungleichheit sorgen 1996 die damalige Frauenministerin Helga Konrad (SPÖ) mit dem Schlagwort Halbe/Halbe, mit der sie die partnerschaftliche Teilung der Haus- und Betreuungsarbeit fordert (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 58).

Die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal (1990 bis 1995) engagiert sich bei dem vom Unabhängigen Frauenforum initiierten Frauen-Volksbegehren 1997, das von mehr 645.000 (vgl. Homepage des BMI) Personen unterschrieben wird. Die zentrale Forderung ist die Festschreibung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Bundes-Verfassungsgesetz. Folgende Forderungen für gesetzliche Maßnahmen sind im Frauen-Volksbegehren (unter den insgesamt 11 Forderungen) zu finden: „Jeder Mensch hat das Recht, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Daher hat der Gesetzgeber für die Bereitstellung ganztägiger qualifizierter Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen zu sorgen. Tagesmütter sind auszubilden und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern“ (Forderung 6), sowie: „Zwei Jahre Karenzgeld für alle AlleinerzieherInnen“ (Forderung 7) und „Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit (Forderung 8) (vgl. Frauenvolksbegehren<sup>10</sup>, 716 der Beilagen zu den Stenographischen

---

<sup>10</sup> 1. Unternehmen erhalten Förderungen und öffentliche Aufträge nur, wenn sie dafür sorgen, dass Frauen auf allen hierarchischen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind. 2. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist anzustreben. Deshalb ist ein Mindesteinkommen von 15.000 S brutto, das jährlich dem

Protokollen, S.1). Diese Forderungen können auch im Feld Familienpolitik eingeordnet werden. „Familienförderung und der temporäre Ausstieg der Frauen aus der Berufstätigkeit dominierten gegenüber Themen wie Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit...“ (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 58).

### **3.3 Erwerbsarbeit: Notwendig, aber nicht hinreichend**

Die Erwerbsquote der Frauen ist zwar seit den 1970er Jahren im Ansteigen (siehe Abbildung 3), allerdings im europäischen Vergleich in Österreich eher gering (vgl. Rosenberger 1997, S. 694). Gleichbehandlung ist jedoch nicht nur an der Erwerbsbeteiligung zu messen, sondern auch an der Art der Beschäftigung, am Status der Tätigkeit und am Einkommen (vgl. Rosenberger 1997, S. 694). „Frauenbeschäftigung nimmt seit 25 Jahren rascher zu als jene von Männern, wobei diese Zunahme im letzten Jahrzehnt und erst recht innerhalb der letzten drei Jahre vermehrt auf Teilzeitbeschäftigungen zurückzuführen ist“ (Leichsenring/ Stadler 1999, S. 195). Die niedrigere Erwerbsquote von Frauen dürfte vor allem am Fehlen familienergänzender Einrichtungen liegen. So ist nur ein unzureichendes, nicht flächendeckendes Angebot für dauerhafte, aber auch kurzfristige Kinderbetreuung vorhanden. Die Angebote sind zeitlich nicht sehr flexibel und es fehlen Umsetzung, Festlegung und Vereinheitlichung von Qualitätsstandards für alle Betreuungsformen (vgl.

---

Lebenskostenindex angepasst wird, zu sichern. 3. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind arbeits- und sozialrechtlich der vollen Erwerbstätigkeit gleichzustellen. 4. Keine Anrechnung des Partnerneinkommens bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage. 5. Die Gleichstellung der Frauen muss auch durch staatliche Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat geschlechtsspezifische Statistiken zu den Themen Beruf und Bildung zu erstellen und jährlich zu veröffentlichen. 9. Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf 26 Wochen. 10. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Wenn ein/e Lebenspartner/in nicht erwerbstätig ist, hat der/die andere dafür Pensionsbeiträge zu zahlen. Kindererziehung und Pflegearbeit wirken pensionserhöhend. 11. Keine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen gegeben ist.

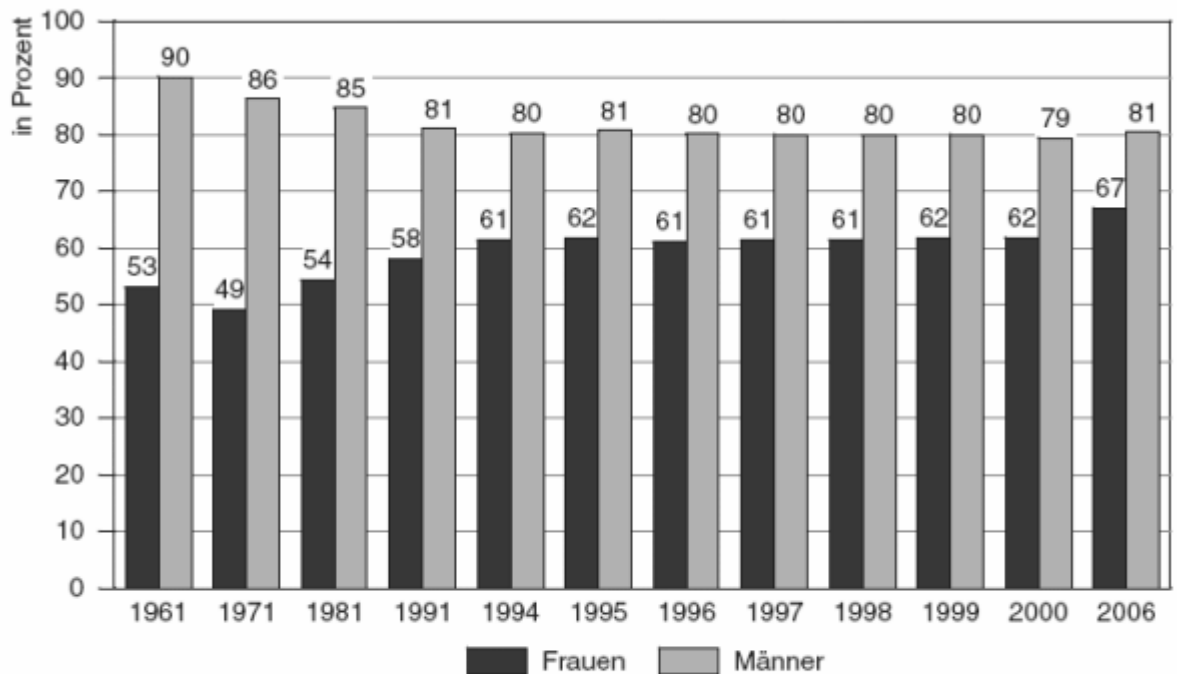
Leichsenring/ Stadler 1999, S. 195). Hinzu kommt, dass Männer das Mitwirken im Haushalt ablehnen.

„Die berufliche Gleichstellungspolitik hat sich daher sowohl der faktischen Gleichbehandlung im Beruf, die auch die Förderung für bestimmte Bereiche einschließt, als auch den Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern zu widmen“ (Rosenberger 1997, S. 694).

Beim Eintritt ins Erwerbsleben, bei der Weiterbildung, der Entlohnung, den Aufstiegschancen und bei der Teilhabe an betrieblichen Entscheidungsprozessen zeigt sich, dass Frauen im Vergleich zu Männern schlechtere Positionen haben. Daraus resultieren gesellschaftliche und ökonomische Benachteiligungen, die zu einer Stabilisierung der ungerechten Geschlechterordnung beitragen.

Mit anderen Worten, sie reproduzieren die „Hausfrauen- und Ernährerehe“ und die männlich geprägten „Normalarbeitsverhältnisse“ (vgl. Maier, 1996, S.175).

**Abbildung 3: Entwicklung der Erwerbsquoten in Österreich**



Q: STATISTIK AUSTRIA. 1951 - 1991 Volkszählung, 1994 - 2006 Mikrozensus. Erstellt am 28.02.2008.  
 1) 1951 bis 1991 Lebensunterhaltskonzept, seit 1994 Labour-Force-Konzept; bezogen auf die Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

### 3.4 Ansätze zur Gleichstellung von Mann und Frau

Obwohl das Normalarbeitsverhältnis brüchiger wird, neue Erwerbsformen zunehmen, die „Normalfamilie“ abgelöst wird durch andere Familienformen und Lebensverhältnisse, muss festgestellt werden, dass sich bislang kaum eine Angleichung der sozialen und ökonomischen Situation von Männern und Frauen ergeben hat (Maier 1996, S. 175) .

Die Spezialisierung im innerfamiliären Bereich hat ungleiche Folgen für die Partner. Der Partner, der dem Einkommenserwerb nachgeht, kann durch die Berufserfahrung sein individuelles Einkommen erhöhen, das ihm

unabhängig vom Familienkontext erhalten bleibt. Spezialisierung auf Familienarbeit bedeutet umgekehrt einen Verzicht auf eben diese marktbezogenen Erwerbseinkommen. Die mögliche Einkommenserzielung nimmt ab, wenn die Erwerbsarbeit für längere Zeit unterbrochen wird. Zwar steigt die Produktivität der im Haushalt erworbenen Fähigkeiten, doch diese sind am Markt nicht verwertbar. Sie sind vor allem an den jeweiligen Familienkontext gebunden, da sie auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der anderen Familienmitglieder ausgerichtet sind. Geht der spezielle Haushaltskontext verloren (etwa durch Trennung der Partner, Eigenständigkeit der Kinder), gehen auch die Verwertungsmöglichkeiten verloren und die Person ist auf ihre eigene verminderte Erwerbserzielungskapazität angewiesen (vgl. Ott, S. 6).

Um die Berufssituation der Frauen weiter zu verbessern, ist eine geänderte privat-familiäre Arbeitsteilung notwendig, die nachhaltige Änderungen in der männlichen Normalarbeitsbiographie bewirkt, sowie ein hohes Angebot an Dienstleistungen in der Kinder-, Kranken- und Altenpflege.

Über Forderungen und Maßnahmen zur Umsetzung von Familie *und* Beruf sind sich die Parteien uneinig, es geht einerseits um eine Politik der Geschlechterverhältnisse auf Grundlage eines familienorientierten Frauenbildes, oder um ein eher berufsorientiertes Frauenbild. Ob im gleichbehandlungspolitischen Kontext die Interessen des Kindes oder die Interessen der Frau hervorgehoben werden, hängt davon ab, welcher Ideologie die Parteien angehören (vgl. Rosenberger 1997, S. 696).

Solange nur für Frauen Wahlfreiheit und Vereinbarkeit gefordert werden, wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung stabilisiert, Frauen werden familialisiert und bleiben am Arbeitsmarkt Dazuverdienerinnen (Rosenberger 1997, S. 696-697).

Vereinbarkeitspolitik wird in erster Linie durch familienfreundliche Arbeitszeitformen für Frauen zu betreiben sein, Teilzeitarbeit gilt als umstrittene Lösung für frauenpolitische Forderungen, da sie neben der Erwerbsarbeit auch als familienfreundlich gilt.

Eine Veränderung der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen kann nur durch eine Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen erreicht werden, wie etwa der Erhöhung der Löhne für Frauen (vgl. Maier 1996, S.184).

Letztendlich sind berufliche Gleichstellungsregelungen eher herstellbar als jene im privat-familiären Bereich. „Maßnahmen in Richtung von mehr familiärer Gleichheit (z.B. Familienrecht, Elternkarenzregelung, Namensrecht) waren meist mit größeren ideologischen Blockaden konfrontiert als verteilungsorientierte, die Berufsarbeit betreffende Maßnahmen (Gleichbehandlungsgesetze)“ (vgl. Rosenberger 2006, S. 748).

## **4 Exkurs: Familienpolitik der Großen Koalition SPÖ/ÖVP**

In diesem Exkurs wird auch die familienpolitische Positionierung der SPÖ-ÖVP-Regime, der sogenannten „Großen Koalition“ angesprochen, und zwar überwiegend unter dem Gesichtspunkt eines „ideologischen“ Kontrastprogramms. Die nahe liegende Frage, ob auch mit der SPÖ ein dem Kinderbetreuungsgeld entsprechender Anspruch normierungsfähig gewesen wäre, wird hier lediglich als Desiderat definiert, aber nicht beantwortet.

### **4.1 Familienpolitik zwischen Konsens und Dissens**

In den 1990er-Jahren herrscht zwischen den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP zwar eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Familienförderung, jedoch sind sich die Parteien darüber uneinig, welche Mittel und Instrumente dafür eingesetzt werden sollen. Die Auseinandersetzungen werden darüber geführt, ob man eher auf Transferleistungen oder Steuererleichterungen setzen sollte. Ob man die Infrastruktur verbessern oder lieber Geldleistungen ausschütten sollte (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 2).

Für die SPÖ gelten Sachleistungen und fixe Transfers als sozial gerechter als eine steuerliche Berücksichtigung, während die ÖVP für Alters- und Mehrkindstaffelungen sowie für eine steuerliche Familienreform eintritt (siehe Familienpakete unten). Strittig ist auch, welche Familienformen und –konstellationen als unterstützungswürdig galten (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S.3).

Von 1989 bis 1998, in der Zeit von vier Großer Koalitionen, werden drei familienpolitische Pakete geschnürt.



a) Das erste *Familienpaket* von 1990 beinhaltet ein partnerschaftsorientiertes Familienmodell, das mit einem eher mutterschaftsorientiertem Modell verbunden wird: Es umfasst sowohl Elternkarenzregelungen als auch eine Ausweitung der Karenz auf zwei Jahre und die Anhebung der Familienbeihilfe. Mit der gesetzlichen Einführung der Elternkarenz am 1. Jänner 1990 wird erstmalig Vätern ein (zunächst abgeleiteter) Karenzanspruch und damit verbunden die Möglichkeit des Karenzgeldbezuges gewährt. Mit dem Familienpaket wird versucht, Väter stärker in die familiäre Arbeit einzubeziehen, indem die Inanspruchnahme der Karenz in Bezug auf Frauen und Männer geregelt wird. Kritikpunkt daran ist, dass die Männer ihre Ansprüche vom Anspruch der Frauen ableiten müssen. Das heißt, dass Väter nur bei unselbständiger Erwerbstätigkeit beider Elternteile und nur wenn ihre Partnerin auf den Karenzanspruch verzichtete, Karenz beanspruchen konnten. Durch diese Regelung bleibt die Betreuung der Kleinkinder meist bei den Frauen. Ein unabhängiger Anspruch auf Väterkarenz existiert erst seit dem Jahr 2000<sup>11</sup> (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 4).

b) Das *Familienpaket* von 1993, das der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zugrunde liegt, berücksichtigt Familienverhältnisse im Steuerrecht. So ist ein nach Kinderzahl gestaffelter Absetzbetrag vorgesehen. Der Alleinverdienerabsetzbetrag wird angehoben. Weiters wird die Pflegefreistellung ausgeweitet und die Ausbezahlung der Kinderbeihilfe „normalerweise“ an die Mutter vorgesehen (vgl. Rosenberger 1999a, S. 764). Zur gleichen Zeit mit dem Familienpaket wird ein Gleichbehandlungspaket verabschiedet,

---

<sup>11</sup> Mit der Einführung sollte der EU-Richtlinie entsprochen werden, die für erwerbstätige Männer und Frauen ein individuelles Recht auf ‚Elternurlaub‘ für die Dauer von mindestens drei Monaten vorsieht. Die karenzrechtliche Situation für Väter musste 2005 jedoch nochmals aufgewertet werden, da es seit dem Jahr 2000 einen eigenständigen, aber keinen gleichrangigen Anspruch für Väter gibt. Deshalb werden seit 1.1.2005 beide Elternteile gleichwertig behandelt, keinem wird ein Vorrang eingeräumt. Die Eltern müssen bekanntgeben, wer von ihnen wann und wie lange Karenz in Anspruch nimmt.

das die Möglichkeit von Teilzeitkarenz vorsieht. Allerdings ist ein Rechtsanspruch auf Teilzeit im Gleichbehandlungspaket nicht enthalten (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S.4).

c) Das Familienpaket von 1997, das mit 1. Jänner 1999 wirksam wurde, sieht eine einkommensbezogene steuerliche Entlastung von unterhaltspflichtigen Elternteilen vor. Diesem Ergebnis ging folgende Konstellation voraus: Die ÖVP fordert die steuerliche Berücksichtigung der Kosten für Kinder. Ziel ist eine horizontale Umverteilung von Personen mit Unterhaltspflichten für Kinder zu Personen gleichen Einkommens ohne Kinder. Das heißt, Personen mit Kindern sollen nicht in gleicher Höhe mit Steuern belastet werden wie Personen ohne Kinder. Die SPÖ wehrt sich gegen diesen Vorstoß und argumentiert gegen diese schichtspezifische Entlastung. Sie forciert eine vertikale Umverteilung, das heißt eine stärkere soziale Staffelung. Für die SPÖ ist wichtig, dass für die Familienförderung das Einkommen ausschlaggebend ist und nicht die Anzahl der Kinder (vgl. Rosenberger 2000, S.4).

Die Familienpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition ist vor allem von Kompromissen geprägt. In die Familienpakete, die in den 1990er Jahren geschnürt wurden, als auch in die Sparpakete von 1995 und 1996 packte man familienpolitische Entscheidungen, die sowohl der Klientel der SPÖ, als auch der Klientel der ÖVP entgegenkommen sollten (vgl. Rosenberger 2000, S.5). Da die Ausrichtungen der beiden Parteien in wesentlichen Aspekten gegenläufig sind, war dies gar nicht so einfach und hat sich teilweise sogar wieder aufgehoben.

Die Familienpolitik dieser Zeit ist aber auch geprägt von „Nicht-Entscheidungen“, das heißt von einer Fortsetzung des Status quo anstelle von Reformen. So wurden die Forderung nach der Verfassungsverankerung des Begriffs „Familie“ durch die ÖVP und die partnerschaftliche Teilung der Betreuungsarbeit durch die SPÖ zwar in der Öffentlichkeit diskutiert, aber zu keinem Abschluss gebracht. Auch der

Begriff der „Frauenförderung“ in der Verfassung wurde seit den 1990er Jahren ergebnislos diskutiert. „Der Vorschlag nach einer Reform des Familienrechtes in Richtung Aufteilung von Betreuungsarbeit bewegte zwar die Gemüter und die Stammtische, nicht aber den koalitionären Entscheidungswillen“ (Rosenberger 1999a, S. 768). Das Wort „partnerschaftlich“ konnte im Familienrecht nicht verankert werden.

Wie oben bereits kurz erwähnt stellen auch die Sparpakete von 1995 und 1996 Kompromisse dar (vgl. Rösslhuber/Appelt 2001, S. 60). Diese wirkten sich vor allem für Alleinerzieherinnen negativ aus. Anstelle des erhöhten Karenzgeldes wird ein Zuschuss eingeführt, der zurückerstattet werden muss. Der Zuschuss<sup>12</sup> zum Karenzgeld beträgt ATS 2.500,-- (181,68 Euro) monatlich und wird unter bestimmten Voraussetzungen gewährt. Außerdem wird die Zeit des Karenzanspruchs für Alleinerziehende auf 18 Monate gekürzt. Eltern, die die Karenzzeit teilen, haben weiterhin Anspruch auf 24 Monate. „Neben der Ankündigung der Änderungen bei der Karenzregelung wird „die Bereitstellung von zusätzlichen 600 Mio. Schilling für Kinderbetreuungsprojekte“ zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Aussicht gestellt“ (Rosenberger 1999a, S. 764).

---

<sup>12</sup> Anspruch auf Zuschuss zum Karenzgeld oder zur Teilzeitbeihilfe haben alleinstehende Elternteile und verheiratete Mütter sowie nicht alleinstehende Mütter oder Väter, deren Kind das zweite Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist, dass Karenzgeld oder Teilzeitbeihilfe für unselbständig erwerbstätige Mütter nach diesem Bundesgesetz oder Teilzeitbeihilfe zuerkannt wurde. Alleinstehende Elternteile haben nur Anspruch auf Zuschuss zum Karenzgeld oder zur Teilzeitbeihilfe, wenn sie eine Urkunde vorlegen, aus der der andere Elternteil des Kindes hervorgeht. Alleinstehende Elternteile, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, haben dann Anspruch auf Zuschuss zum Karenzgeld oder zur Teilzeitbeihilfe, wenn sie sich selbst zur Rückzahlung des Zuschusses verpflichten. Verheiratete Mütter bzw. Väter erhalten einen Zuschuss, sofern ihr Ehegatte kein oder nur ein Einkommen bis 427 Euro im Monat erzielt (vgl. Karenzgeldgesetz KGG – Bundesgesetz über das Karenzgeld Artikel 1).

## **4.2 Die großkoalitionäre Familienpolitik am Prüfstand Gauthiers**

Die SPÖ-ÖVP-Politik ist nach dem Modell von Gauthier zwischen traditionellem und egalitärem Modell angesiedelt sein.

Während die ÖVP die traditionelle männliche Ernährerfamilie als Institution bewahren will, also dem traditionellen Modell nach *Gauthier* entspricht, versucht die SPÖ erwerbstätige Eltern zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die Berufstätigkeit und Familienarbeit vereinbar machen. Die SPÖ will die Gleichstellung von Männern und Frauen voranbringen. Die Familienpakete, die in den 1990er Jahren geschnürt wurden, spiegeln eine machtpolitische Konstellation wieder (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S.9). Es wurden Entscheidungen für Familienkonzepte getroffen, die die traditionelle Arbeits- und Rollenteilung stärken, aber auch solche, die gleichberechtigungsfördernde Maßnahmen enthalten. Beispiel dafür ist etwa das oben angeführte *Familienpaket von 1990*, das die Familienbeihilfe und die Karenzzeiten anhebt, gleichzeitig aber auch erstmals den Vätern einen Karenzanspruch gewährt (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 9)..

## **5 Familienpolitische Positionen von ÖVP und FPÖ (2000-2003)**

Die folgende Untersuchung analysiert die familienpolitischen Positionen jener Parteien, in deren Regierungszeit als sogenannte „schwarz-blaue“ Kleine Koalition die gesetzliche Fundierung des KBG 2001 fällt.

### **5.1 Die Österreichische Volkspartei (ÖVP)**

#### **5.1.1 Eine strukturalistische Entwicklungsskizze**

Die ÖVP wurde 1945 neu gegründet und verstand sich nur innerhalb strenger Grenzen als Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei. Sie verstand sich selbst als soziale Integrationspartei (vgl. Kriechbaumer 1990, S.60). Sie stützte sich weitgehend auf dieselben Gruppen wie die Christlichsozialen, nämlich auf Bauern, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte. Die Struktur der ÖVP in Form ihrer Bünde verlieh den drei innerparteilichen Gruppierungen einen organisatorischen Rahmen. In den späten 1940er Jahren war die ÖVP im hohen Ausmaß von der katholischen Soziallehre geprägt und wurde in Wahlkämpfen aktiv von der Kirche unterstützt (vgl. Kriechbaumer 1990, S.77). Das Selbstverständnis der ÖVP ist das einer Sammlungspartei, die neben verschiedenen Berufsgruppen auch verschiedene ideologische Strömungen, wie Konservatismus, Liberalismus und Katholische Soziallehre zusammenfügt. Sie setzte auf Abgrenzung von ihren politischen Gegnern wie der SPÖ bzw. den „marxistischen Parteien“ (vgl. Müller, 2006, S.341ff). Diese Abgrenzung ist aufgrund der ideologischen Abflachung bis heute fast unmerklich geworden.

Als stärkere Regierungspartei bildete die ÖVP mit der SPÖ von 1945 bis 1965 eine Große Koalition. Bei den darauf folgenden Wahlen verzeichnete die ÖVP Zuwächse, sodass es nach 21 Jahren Großer

Koalition erstmals 1966 zu einer ÖVP-Alleinregierung kam. Bis 1970 dominierte die ÖVP die österreichische Politik. Nach der Zeit der Alleinregierung wurde die ÖVP ab 1970 17 Jahre in die Opposition gedrängt.

Seit 1987 ist die ÖVP wieder Regierungspartei, zunächst als kleinerer Partner der SPÖ. Bis 1999 erlitt die ÖVP einige Wahlniederlagen.

**Abbildung 4: Nationalratswahlen 1945-2006**

	SPÖ	<b>ÖVP</b>	FPÖ	Grüne	KPÖ	BZÖ
1945	44,6	<b>49,8</b>	-	-	5,4	-
1949	38,7	<b>44,0</b>	11,7	-	5,1	-
1953	42,1	<b>41,3</b>	10,9	-	5,3	-
1956	43,0	<b>46,0</b>	6,5	-	4,4	-
1959	44,8	<b>44,2</b>	7,7	-	3,3	-
1962	44,0	<b>45,4</b>	7,0	-	3,0	-
1966	42,6	<b>48,3</b>	5,4	-	0,4	-
1970	48,4	<b>44,7</b>	5,5	-	0,9	-
1971	50,0	<b>43,1</b>	5,5	-	1,4	-
1975	50,4	<b>43,0</b>	5,4	-	1,2	-
1979	51,0	<b>41,9</b>	6,1	-	1,0	-
1983	47,7	<b>43,2</b>	4,9	1,9*/1,4	0,7	-
1986	43,1	<b>41,3</b>	9,7	4,8	0,7	-
1990	42,8	<b>32,1</b>	16,6	2,0*/4,8	0,6	-
1994	34,9	<b>27,7</b>	22,5	7,3	0,3	-
1995	38,1	<b>28,3</b>	21,9	4,8	0,3	-
1999	33,2	<b>26,9</b>	26,9	7,4	0,5	-
2002	36,5	<b>42,3</b>	10,0	9,5	0,6	-
2006	35,3	<b>34,3</b>	11,0	11,1	1,0	4,1

getrennte Kandidatur von VGÖ und ALÖ bzw. GRALT

(Quelle: Plasser/Ullram 2006, S. 560, ergänzt durch NR-Wahlergebnisse 2006 aus bmi.gv.at)

Die programmatischen Ziele der Christlichsozialen Partei vor dem Ersten Weltkrieg waren der gesetzliche Schutz der Familie und die Bewahrung der Frauen vor gesundheitsschädlichen Arbeiten. 1919 forderten die Wiener Christlichsozialen die Durchführung der den Frauen gesetzlich zustehenden Gleichberechtigung in den öffentlichen Ämtern (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S.103).

Wie wichtig die Institution Familie für die ÖVP ist, lässt sich auch daran erkennen, dass sie die Verankerung der Familie in der Verfassung forderte (vgl. Müller 1997, S.280).

1945 entsteht als Teilorganisation der ÖVP die ÖFB, die Österreichische Frauenbewegung (später Österreichischer Frauenbund). Die Ziele der ÖVP Frauenbewegung sind vorerst die gesetzliche Sicherung für die Festigung der Ehegemeinschaft durch Novellierung des Ehegesetzes oder durch strengere Handhabung bei Scheidung. Die Unauflöslichkeit der Ehe soll der Versorgung der Ehefrau und Mutter dienen. Hier zeigt sich der anfänglich sehr starke Einfluss der Katholischen Sozialmoral (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S. 104).

Die ÖFB zählt in der ÖVP zu den weniger einflussreichen Bündeln und wird erst 1972 den drei klassischen Bündeln der ÖVP, dem Österreichischen Wirtschaftsbund (ÖWB), dem Österreichischen Bauernbund (ÖBB) und dem Österreichischen Bund für Arbeiter und Angestellte (ÖAAB) formal gleichgestellt. Familie und christliches Weltbild sind die Grundwerte der ÖFB. Die Frauenbewegung setzte sich zum Ziel, dass Frauen im öffentlichen Leben mitwirken im Sinne „der fraulichen Eigenart entsprechenden Lebensgebieten“, also widmeten sich die ÖVP Frauen zunächst vorwiegend karitativen Tätigkeiten (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S.105).

Weiters wird der Ausbau von Mutterschutzbestimmungen gefordert, um vor allem unverheiratete Frauen und Mütter aus der Berufstätigkeit in die Ehe zu führen. Die Erziehung der Kinder wird mit Blick auf ihre spätere Berufung als Mütter und Väter favorisiert. Die ÖVP-Frauen organisieren Veranstaltungen von Mütterschulungen für die Führung des Familienlebens und kämpfen gegen familienzerstörende Einflüsse aus Literatur, Film, Presse, Theater.

Die ÖFB strebt die Gründung einer Hausfrauenvereinigung an und will eine Interessenvertretung der Frau sein, die sich für demokratisches Lohn- und Arbeitsrecht, Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen und Hilfe für Bäuerinnen stark macht. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Vertretung aller arbeitsrechtlichen Belange der Frau, vor allem die Sorge um Alte und Kranke, um die Kriegswitwe und die familienumsorgende Mutter zu sein (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S.107).

Ehe, Familie und Mutterschutz stehen für die Politik der ÖFB an erster Stelle. Die ÖVP-Frauen sind in den ersten Jahrzehnten der zweiten Republik davon überzeugt, dass der Platz der Frau zuhause bei den Kindern und nicht im Berufsleben sei. Für die Partei bedeutet die Berufstätigkeit der Frau ein materiell motiviertes „Muss“, das es zu beseitigen galt.

Erst in den 1960er Jahren gibt es aus der Reihe der ÖVP-Politikerinnen positive Äußerungen zur Berufstätigkeit der Frau. Im Klagenfurter Manifest von 1965 wird festgehalten, dass sich die Familienpolitik der ÖVP um die berufstätigen Frauen und Mütter sorgt, die am Gedeihen der Volkswirtschaft maßgeblich beteiligt sind. Grete Rehor, christliche Gewerkschafterin und später erste Sozialministerin, fordert faire Arbeitsbedingungen für Frauen ein. Sie engagiert sich für die Besserstellung typisch weiblicher Berufe, wie zum Beispiel für die Heimarbeiterinnen und Hausgehilfinnen. Frauen im Erwerbsleben sind für Grete Rehor ein Faktum, auch wenn sie am Ideal der Mutter, die



Ehemann und Kinder zu Hause versorgt, festhält. Sie setzt sich aber für die Förderung von Frauen ein, sowohl in beruflicher Hinsicht, als auch in der finanziellen Absicherung, wie zum Beispiel mit der Erhöhung der Witwenrente (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 107).

### **5.1.2 Familienpolitik als Thema in ÖVP-Programmen**

Nach 25 Jahren dominierender Regierungsbeteiligung bzw. Alleinregierung wird die ÖVP 1970 in die Opposition gedrängt. Die ÖVP nutzte die folgenden 16 Jahre, die sie als parlamentarische Opposition verbrachte, unter anderem auch zu einer programmatischen Erneuerung. Mit dem *Salzburger Programm 1972* folgt u.a. auch die Modernisierung des Frauenbildes der Partei, in dem die Absicht erklärt wird, die Berufstätigkeit der Frau und ihre Tätigkeit als Hausfrau und Mutter nicht mehr gegeneinander auszuspielen: Wesentlicher Inhalt des VP-Programms ist auch die Familie: „Die ÖVP bekennt sich zum Leitbild der partnerschaftlichen Familie als Grundlage ihrer Familienpolitik“ (Salzburger Programm 1972, Punkt 5.3.2.)

„Im Sinne ihres Eintretens für die freie Entfaltung der Persönlichkeit will die ÖVP, dass die Frau als Hausfrau und Mutter ebenso Anerkennung findet wie die berufstätige Frau. Die Dienste der Gesellschaft müssen so gestaltet sein, dass es der Frau mit Familienpflichten möglich ist, frei zu entscheiden, ob sie berufstätig sein will oder nicht“ (Salzburger Programm 1972, Punkt 5.2.4.).

Die ÖVP bekennt sich im *Salzburger Programm 1972* zu einer partnerschaftlichen Beziehung der Geschlechter. Diese erforderte eine neue Auffassung der Rolle des Mannes und der Frau in der Familie (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S.108).

Für die Diskrepanz zwischen Berufstätigkeit und Mutterrolle wird der Begriff der „Wahlfreiheit“ eingeführt. Die Frau soll selbst entscheiden, ob sie zuhause für das Wohl ihrer Familie sorgen will, oder halbtags

oder ganztätig berufstätig sein will. Grundsätzlich bleibt die ÖFB aber dem traditionellen Familienbild verbunden. Die ÖVP propagiert auch das Konzept der Teilzeitarbeit für Mütter, um die Notwendigkeit eines Erwerbsberufs mit den Pflichten als Hausfrau und Mutter kombinieren zu können (vg. Rösslhumer/Appelt, S. 108).

Nicht alle Frauen der ÖVP stimmen diesem Frauenbild zu. 1978 entwerfen die ÖAAB-Frauen ein neues Leitbild für die Frau. Inhalt ist die selbständige, selbstbewusste Frau, die in der Gesellschaft über das traditionelle Rollenverhalten hinaus Verantwortung tragen muss (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 109)

Die politische Einstellung der ÖVP in den Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung ist das Bekenntnis zur Wahlfreiheit der Frau. Ging es um konkrete Bedingungen, unterstützte die ÖVP die Familie und sprach sich gegen Kinderkrippen und staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen aus. Die Reform des Familienrechts wurde ab 1975 verhandelt. Dabei verweigerte die ÖVP die Zustimmung zur Verankerung des Rechts der Frau auf Berufstätigkeit auch ohne Zustimmung des Ehemannes. Sie lehnte auch die Teilung des Vermögens ab, das während der Ehe erwirtschaftet wurde (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 110).

Die ÖVP zielte auf die Stärkung der Mehrkindfamilien und Familien mit männlichen Alleinverdienern ab. Ihre Vorschläge zur Familienpolitik waren die Erhöhung des Alleinverdienerabsetzbetrags, der Familienbeihilfe für das dritte Kind und aller weiteren Kinder (gestaffelte Beiträge), sowie die Berücksichtigung der Kinder im Steuerrecht. Konstantes familienpolitisches Thema der ÖVP war die Einführung direkter Zahlungen an die nicht berufstätige Mutter, das „Erziehungsgeld“ (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 112)

Der „Fristenlösung“, dem Schwangerschaftsabbruch der Frau in den ersten drei Monaten, stand die Partei gänzlich ablehnend gegenüber (vgl. Rösslhumer /Appelt 2001, S. 111), dennoch trat sie gegen den Willen der Partei 1975 in Kraft. Erst zwischen 1983 und 1986 schlug die Partei neue Konzepte im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik vor. Am Erziehungsgeld für nichtberufstätige Mütter wurde aber festgehalten. Im gesellschaftlichen Bereich, so Müller, hätte jedoch seit den 1980er Jahren wieder der „moralische Konservatismus“ an Bedeutung gewonnen (vgl. Rösslhumer/Appelt, 2001, S.112). Darauf schließen lassen die Forderung nach Verankerung der Ehe und Familie in der Verfassung und die Forderung einer finanziellen Kinderförderung (vgl. Müller 1997, S. 280).

Die ÖVP verwendet einen Familienförderungsbegriff, der tendenziell auf Geldleistungen und die steuerliche Berücksichtigung familiärer Verhältnisse abzielt. Bei der ÖVP wird das Verhältnis von Arbeitswelt und Familie über das Prinzip der Wahlfreiheit und Vereinbarkeit erläutert und eine entsprechende Anerkennung für jene gefordert, die sich für eine umfassende Wahrnehmung der Aufgaben in der Familie entscheiden. Die ÖVP ist sehr stark an der Familie als Institution ausgerichtet. Bei der Partei wird eine Präferenz für Steuererleichterungen und Geldleistungen zur Unterstützung von Familien konstatiert. Die ÖVP macht sich vor allem für Mittelstandfamilien und Mehrkindfamilien stark.

„In der Regierungspraxis betrieb die ÖVP in den 1990er Jahren vor allem pragmatische Interessenpolitik. Bei gesellschaftspolitischen Fragen nahm sie verstärkt konservative Positionen ein, die eher katholisch-konservative Kernschichten ansprechen (um deren Loyalität die ÖVP mit der FPÖ kämpft) als bürgerlich-liberale Wähler (um die sich auch das Liberale Forum bemüht)“ (Müller 1997, S.281).

## **5.2 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)**

### **5.2.1 Eine historische Entwicklungsskizze**

Die FPÖ wird 1956 gegründet, sie ist Nachfolgepartei des nazistisch orientierten Verbands der Unabhängigen. Noch Jahrzehnte nach dem Ende des 2. Weltkriegs gilt die FPÖ als eine sehr stark dem Deutschnationalismus verpflichtete Partei, sie steht für den Anti-Kommunismus und will den Proporz der Großparteien abschaffen (vgl. Luther 2006, S.376).

Bei ihrer Gründung ist die FPÖ organisatorisch schwach, ab Mitte der 1960er Jahre, als sie den Deutschnationalismus (vgl. Luther 2006, S. 376) weitgehend durch liberale Elementen zurückgedrängt hat, wird die Partei durch weitgehend stabile Wahlergebnisse gestärkt. 1970/71 unterstützt sie die SPÖ-Minderheitenregierung (vgl. Luther 2006, S. 364). Im „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ 1973 wird in der Sozialpolitik auf die Selbstsicherheit des einzelnen abgezielt und staatliche Sozialversicherung spielt im Vergleich zu familiärer Versorgung und Selbstvorsorge nur eine subsidiäre Rolle (vgl. Luther, 2006, S.378).

Ab der 2. Hälfte der 1970er Jahre beginnt die politische Akzeptanz der FPÖ als möglicher Regierungspartner einzusetzen, die FPÖ zeigte sich zur politischen Mitverantwortung bereit (vgl. Luther 2006, S. 365).

Als die FPÖ 1983 als Juniorpartner mit der SPÖ an der Regierung beteiligt ist, wird ihre wahlpolitische Situation wieder verschlechtert. Diese Konflikte führen zwischen dem auf Liberalismus drängenden Norbert Steger einerseits und Jörg Haider andererseits zu einer Kampfabstimmung 1986, die zugunsten Jörg Haiders ausfällt. Daraufhin wird das Regierungsbündnis zwischen SPÖ und FPÖ beendet (vgl.

Luther 2006, S. 365). Die anschließenden Neuwahlen führen wieder zu einer Regierung der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP (1986-1990).

Die ideologische Umorientierung der „Haider FPÖ“ führt zu einer stärkeren Betonung der nationalen Komponente, allerdings nur als Teilaspekt eines weitgehend von der Person Haider repräsentierten populistischen Protests. Mit dieser ideologischen Umorientierung verliert die Partei einen großen Teil ihrer liberalen Anhänger und das Regierungspotenzial der FPÖ nimmt ab. Andererseits findet die Partei einen großen Anklang bei den Wählern als „Protestpartei“ (vgl. Luther 2006, S. 377).

Der politische Höhepunkt der Partei fällt in das Jahr 1999, als sie bei der Nationalratswahl als zweitstärkste Partei hervorgeht und die ÖVP überholt (vgl. Luther 2006, S. 365). Die FPÖ erreicht 26,9 Prozent der Stimmen (siehe oben Abbildung 4).

### **5.2.2 Familienpolitik als Thema in FPÖ-Parteiprogrammen**

Programmatisch tritt die FPÖ seit den *Richtlinien freiheitlicher Politik* von 1957 für die „Gleichberechtigung der Frau in beruflicher und rechtlicher Hinsicht“ ein. In späteren Programmen wird dieser Grundsatz erweitert durch eine partnerschaftliche Beziehung von Mann und Frau: „Die Familie, geprägt durch die Verantwortung der Generationen und der Partner zueinander, ist wichtigste soziale Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft“ (vgl. Rösslhuber/Appelt 2001, S. 138).

Im *Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik* 1973 wird in der Sozialpolitik auf die Selbstsicherheit des einzelnen abgezielt und staatliche Sozialversicherung im Vergleich zu familiärer Versorgung und

Selbstvorsorge nur eine untergeordnete Rolle zugeordnet (vgl. Luther, 2006, S.378).

Das „Frauen- und Familienreferat“ als sogenannte Frauenorganisation der FPÖ hat innerparteilich kaum Bedeutung. Sie ist eine lose Organisation und stellt kein Gegengewicht zu den Frauenorganisationen der Großparteien SPÖ und ÖVP dar. Politische Äußerungen von Frauen gab es kaum (Rösslhumer/Appelt 2001, S. 133).

Im Parteiprogramm von 1985 will die FPÖ „anwendbare Alternativen zu dem traditionellen Rollenverständnis ermöglichen“ (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 138). Jedoch findet sich in keinem Programm, wie sich die FPÖ eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau auch im öffentlichen Leben vorstellt oder welche Idee die Partei hat, um die Situation für Frauen zu verbessern. Die Aufwertung der Familien- und Hausarbeit ist zugleich eine dringende Forderung (vgl. Rösslhumer/Appelt S. 138).

1995 gründet Ursula Haubner die parlamentarische Frauengruppe *Initiative Freiheitliche Frauengruppe im Parlament* (IFF). Die FPÖ will damit Frauenanliegen getrennt von Familienpolitik thematisieren. Die Thematisierung der Frauenpolitik führt letztendlich wieder zur Familienpolitik. Die Inhalte setzten sich unter anderem zusammen aus Familiensplitting (siehe unten), Kinderbetreuungsscheck und Ausbildung für Tagesmütter. Der dringende Bedarf und Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen wird nicht erwähnt (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. (Rösslhumer, Appelt 2001, S. 136)

Im Parteiprogramm von 1998 wird Familie „als Kern der Gesellschaft“ und als „Gemeinschaft der Generationen“ bewertet. Familie bedeutet für die FPÖ das Zusammenleben von Mann und Frau mit mindestens einem Kind, darüber hinaus werden auch andere Familienangehörige

mit einbezogen. „Durch das Kind wird eine Lebensgemeinschaft von Mann und Frau zur Familie. Die Wesensfunktionen einer Familie bestehen in der Erziehung ihrer Kinder und der generationenübergreifenden Fürsorge“ (FPÖ-Parteiprogramm 1995, Kapitel 7, Art. 1). Familiäre Fürsorge- und Beistandspflichten bestehen nicht nur im Eltern/Kind-Verhältnis, sondern auch generationenübergreifend im Verhältnis zu anderen Familienmitgliedern.

Die FPÖ bietet familienfördernde Lösungen an (vgl. FPÖ-Parteiprogramm 1995, Kapitel 7, Art. 3):

Zur steuerrechtlichen Besserstellung der Familien und zur Sicherstellung eines steuerfreien Existenzminimums für alle Familienmitglieder forciert die FPÖ die Einführung des "Familiensplittings":

Beim Familiensplitting sollen Haushalte mit zwei oder mehr Kindern zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage herangezogen werden. Das gemeinsame Einkommen des gesamten Haushalts wird auf die Anzahl der Personen im Haushalt aufgeteilt. Die Lohn- bzw. Einkommenssteuer der einzelnen Personen wird dann gesamtheitlich berechnet (vgl. [www.fpoeparlamentsklub.at](http://www.fpoeparlamentsklub.at), 08.10.2008)

Die gemeinsame Veranlagung wäre eine durchaus sachadäquate Besteuerung einer Familie als Wirtschaftsgemeinschaft, die ihr zur Verfügung stehendes Einkommen für gemeinsame Bedürfnisse verwendet. Dabei wirkt sich der progressive Steuertarif für Alleinverdiener-Haushalte jedoch sehr nachteilig aus. Darüberhinaus würde anstelle des derzeit für alle gleich hohen Kinderabsetzbetrages, der auch an nicht steuerpflichtige Eltern ausgezahlt wird, eine nach dem jeweiligen Einkommen des steuerpflichtigen Elternteils beziehungsweise beider Eltern differenzierte Steuerentlastung treten. Das würde ein Abgehen von der in Österreich geltenden Maxime "jedes Kind ist gleich viel wert", bedeuten (vgl. ÖIF, [www.oif.ac.at](http://www.oif.ac.at) am 3.10.2008).

Um Kinderbetreuung in der Familie zu erleichtern, sollen Aufwendungen für Tagesmütter, private Kinderkrippen und Haushaltshilfen steuerlich absetzbar sein. Die Kindererziehungszeiten und die Betreuung und Pflege Angehöriger sollen pensionsbegründend sein. Kinderreiche Familien sollen deutlich besser gestellt werden durch den Mehrkindzuschlag. „Private und öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Betreuung der Kinder in der Familie sind gleichwertig zu behandeln und zu fördern. Möglichkeit dazu bietet der Kinderbetreuungsscheck“ (FPÖ-Parteiprogramm 1995, Kapitel 7, Art. 2). Der Kinderbetreuungsscheck war zur experimentellen Umsetzung in einigen Gemeinden Kärntens bereits geplant. Dem voraus ging eine Machbarkeitsstudie des Österreichischen Instituts für Familienforschung, wonach der Kinderscheck nicht nur eine finanzielle Abgeltung von elterlichen Betreuungsleistungen für Kinder unter 3 Jahren, sondern auch ein nicht bar ablösbarer Scheck für Kinder im Kindergartenalter (3-6 Jahre) sein soll (vgl. Wintersberger 2006, S. 213). Der Empfängerkreis des Betreuungsschecks umfasste die Wohnbevölkerung (alle in Österreich lebenden Menschen), sofern die Kinder in Österreich leben. Die anspruchsberechtigte Person ist jene, die überwiegend die Betreuungsarbeit leistet, in den meisten Fällen die Mutter. Adoptiv- und Pflegeeltern werden einbezogen (vgl. ÖIF 1997, 16). In zwei Kärntner Gemeinden, Deutsch Griffen und Feistritz/Gail, wurde der Kinderbetreuungsscheck in den Jahren 1999 - 2001 probeweise eingeführt mit dem Ziel, gesetzliche Erfahrungen zur Einführung eines Kinderbetreuungsschecks zu gewinnen (vgl. Rille-Pfeiffer/ Kapella 2007, S. 15). Auch in Öblarn in der Steiermark wurde der Betreuungsscheck probeweise von 2000-2002 eingeführt. Allerdings wurde mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes der Kinderbetreuungsscheck nie österreichweit eingeführt.

Gleichbehandlungspolitik und Frauenfragen spielen in der Geschichte der FPÖ eine unbedeutende Rolle, sie werden beinahe ausschließlich



aus dem Blickwinkel der Familienpolitik gesehen (vgl. Rösslhumer/Appelt, S. 136).

Bei der FPÖ ist ein rückwärtsgewandtes Frauenbild mit Betonung der Ehefrau- und Mutterrolle feststellbar. Die IFF-Vertreterinnen wollen eine Neuformulierung der gesellschaftlichen Rollen von Mann und Frau durch partnerschaftliche Vereinbarung zwischen diesen erreichen. Zugleich gilt die Aufwertung der Familien- und Hausarbeit als dringende Forderung, weil man sich dadurch eine Attraktivitätssteigerung für Männer erhofft. Eine gesetzliche Festschreibung der Rollenverteilung in der Partnerschaft wird aber strikt abgelehnt. Auch heute noch lehnt die FPÖ das Instrument der Quotenregelung ab (vgl. Rösslhumer/Appelt 2001, S. 137).

## **6 Zur Familien- und Gleichbehandlungspolitik der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Koalition 2000-2006**

### **6.1 Vorbemerkung**

Im Jahr 1999 erreicht die FPÖ ihren politischen Höhepunkt, als sie aus der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 als zweitstärkste Partei hervorgeht und die ÖVP überholt. Die FPÖ erreicht 26,9 Prozent der Stimmen.

Ab 4. Februar 2000 ist die FPÖ in der Bundesregierung und überlässt das Amt des Bundeskanzlers der ÖVP. Im Kabinett Schüssel I stellt die FPÖ die erste Vizekanzlerin, die Minister für Finanzen, Justiz, Landesverteidigung, Soziales und Generationen und für Verkehr sowie zwei Staatssekretäre.

Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ wird die Person Jörg Haider geschwächt, nicht allein dadurch, dass er zwar im Koalitionsausschuss vertreten ist, nicht jedoch in der Regierung. Die innerparteilichen Konflikte nehmen zu. Die Partei hat große Probleme sich von einer Protest-, hin zu einer Regierungspartei umzuorientieren. Zu den innerparteilichen Problemen durch die Regierungsbeteiligung zählen die Entfremdung zahlreicher Parteifunktionäre, die sich an eine vorangegangene „Protestpartei“ gewöhnt hatten, die inhaltliche Inkonsistenz der Positionen der Partei, sowie die geringe Fähigkeit der Partei, die Regierungslinie innerparteilich zu „verkaufen“ (vgl. Luther, 2006, S.369). Die Auseinandersetzungen um die immer geringer werdenden sicheren Listenplätze werden schärfer und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei immer offensichtlicher. Zwei Jahre nach Regierungsantritt ist die Partei intern zerrissen und wirkt nicht mehr als geschlossene Einheit. Damit werden die Weichen zu einer Abspaltung gestellt (vgl. Luther 2006, S. 369).

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl am 24. November 2002 verliert die FPÖ zwei Drittel ihrer Wähler. Die Gesamtzahl freiheitlicher Mandate wird halbiert, in der Regierung Schüssel II, die am 28. Februar 2003 in ihr Amt tritt, stellt die FPÖ nur noch drei Bundesminister und einen Staatssekretär.

Am 4. April 2005 kommt es wenig überraschend zur Abspaltung und Gründung des Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ). Haider verlässt im Knittelfeld-Prozess die FPÖ. Mit der BZÖ-Gründung koppeln sich das Regierungsteam und der Parlamentsklub von der Basis ab (vgl. Luther 2006, S. 364)

**Abbildung 5: Ergebnisse der Nationalratswahl 1999 in Österreich**

Parteien	Stimmen	Anteil	Mandate
SPÖ	1.532.448	33,15 %	65
<b>FPÖ</b>	<b>1.244.087</b>	<b>26,91 %</b>	<b>52</b>
<b>ÖVP</b>	<b>1.243.672</b>	<b>26,91 %</b>	<b>52</b>
Die Grünen	342.260	7,40 %	14

Wahlbeteiligung 80,42%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Abt. III/6, [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at)

**Abbildung 6: Ergebnisse der Nationalratswahl 2002 in Österreich**

Parteien	Stimmen	Anteil	Mandate
ÖVP	<b>2.076.833</b>	<b>42,30 %</b>	<b>79</b>
SPÖ	1.792.499	36,51 %	69
FPÖ	<b>491.328</b>	<b>10,01 %</b>	<b>18</b>
Die Grünen	464.980	9,47 %	17

Wahlbeteiligung 84,27%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Abt. III/6, [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at)

## **6.2 Familienpolitik als Thema im Nationalratswahlkampf 1999**

Der Nationalratswahlkampf 1999 wurde auch als „Familienwahlkampf“ betitelt (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S.7). Die Parteien ÖVP und FPÖ forcieren eine Stärkung der Familienpolitik. Übereinstimmung gibt es bei der Forderung der Ausdehnung des Bezugs von Karenzgeld auf zwei Jahre. Die ÖVP fordert ein „Karenzgeld für alle“, die FPÖ bewirbt zusätzlich den „Kinderscheck“.

Die ÖVP deklarierte sich selbst zur Familienpartei und hat das Leitmotiv „Wir wollen Familien stärken“ mit der Maßnahme „Karenzgeld für alle“ zur finanziellen Besserstellung unterstrichen. Sollten die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds ausreichend sein, sollte dieses Karenzgeld für drei Jahre für jede Mutter gewährt werden. Das Karenzgeld für alle sieht ÖVP-Minister Bartenstein als Entscheidungsfreiheit zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. Seines Erachtens ist das Karenzgeld für alle eine Möglichkeit, den Trend zu Kleinfamilien zu stoppen (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S.7).

Die FPÖ verspricht die Einführung eines Kinderbetreuungsschecks für alle. Das Wahlversprechen von Jörg Haider lautet, für jedes Kärntner Kind ab dem Jahr 2000 einen Kinderscheck von ATS 5.700.- im Monat bis zum 6. Lebensjahr des Kindes zur Verfügung stellen zu wollen (vgl. Stenographisches Protokoll 655. Sitzung, 2. Juni 1999, S. 35). Die FPÖ betont, dass diese Einführung eine zeitgemäße und gerechte Abgeltung der Kinderbetreuung im Sinne einer ganzheitlichen Familienpolitik ist. Kinder sollen nicht endgültig zur Privatsache und vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden, daher sei ein effizienter Ausgleich der Familienleistungen durch den Staat notwendig. Auch die FPÖ betont die finanzielle Abgeltung von Familienleistungen. Unterstrichen wird die Wahlfreiheit, die es Müttern ermöglichen soll, zu Hause zu

bleiben. Weiters fordert sie die Zusammenlegung des Frauen- und Familienministeriums (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 7).

„Im ÖVP-Wahlprogramm „der bessere Weg“ (1999) finden sich zwar ein Absatz „Väter in die Pflicht nehmen“ sowie ein Hinweis auf die „Leitidee des österreichischen Eherechts“, die „Partnerschaftlichkeit von Frau und Mann“. Die konkreten Inhalte sowie die Rhetorik des Wahlkampfes sprechen jedoch eine andere Sprache. Wenn die ÖVP auf Plakaten und in Foldern mit dem Slogan „jedes Kind ist gleich viel wert“ das *Karenzgeld für alle Mütter* fordert, und wenn die FPÖ auf Plakaten den *Kinderbetreuungsscheck* als das „Jörg Haider-Modell für österreichische Mütter vorstellt und in einem Radio-Spot damit wirbt, dass durch den *Kinderbetreuungsscheck* bald „tagesmutterfrei“ sein werde, weil die Kinder nicht mehr „von der Mama weg“ müssten, so wird klar, welche Form der Geschlechterbeziehungen diesen Karenzgeldmodellen zugrunde gelegt ist“ (Rosenberger 2000, S.8ff)

Die FPÖ-Politikerinnen sind sich schon im Wahlkampf darüber einig, dass die Position der Frauenministerin abgeschafft werden soll. Ein eigenes Frauenministerium sei kontraproduktiv und würde den Frauen schaden. Die bereits im Wahlkampf geforderte Zusammenlegung von Frauen- und Familienministerium (vgl. Rösslhumer 2001, S.141), wurde von der FPÖ im Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen umgesetzt. Der Ministerin Elisabeth Sickl folgt im Oktober 2000 Herbert Haupt.

Die ÖVP-Forderung „Karenzgeld für alle“ wird gegen Ende des NR-Wahlkampfes durch das *Familien-Volksbegehren 1999* (Eintragungszeitraum 9.-16. September 1999) unterstützt (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 202). Die Inhalte stimmen mit den Forderungen der ÖVP überein. Der VP-nahe Österreichische Familienbund stellt folgende Forderungen an den Nationalrat: Karenzgeld für alle sofort einführen und in weiterer Folge Familien stärken durch

Kinderbetreuungsgeld, Familie und Beruf besser vereinbar machen, Kinder und Jugendliche vor Sekten und Gewalt in den Medien schützen, Wiedereinführung der Heimfahrtbeihilfe für Schüler und Lehrlinge und voller Kostenersatz für Zahnsparungen. Rund 3,17 Prozent der österreichischen Bevölkerung ließen sich dazu eintragen (183.154 Personen) (vgl. [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at), 8.11.2008).

Die FPÖ, die weitgehend die gleichen Inhalte vertritt, dürfte aufgrund wahltaktischer Überlegungen das Volksbegehren nicht unterstützt haben (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 6).

### **6.3 Familienpolitische Argumente der SPÖ im Wahlkampf 1999**

Die SPÖ distanziert sich sowohl vom Kinderscheck als auch vom neuen Karenzgeld-Vorschlag. Ihre familienpolitischen Forderungen beinhalten ein einkommensbezogenes Karenzgeld, Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und die Alterssicherung für Frauen. Karenzgeld soll weiterhin als Einkommensersatz dienen, wobei man eine zusätzliche Sozialleistung für Studentinnen überlegt. Zurückhaltend präsentiert wird die Wiedereinführung von zwei Jahren Karenzzeit für Alleinerzieherinnen. Ziel sei durch einen geringeren beruflichen Einkommensverlust auch Väter für die Kleinkindbetreuung zu gewinnen. Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit soll erreicht werden durch das Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum 6. Lebensjahr des Kindes, das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab eineinhalb Jahren und den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Wichtig ist der SPÖ auch eine eigenständige Alterssicherung der Frauen etwa durch eine stärkere Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten (vgl. Rosenberger, 2000, S. 6).

## 6.4 Familienpolitik im VP/FP-Regierungsprogramm 2000

Bei den Nationalratswahlen 1999 fällt die ÖVP auf den dritten Platz hinter die FPÖ zurück, übernimmt jedoch die Rolle der führenden Regierungspartei und stellt den Bundeskanzler in einer Koalition mit der FPÖ. Aufgrund FPÖ-interner Konflikte kommt es 2002 zu vorgezogenen Nationalratswahlen, aus der die ÖVP als stärkste Partei hervorgeht.

Die ÖVP nimmt eine entscheidende Position ein, da sie zusammen mit jeder anderen Partei über eine Mehrheit im Nationalrat verfügt (vgl. Müller 2006, S. 342). Die ÖVP setzt ihre Koalition mit der FPÖ, nach deren Abspaltung BZÖ, weiter fort.

Beide Parteien betonen, dass Familienpolitik für sie ein eigener Politikbereich ist, eine Investition in die Zukunft und Leistungserhöhungen in jedem Fall gerechtfertigt sind. Familienpolitik wird in dieser Phase zum zentralen Politikfeld (vgl. Rosenberger/Schallert 2000, S. 7).

Die Familienpolitik des *Regierungsprogramms 2000* titelt „den Familien mehr Wahlmöglichkeit ermöglichen“ (vgl. Regierungsprogramm 2000, siehe Anhang II). Neben der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, dem der wichtigste Platz eingeräumt wird, sind die Themen Mehrkindzuschlag, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, verfassungsrechtliche Verankerung der Familie, Elternausbildung und Familienberatung sowie Maßnahmen gegen Gewalt zu finden (vgl. Rösslhumer/Appelt, S. 112).

Die bis dahin bestehende Form des Karenzgelds und der Karenzzeit soll einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Inhalt ist die Abkoppelung des Bezugs einer vorhergehenden unselbständigen Erwerbsarbeit. Anspruch haben alle Väter und Mütter, die sich der Kinderbetreuung widmen und die auch die Voraussetzungen für den

Bezug der Familienbeihilfe erfüllen.<sup>13</sup> Die Dauer des Bezugs wird verlängert, die Zuverdienstgrenze angehoben (vgl. Lutz 2003, S. 213).

In Kapitel III Punkt 5 des Regierungsprogramms findet sich das Vorhaben, dass alle Rechtsbereiche, z.B. das Arbeitsrecht, analog zu diesen Neuregelungen geändert werden, d.h. dass mit der Ausdehnung der Kinderbetreuungszeiten auch der Kündigungsschutz gewährleistet bleibt. Dieses Vorhaben wird nicht umgesetzt und darauf ist noch einzugehen.

Die Auszahlungen des Kinderbetreuungsgeldes werden an die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen gekoppelt. Die ersten 18 Monate der Kinderbetreuung werden angehoben auf ATS 6.250 pro Monat, ATS 250 behält der Pensionsversicherungsträger ein. Damit sind ab 1. Jänner 2002 die in Anspruch genommenen Kindererziehungszeiten pensionsbegründende Beitragszeiten. Die Einkommensobergrenze für den Mehrkinderzuschlag entfällt.

Unter dem Titel „Familie und Beruf vereinbar machen“ sollen familienpolitische Maßnahmen gesetzt werden, die zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile beitragen. Thema ist die Wahlfreiheit zwischen einer Verbindung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung oder der Möglichkeit der ausschließlichen Kinderbetreuung. Bei der Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze soll auf den Bedarf der Eltern Rücksicht genommen werden, auch auf die Situation alleinerziehender Elternteile.

---

<sup>13</sup> Grundsätzlich haben Eltern unabhängig von der Höhe ihres Einkommens Anspruch auf Familienbeihilfe, wenn sich der Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen in Österreich befindet (ständiger Aufenthalt) und das Kind mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebt, also sich ebenfalls ständig in Österreich aufhält. Auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung ist die Mutter vorrangig anspruchsberechtigt.



## 6.5 Familienpolitik im VP/FP-Regierungsprogramm 2003

Im Jahr 2003 implementiert die Regierung Schüssel II das *Bundesministerium für Gesundheit und Frauen*. Damit knüpft sie an die Politik der vorangegangenen SPÖ-ÖVP-Regierung in organisatorischer Hinsicht an. Weiters wird Ursula Haubner als Staatssekretärin für Familie und Generationen bestellt.

Im *Regierungsprogramm 2003* verschiebt sich die Gewichtung in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie (BMSG 2004, S. 109), das Kinderbetreuungsgeld ist ja bereits eingeführt, es wird die Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung betont. Unter Punkt 16 „Familie und Generationen“, der im Vergleich zum vorhergehenden Regierungsprogramm sehr kurz ausfällt, werden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hervorgehoben. Unter Berücksichtigung der Erfüllung der EU-Ziele soll Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren und während der schulfreien Zeiten zur Verfügung gestellt werden.

In der zweiten Legislaturperiode der ÖVP-FPÖ-Regierung kommt es zu einer größeren Novellierung der Gleichbehandlungsgesetze. Auslöser dafür waren die Vorgaben der Europäischen Union. Inhalte des *Bundesgesetzes über die Gleichbehandlung* sind die Regelungen betreffend Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, betreffend Gleichbehandlung in der Arbeitswelt ohne Unterschied der ethischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung (Anti-Diskriminierung), betreffend Gleichbehandlung ohne Unterschied der ethnischen Zugehörigkeit (Antirassismus) und Grundsätze für die Gleichbehandlung im Arbeitsleben in der Land- und Forstwirtschaft. Diese Novellierungen stießen bei den Oppositionsparteien auf Ablehnung. Gründe dafür waren, dass die EU-Richtlinien damit nicht

vollständig erfüllt waren und ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz notwendig sei anstelle der Eingliederung in dieses Gesetz (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 180ff.)

In den Bundesländern Steiermark, Kärnten und Oberösterreich werden zwischen 2000 und 2002 Regionalbüros errichtet, welche als Ziel die Institutionalisierung der Gleichstellung durch den Ausbau der Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen verfolgen (vgl. Rosenberger 2006, S. 750)

Im Bundesgleichbehandlungsgesetz werden Änderungen durchgeführt, die den Bereich des öffentlichen Dienstes betreffen. Änderungen in der Dienstrechtsnovelle 2001 beinhalten eine Öffnungsklausel: Das Frauenförderungsgebot, das Frauen Vorrang einräumt bei gleicher Qualifikation beim Einstieg und beruflichen Aufstieg, gilt nur dann, wenn beim Mitbewerber keine triftigen Gründe überwiegen, wie etwa besondere Sorgepflichten, die er zu erfüllen hat. Diese Novellierung wurde nur mit den Stimmen der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ beschlossen, gegen den Widerstand der Opposition (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 178).

Der Novellierung des für die Privatwirtschaft geltenden Gleichbehandlungsgesetzes 2001 stimmt hingegen auch die Opposition zu. Die Gleichbehandlungskommission, die Gegenstand von Änderungen des für die Privatwirtschaft geltenden Gleichbehandlungsgesetzes ist, wird vom Bundeskanzleramt in das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen verlegt. Die Vorsitzführung wird durch einen Stellvertreter ergänzt und ist nicht mehr auf ehrenamtlicher, sondern bezahlter Basis tätig (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 179). Damit sollte eine Beschleunigung der Verfahren vor der Gleichbehandlungskommission erreicht werden (vgl. Talos/ Obinger 2006, S. 196).

Die ÖVP-FPÖ-Regierung setzt gleich anfangs einen eindeutigen Akzent. Die Position der Frauenministerin, die im Bundeskanzleramt angesiedelt ist, wird aufgelöst. „Während Vertreter der Regierungsparteien diese Abschaffung verteidigten und die Auffassung vertraten, dass bei einer fortschrittlichen Frauenpolitik eine Institutionalisierung nicht sinnvoll sei, brachte die Opposition scharfe Kritik an dieser Änderung vor<sup>14</sup>“ (Obinger/Talos 2006, S.179). Die Frauenagenden werden in das *Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen* sowie dem *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit* eingegliedert. Das bedeutet, dass alle Themen, die Gleichbehandlungspolitik betreffen, zwischen männlichen Regierungsmitgliedern ausgemacht wurden. Typisch männliche Ressorts werden hingegen mit Frauen besetzt, wie etwa das Außen- und das Verkehrsministerium. „Die übliche Zuweisung von Frauen auf bestimmte Felder wurde mit dieser Personalpolitik demonstrativ aufgebrochen“ (Rosenberger 2006, S. 749).

Mit Beginn der ÖVP-FPÖ-Regierung wird aber auch das Familienministerium aufgelöst. Zum ersten Mal seit 1983 gibt es damit kein Ministerium mehr, das *Familie* in der Bezeichnung trägt. Die Familienagenden werden dem *Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen* sowie dem *Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit* unterstellt. Die Familienverbände kritisieren diese organisatorische Abwertung der Familie jedoch nur wenig (vgl. Rosenberger 2006, S.749).

Für viel Kritik und Verwunderung sorgt die Einrichtung der *männerpolitischen Grundsatzabteilung* im *Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen*, ein Ressort der FPÖ. Erklärt wird

---

<sup>14</sup> Inhalte der Kritik waren, dass es dadurch zu einer Vermischung mit Familienangelegenheiten komme, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur auf dem Papier bestünde und Frauenpolitik von einer einseitigen Mütterpolitik geschluckt werde.

es mit dem Hinweis, dass nach den Erfolgen der Frauenemanzipation nun auch Politik für Männer gemacht werden sollte (vgl. Rosenberger 2006, S. 749).

Unternehmen sollen „durch spezifische Anreize“ aufgefordert werden, familienpolitische Maßnahmen zu setzen. Als „sichtbares Zeichen der Anerkennung der Leistungen“, die Familien für die Gesellschaft erbringen, wird die Unterstützung der Familie als Staatsziel angestrebt (vgl. Rösslhuber/Appelt 2001, S.112).

Die Maßnahmen zur Elternausbildung und Familienberatung umfassen das Angebot für Beratungsstellen zur Bewältigung innerfamiliärer Krisen und Beratung zum Berufseinstieg nach längerer familiärer Pause.

## **6.6 Zur Gleichbehandlungspolitik der VP-FP-Koalition**

ÖVP und FPÖ haben eine hohe ideologische Übereinstimmung im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Maßnahmen des Kompromisses zwischen Gleichbehandlungs- und Familienpolitik sind nicht mehr notwendig,<sup>15</sup> da die Parteien in ihren Einstellungen zur Materie grundsätzlich übereinstimmen. Gleich zu Beginn des Regierungsantritts betonten sie, dass die Gleichbehandlungspolitik bisher zu wenig erreicht habe. Ein Neuanfang mit mehr Frauen in nicht frauentypischen Berufen soll hier richtungsweisende Akzente setzen. Den Schwerpunkt bildet die Regierung in der Familienpolitik, sie setzt Maßnahmen für Frauen mit Kleinkindern sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter dem Begriff der Wahlfreiheit (vgl. Rosenberger 2006, S. 749).

---

<sup>15</sup> So war es noch bei der Großen Koalition von SPÖ und ÖVP der Fall gewesen (siehe oben Kapitel 4).

Die Regierung appelliert an Länder und Gemeinden, ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zu sichern. Im Regierungsprogramm (Anhang III) finden sich auch die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und die Förderung der Väterkarenz. Beim Kinderbetreuungsgeld wird ein Zuschlag bei Mehrlingsgeburten angestrebt.

Angeführt sind im Regierungsprogramm die Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes, Evaluierung der Eltern- und Partnerbildung, Ausbau der Familienberatungsstellen, Änderungen der Richtlinien für den Familienhärteausgleich<sup>16</sup>, Förderung des „Unternehmens Haushalt“, Verankerung der Familie in der Verfassung, Einrichtung einer Bundeskoordinationsstelle für Familie und Beruf im Sozialministerium (vgl. Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, S.31)

## **6.7 Zur politikwissenschaftlichen Kritik der Gleichbehandlungspolitik**

Die Politik der schwarz-blauen Regierung ist vom ersten Tag ihres Amtierens an mit heftiger Kritik bedacht worden. Es verwundert nicht wenig, dass sich im Speziellen zur sensiblen Problematik der Familien- und Gleichbehandlungspolitik auch die fachwissenschaftlich kritischen Stimmen zu Wort gemeldet haben. Die folgenden Hinweise sind illustrative Beispiele einer vorwiegend politikwissenschaftlichen Kritik zu verstehen und in keiner Weise als erschöpfend anzusehen. Sie beziehen sich auch auf die Familien- und Gleichbehandlungspolitik im Allgemeinen und nicht auf die Regelungen des KBGG 2001 im Besonderen.

---

<sup>16</sup> Der Härteausgleich bietet Familien in Notsituationen eine einmalige finanzielle Hilfe, wenn alle anderen gesetzlichen Unterstützungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Wird die Entwicklung der Gleichbehandlungspolitik seit Beginn an berücksichtigt, wird deutlich, dass die Durchsetzung von Themen von den jeweils handelnden politischen Akteuren abhängt. Die institutionelle Implementierung ist noch keine Voraussetzung für Fortschritte in diesem Bereich, jedoch Voraussetzung für den policy-Prozess (Obinger/Talos 2006, S. 185).

Trotz des Gebots der aktiven Gleichstellung von Männern und Frauen 2004 und der Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung wurde die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt und im Bereich der sozialen Sicherung nicht verbessert. Frauen arbeiten nach wie vor in Teilzeitbeschäftigung und im Niedriglohnsegment. Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es noch immer (vgl. Obinger/Talos 2006, S. 185).

Um die Gleichbehandlungspolitik voranzubringen, sind neben den Maßnahmen Frauenförderung auch Kinderbetreuung und eine familienkompatible Gestaltung der Arbeitswelt in den Politikfeldern Sozial-, Familien und Bildungspolitik notwendig. Allerdings wird der Handlungs- und Anwendungsbereich der Gleichbehandlungspolitik zur Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung durch Privatisierung des öffentlichen Sektors, durch Deregulierung von Arbeitsbeziehungen und durch den sozialstaatlichen Rückbau verkleinert (vgl. Rosenberger 2006, S. 751). In dieser Periode nehmen gesellschaftliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Verteilung der Einkommen und Arbeitsplätze zu.

In der Zeit der ÖVP-FPÖ (BZÖ)-Koalition wird der Mutter mit Kleinkind politische Priorität eingeräumt, strukturelle Maßnahmen der Gleichstellung sind nicht gegeben. Die aktive Gleichbehandlungspolitik wird in den Hintergrund gerückt. Politische Neuerungen, wie etwa das Kinderbetreuungsgeld, werden als frauenpolitische Neuerung suggeriert, weil sie vor allem von Frauen beansprucht werden. „Diese

Vermittlung von Politik als Frauen- und Gleichstellungspolitik, ohne jedoch das Geschlechterverhältnis zu egalisieren, ist von einer De-Thematisierung sozialer Ungleichheit im Allgemeinen und von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Besonderen geleitet“ (Rosenberger 2006, S. 752)

## **7 Das KBG: Vorgeschichte und geltende Rechtslage**

### **7.1 Karenzgelregelungen vor Einführung des KBGG**

An dieser Stelle wird ein Überblick über die Karenzgeldregelungen (vgl. Lutz 2003) gegeben, um Veränderungen durch die neuen Regelungen des Kinderbetreuungsgeldes besser aufzeigen zu können.

#### **7.1.1 Karenzurlaubsgeld**

Die ersten Karenzregelungen finden sich im Jahr 1957. Ein unbezahlter halbjähriger Karenzurlaub wird darin vorgesehen. 1962 fordert die ÖVP die Möglichkeit des Karenzurlaubes im Interesse des Kindes, die SPÖ die Arbeitsplatzgarantie zur Berufsrückkehr.

1963 wird das Karenzgeld in Abhängigkeit vom Einkommen geregelt. Damit wird erreicht, dass der Entfall des Einkommens während der Karenzzeit besser abgedeckt ist.

1974 erfolgt die Ausweitung des Karenzgeldbezugs auf ein Jahr und ein nach dem Familienstand gestaffeltes Karenzgeld für Mütter. Unverheiratete Mütter können demnach für die Dauer eines Jahres Karenzgeld beziehen, allerdings wurde diese Regelung als Grund für das Aufschieben einer Heirat kritisiert.

1983 wird daher das Beziehen von Karenzgeld abhängig gemacht von der finanziellen Bedürftigkeit. Auseinandersetzungen gibt es auch darüber, ob Mütter oder Väter Karenzzeit beanspruchen dürfen. Die ÖVP fordert eine Verlängerung des Karenzurlaubes, die SPÖ möchte eine Verlängerung der Elternkarenz. Erst mit dem Familienpaket 1989,



in dem beide Forderungen erfüllt werden, kommt es zu einer theoretischen Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Realität sieht ab dem Moment so aus, dass Mütter zwei Jahre Karenzurlaub beanspruchten und die Väter weiterhin im Beruf blieben.

### **7.1.2 Anspruchsvoraussetzungen**

Die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Karenzgeld für das erste Kind sind bis 1. Jänner 2002 eine vorangegangene arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 52 Wochen in den letzten 24 Monaten. Für jede weitere Karenz muss einer Beschäftigung von mindestens 26 Wochen in den letzten 12 Monaten nachgegangen werden<sup>17</sup>.

Voraussetzung für den Bezug sind weiters ein gemeinsamer Haushalt mit dem Kind und die überwiegende Betreuung des Kindes durch die Karenzgeldbezieherin.

### **7.1.3 Zuverdienstgrenze**

Während der Karenzzeit kann bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuverdient werden, ohne den Kündigungs- und Entlassungsschutz zu verlieren. Der arbeitsrechtliche Anspruch auf Karenz, also die Arbeitsfreistellung, beläuft sich weiterhin auf 24 Monate.

Weiters kann während der Karenz für bis zu 13 Wochen im Jahr eine Beschäftigung über der Geringfügigkeitsgrenze vereinbart werden, wobei der volle Kündigungsschutz aufrecht bleibt.

---

<sup>17</sup> Frauen, die vor dem 25. Geburtstag entbinden, müssen 16 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 20 Wochen ausgeübt haben.

#### **7.1.4 Leistungsdauer und -höhe**

Die Dauer des Bezugs beträgt maximal 18 Monate für den ersten Elternteil, bei Teilung zwischen den Elternteilen maximal 24 Monate. Der arbeitsrechtliche Anspruch auf Karenz, also die Arbeitsfreistellung, ist ebenfalls 24 Monate.

Beim Karenzgeld gibt es eine Aufschubmöglichkeit der Inanspruchnahme von 183 Tagen zwischen dem 19. Lebensmonat und dem vollendeten 6. Lebensjahr des Kindes.

Die Höhe beläuft sich im Jahr 2001 auf €13,67 pro Tag. Ging die anspruchsberechtigte Person weiterhin einer Teilzeitarbeit nach, wurde der Betrag auf die Hälfte verringert.

#### **7.1.5 Versicherungsrechtliche Auswirkungen**

Während des Karenzgeldbezuges waren Frauen auch krankenversichert. Konnten die Frauen nach Ablauf des Karenzgeldbezuges auf keine sonstige Pflichtversicherung zurückgreifen, blieb der Krankenversicherungsschutz auf Antrag bis zum 2. Geburtstag des Kindes aufrecht.

#### **7.1.6 Kündigungs- und Entlassungsschutz**

Bis zur Geringfügigkeitsgrenze konnte wie erwähnt dazu verdient werden, ohne den Kündigungs- und Entlassungsschutz zu verlieren. Für bis zu 13 Wochen pro Jahr kann eine Beschäftigung beim bisherigen Arbeitgeber über der Geringfügigkeitsgrenze vereinbart werden. Diese Regelung gilt als zweites befristetes Arbeitsverhältnis beim Arbeitgeber. Der Kündigungs- und Entlassungsschutz im karenzierten Arbeitsverhältnis bleibt voll aufrecht.

### **7.1.7 Übergangsregelungen**

Frauen, deren Kinder zwischen 1. Juli 2000 und 31. Dezember 2001 geboren wurden, fielen unter die Bestimmungen der Übergangsregelung. Sie mussten die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bezug erfüllen, konnten allerdings bereits die Verlängerung der Bezugsdauer in Anspruch nehmen. In der Zeit der Übergangsregelung galten bereits dieselben Zuverdienstregelungen wie beim Kinderbetreuungsgeld. Die Bezieherinnen erhielten auch die gleichen Transferleistungen, die im Kindergeldbetreuungsgesetz vorgesehen waren.

Teilzeitbeschäftigte können wählen, ob sie bei Bezug des vollen Karenzgeldes ihre Einkünfte den Zuverdienstregelungen unterstellen, oder bei Bezug des halben Karenzgeldes nicht (vg. Lutz 2003, S. 216)

## **7.2 Kinderbetreuungsgeld ab 2002 – geltende Rechtslage**

Für Kinder, die ab dem 1. Jänner 2002 geboren werden, wird die Familienleistung des Kinderbetreuungsgeldes ausbezahlt.

### **7.2.1 Anspruchsvoraussetzungen**

Anspruch darauf haben jene Eltern, die auch Familienbeihilfe beziehen<sup>18</sup> und die im gemeinsamen Haushalt mit dem Kind leben.

Das Kinderbetreuungsgeld ist nicht mehr daran gebunden, dass das Kind überwiegend selbst betreut werden muss.

Drittstaatsangehörige haben nur dann die Möglichkeit des Bezugs, wenn diese entweder seit mindestens 5 Jahren in Österreich leben oder in einem aufrechten unselbständigen Beschäftigungsverhältnis sind (vgl. Lutz 2003, S. 214).

---

<sup>18</sup> Unabhängig von ihrer Beschäftigung und ihrem Einkommen haben Eltern mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich Anspruch auf Familienbeihilfe.

Anspruchsvoraussetzung ist auch der Nachweis der regelmäßigen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.

### **7.2.2 Zuverdienstgrenze**

Die gesetzliche Zuverdienstgrenze liegt 2002 bei €14.600.- pro Jahr, ohne Sonderzahlungen wie 13. und 14. Monatsgehalt. Zum Zuverdienst werden alle Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit, einschließlich jener unter der Geringfügigkeitsgrenze, aber ohne Sozialversicherungsbeiträge, Sonderzahlungen und Wochengeld gezählt. Weiters werden Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Verpachtung, aus Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften wie Pensionen, Zinsen, Notstandshilfe oder Krankengeld hinzugezogen. Bei der Implementierung des Kinderbetreuungsgeldes wurde festgelegt, dass bei Überschreitung der Zuverdienstgrenze das gesamte in diesem Jahr bezogene Kinderbetreuungsgeld zurückgezahlt werden müsse<sup>19</sup>.

### **7.2.3 Leistungsdauer und -höhe**

Die Dauer des Bezugs beträgt für den ersten Elternteil maximal 30 Monate, insgesamt bei Teilung zwischen den Elternteilen maximal 36 Monate.

Die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes beträgt 2002 €14,53 pro Tag. Während des Wochengeldbezuges<sup>20</sup> ruht die Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes. Es wird zum Zeitpunkt der Einführung des Kindergeldes, auch für Personen mit mehreren Kleinkindern unter 3 Jahren, immer nur für ein Kind ausbezahlt.

---

<sup>19</sup> Diese scharfen Bestimmungen wurden dann aber in der Praxis nicht vollzogen.

<sup>20</sup> Die Antragstellerin muss zu Beginn der Schutzfrist krankenpflichtversichert sein. Die gesetzliche Schutzfrist beginnt acht Wochen vor dem voraussichtlichen Geburtstermin.

Für Leistungszeiträume ab 1. Jänner 2004 erhöht sich das Kinderbetreuungsgeld bei Mehrlingsgeburten für jedes zweite und weitere Kind um € 7,27. Diese Regelung gilt auch für Mehrlingsgeburten, die bereits ab dem 1.1.2002 erfolgt sind, sofern ab dem 1.1.2004 noch Kinderbetreuungsgeld bezogen wird.

#### **7.2.4 Versicherungsrechtliche Auswirkungen**

Alle Personen die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sind zu diesem Zeitpunkt auch krankenversichert.

Der Bezug des Kinderbetreuungsgeldes ist pensionsbegründend, das heißt ab der Geburt des Kindes werden 18 Monate als Beitragszeit in der Pensionsversicherung gewertet.

#### **7.2.5 Kündigungs- und Entlassungsschutz**

Alle Personen die Kinderbetreuungsgeld beziehen und davor einer unselbständigen Tätigkeit nachgegangen sind, haben 24 Monate ab Beginn der Karenz das Recht auf Rückkehr zum Arbeitsplatz.

#### **7.2.6 Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld**

Anspruch auf Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld in der Höhe von € 180.- pro Monat haben einkommensschwache alleinerziehende Elternteile und verheiratete bzw. in Lebensgemeinschaft lebende Mütter oder Väter, deren Partner ein niedriges Erwerbseinkommen haben. Ausgeschlossen sind Personen, deren Einkünfte einen Grenzbetrag von € 3.997.- pro Jahr übersteigen. Allerdings muss dieser Zuschuss rückerstattet werden: Bei alleinerziehenden Elternteilen wird der 2. Elternteil zur Rückzahlung herangezogen, sofern er aus der Geburtsurkunde hervorgeht. Ansonsten kann der Bezieher nur dann den Zuschuss erhalten, wenn er sich selbst zur Rückzahlung

verpflichtet. In Lebensgemeinschaften und Ehen sind beide Elternteile zur Rückzahlung verpflichtet. Diese muss innerhalb von 15 Jahren nach Geburt erfolgen: Sobald die jährliche Einkommensgrenze von Alleinerziehenden € 10.175.- oder Elternpaaren €25.440.- pro Jahr übersteigt (vgl. Dörfler/ Neuwirth 2007, S. 11ff).

## 8 Das KBG am empirischen Prüfstand

Die folgende Darstellung der KBG-Evaluierung stützt sich auf empirische Befunde, die von verschiedenen Institutionen und mit zum Teil unterschiedlichen Methoden erarbeitet wurden. So liegt der Studie von Riesenfelder u.a. (2007)<sup>21</sup> die Erwerbstätigkeit und das Beschäftigungsverhalten von Bezieherinnen des KGB-Bezugs zu grunde, während die Studie von Rille/Pfeiffer u.a. (2007)<sup>22</sup> die Erhöhung der Wahlfreiheit und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, die Impulse für das Erwerbsleben, die Erhöhung der Väterbeteiligung, den Beitrag zur Armutsvermeidung und das KBG als Beitrag zur Förderung des generativen Verhaltens überprüft.

Die Untersuchung von Dörfler/Neuwirth (2007)<sup>23</sup> befasst sich eingehend mit der Zuverdienstgrenze.

### 8.1 KBG – Ein Beitrag zum Wohlfahrtsstaat

Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes sollte die Wahlfreiheit der Eltern über die Kinderbetreuung und die Erwerbsbeteiligung erhöht werden und eine fairere innerfamiliäre Betreuungsaufteilung ermöglicht werden. „Damit entsteht für Eltern eine völlig neue Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung und eine neue Qualität in der Eigenverantwortung ihrer Kinderbetreuung“ (Regierungsprogramm 2000, S.26). Durch die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf den Bezug von Kinderbetreuungsgeld wird mehr Personen Wahlfreiheit ermöglicht, als es

---

<sup>21</sup> Methodische Grundlage der Studie Riesenfelder et al. ist die Längsschnittbeobachtung der BezieherInnen in Zeitfenstern ab der Geburt. Der Bezug des KBG wird der alten Regelung des Karenzgeldbezugs gegenübergestellt. Die Studie basiert auf Literaturanalyse, Interviews mit Bezieherinnen, ExpertInneninterviews und der Aufbearbeitung der Längsschnittdaten.

<sup>22</sup> Rille-Pfeiffer et al. bedienen sich qualitativer und quantitativer Methoden mit Befragungen von Unternehmen, Interviews mit Verwaltungs- und Durchführungsunternehmen des KBG, aber auch mit Bezieherinnen. Auch sie vergleichen den Karenzgeld- mit dem KBG-Bezug.

<sup>23</sup> Dörfler/Neuwirth arbeiten u.a. mit der Methode von Leitfadeninterviews mit Führungskräften und SachbearbeiterInnen, die mit dem KBG eng vertraut sind.

unter den alten Karenzgeldregelungen der Fall war. Der Bezieherinnenkreis stieg von ca. 70.000 während der Karenzgeldregelungen auf ca. 170.000 Personen an, die Kinderbetreuungsgeld beziehen (vgl. ÖAAB, [www.oebb-sbg.at](http://www.oebb-sbg.at) (1.10.2008)). Auch durch die Anhebung der Zuverdienstgrenze wurde die Wahlfreiheit im Vergleich zum vorhergegangenen Karenzgeld erhöht, aber gleichzeitig ist durch die vorgegebene Höhe der Zuverdienstgrenze und das Fehlen von verschiedenen Modellen bezüglich Bezugsdauer und –höhen die Wahlfreiheit eingeschränkt (vgl. Rille-Pfeiffer u.a. 2007, S. 63). Seit Einführung der neuen Kinderbetreuungsregelungen befinden sich Frauen mit Kleinkindern seltener und weniger lang in einem finanziell und versicherungsrechtlich ungesicherten Status. Das Kinderbetreuungsgeld reduziert die Armutsgefährdung von KBG-Bezieherinnen, 13 Prozent der Bezieherinnen werden über die Armutsgefährdungsschwelle gehoben (vgl. Rille-Pfeiffer u.a. 2007, S. 84) „Unbestritten erfolgte mit dem Kinderbetreuungsgeld aber ein Ausbau des Wohlfahrtsstaates und zwar sowohl hinsichtlich der personellen Reichweite als auch im Hinblick auf die finanziellen Mehraufwendungen“ (Obinger/Talos 2006, S. 203).

## **8.2 Problemdimensionen der Leistungsbezugs-Dauer**

Mit der Anspruchsdauer auf den Leistungsbezug von Kinderbetreuungsgeld gegenüber dem Karenzgeld zeigt sich eine deutliche Verlängerung der Leistungsbezugdauer. Die durchschnittliche Dauer des Karenzgeldbezugs der Frauen von 548 Tagen, wurde mit dem Bezug des Kinderbetreuungsgeldes auf 911 Tage ausgeweitet, das bedeutet eine Verlängerung des Bezugs um 66 Prozent. Nur 4 Prozent der Frauen haben weniger als zwei Jahre KBG bezogen. (Kapella/ Rille-Pfeiffer 2007, S. 123). Frauen bevorzugen die Dauer des Bezugs bis zum 30. Lebensmonat des Kindes: 89 Prozent der Frauen bezogen das Kindergeld für zweieinhalb Jahre (Kapella/ Rille-Pfeiffer 2007, S. 125). Die volle Bezugsdauer von 3 Jahren mit Partnerbeteiligung,



nutzten 9 Prozent der KGB-Bezieherinnen (Kapella/ Rille-Pfeiffer 2007, S. 126), wobei die Beteiligung des Partners bei 6 Monaten lag.

Wesentlich stärker ist ein beschäftigungshemmender Effekt aufgrund der Ausdehnung der Dauer des Leistungsanspruchs um ein Jahr zum ehemaligen Karenzgeld feststellbar. Vor allem junge Frauen, die vor der Beziehung des Kinderbetreuungsgeldes kein hohes Einkommen erzielten, bleiben nun länger dem Erwerbsleben fern (Riesenfelder u.a. 2007, S. 89). Die Verlängerung der Karenzzeit um ein Jahr ist einem raschen Wiedereinstieg nach der Karenz nicht dienlich.

### Abbildung 7: Dauer des Leistungsbezugs

		KUG		ÜBR		KGB	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Dauer	1 T. - 3 M.	7	,2%	9	,1%	0	,0%
	3-6 M.	16	,5%	35	,3%	7	,3%
	6-9 M.	36	1,0%	67	,6%	5	,2%
	9-12 M.	48	1,4%	162	1,6%	22	,8%
	12-15 M.	262	7,4%	229	2,2%	47	1,7%
	16-18 M.	278	7,9%	303	2,9%	66	2,5%
	19-21 M.	2681	75,9%	506	4,9%	79	2,9%
	22-24 M.	42	1,2%	567	5,5%	136	5,1%
	über 2 J.	161	4,6%	8501	81,9%	2326	86,5%
Gesamt		3531	100,0%	10379	100,0%	2688	100,0%
Dauer	1 T. - 3 M.	7	,2%	9	,1%	0	,0%
	3-6 M.	16	,5%	35	,3%	7	,3%
	6-9 M.	36	1,0%	67	,6%	5	,2%
	9-12 M.	48	1,4%	162	1,6%	22	,8%
	12-15 M.	262	7,4%	229	2,2%	47	1,7%
	16-18 M.	278	7,9%	303	2,9%	66	2,5%
	19-21 M.	2681	75,9%	506	4,9%	79	2,9%
	22-24 M.	42	1,2%	567	5,5%	136	5,1%
	25-27 M.	41	1,2%	685	6,6%	135	5,0%
	28-30 M.	18	,5%	7069	68,1%	1305	48,5%
	31-33 M.	11	,3%	143	1,4%	814	30,3%
	über 33 M.	91	2,6%	604	5,8%	72	2,7%
Gesamt		3531	100,0%	10379	100,0%	2688	100,0%

Quelle: L&R Datafile „KGB-HVSV“; 2006

(Riesenfelder u.a. 2007, S. 121)

Aufgrund fehlender längerfristiger Untersuchungen kann eine Prognose für die weitere Entwicklung schwer getroffen werden. „Anzunehmen ist jedoch, dass die untersuchten Gruppen in den Monaten 40+ (d.h. mindestens 40 Monate nach Geburt) eine relativ ähnliche Beschäftigungsentwicklung nehmen werden wie vorhergehende Karenzgeldbezieherinnen (Riesenfelder u.a. 2007, S. 97).

Die Studie von Klepp/ Kapella/ Rille-Pfeiffer (2007) beruht auf einer vierjährigen Gesamtevaluierung der Kindergeldbezieherinnen. Dabei ergaben sich 5 verschiedene Erwerbsbiographien von Frauen:

1. Der Egalitarität von Familie und Beruf anstrebende Erwerbsverlauf beinhaltet ein modernisiertes traditionelles Familienmodell mit tendenzieller Familienzentrierung der Frau. Beruf und Kind haben einen hohen Stellenwert, wobei die Priorität beim Wohl des Kindes liegt.
2. Im familienzentrierten Erwerbsverlauf wird ein traditionelles Familienbild gelebt, der Vater ist der Verdienener, die Frau übernimmt den Haushalt.
3. Beim erwerbsorientierten Erwerbsverlauf findet sich ein modernisiertes Familienmodell mit tendenzieller bis starker Erwerbsorientierung. Frauen sind mehr oder weniger allein für die Kinder verantwortlich, arbeiten und werden unterstützt durch die Großelterngeneration.
4. Der sich noch bzw. wieder neu orientierte Erwerbsverlauf ist gekennzeichnet durch einen hohen Bildungsgrad der Frauen. In den Karrieren der Frauen zeigt sich, dass Kinder Barrieren „personifizieren“ und hohe Flexibilität nötig ist.
5. Beim durchbrochenen Erwerbsverlauf sind Frauen tendenziell hoch erwerbstätig und haben viele Kinder. Der Bruch im Erwerbsverlauf zeigt sich nach dem dritten Kind, wo Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht mehr möglich sind (vgl. Klepp u.a. 2007, S. 224).

Diese Familienmodelle beeinträchtigen entweder die Erwerbstätigkeit der Frauen, oder stellen eine große Mehrfach- oder Überbelastung der Frauen dar. Sehr deutlich wird hierbei, dass alle Modelle ein mehr oder weniger stark verankertes traditionelles Familienbild aufweisen (vgl. Klepp u.a. 2007, S. 222).

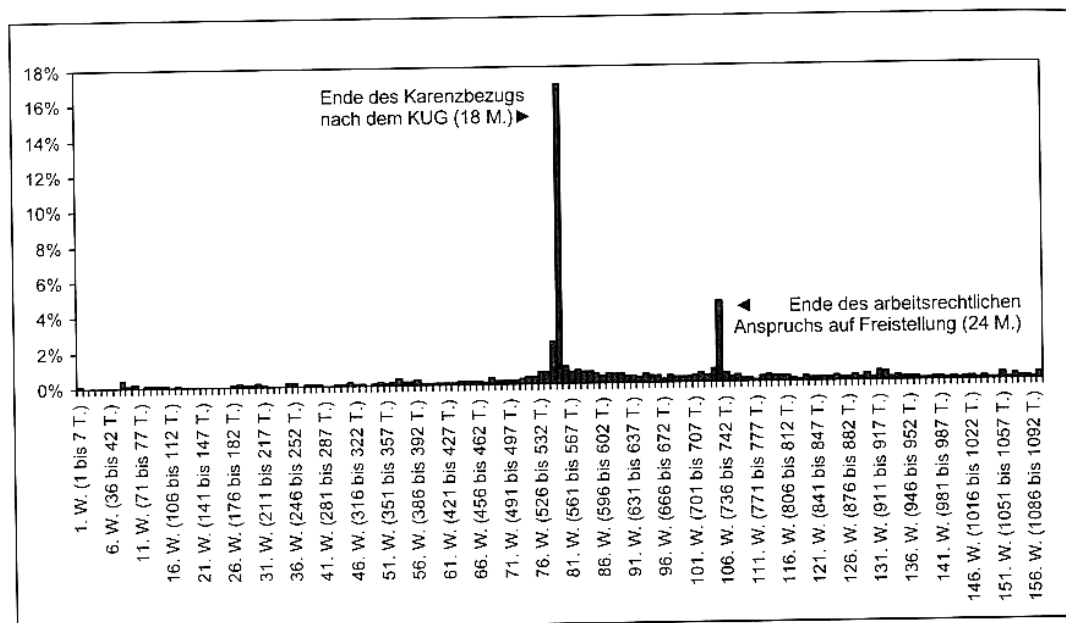
„Tendenziell wird durch die verlängerte Bezugsdauer die Familienorientierung stärker gefördert als die Erwerbsorientierung. Dadurch werden die vorherrschenden traditionellen Geschlechterrollen in der Gesellschaft verstärkt“ (Rille-Pfeiffer u.a. 2007, S. 67). Diese Evaluierung bringt sowohl die familien- als auch die gleichbehandlungspolitische Wirkung des KBGG auf einen kritischen und für etwaige künftige Novellierungen berücksichtigungswürdigen Punkt.

### **8.3 Beruflicher Wiedereinstieg durch KBG verzögert**

Mit Wiedereinstieg ist hier der Eintritt in ein dauerhaftes Erwerbsverhalten gemeint, also Erwerbsverhältnisse, die mindestens eine Dauer von 90 Tagen an zusammenhängender Beschäftigung erreichen. Die in Kapitel 8.2. angesprochene Problematik findet in der folgenden Analyse eine an zeitlichen Phasen festgemachte Verfeinerung.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist der Zeitpunkt des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben. Während des Karenzgeldbezugs kehrten Frauen vorwiegend nach Ablauf der Leistungen, also nach 18 Monaten, ins Erwerbsleben zurück. Der Wiedereinstieg nach Ablauf der arbeitsrechtlichen Freistellung von 24 Monaten war von sekundärer Bedeutung und wurde weitaus seltener in Anspruch genommen (vgl. Riesenfelder u.a. 2007 2006, S. 91).

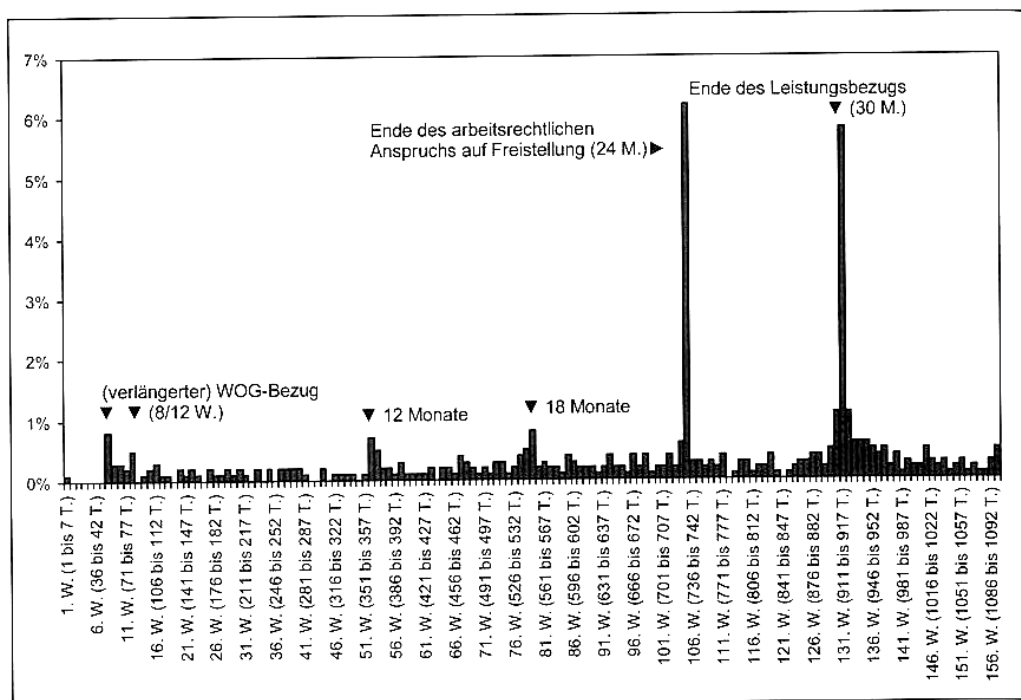
**Abbildung 8: Wiedereinstieg in dauerhafte Standardbeschäftigung im Zeitraum von 39 Monaten nach der Geburt, Karenzgeld-Bezieherinnen**



Quelle: L&R Datafile „KBG-HVSV“; 2006

(Riesenfelder u.a. 2007, S. 92)

**Abbildung 9: Wiedereinstieg in dauerhafte Standardbeschäftigung im Zeitraum von 39 Monaten nach der Geburt, Kinderbetreuungsgeld-Bezieherinnen**



Quelle: L&R Datafile „KBG-HVSV“; 2006

(Riesenfelder u.a. 2007, S. 94)

Mit dem Kinderbetreuungsgesetz verlagerte sich der Wiedereinstieg deutlich nach hinten. Das heißt im Vergleich zur früheren Regelungen Mütter nehmen das KBG deutlich länger in Anspruch. Zwei gegenläufige Tendenzen sind jedoch feststellbar (vgl. Riesenfelder u.a. 2007 2007):

1. Durch die Ausweitung der Zuverdienstgrenze hat sich der Anteil von Wiedereinsteigerinnen erhöht, doch handelt es sich insgesamt um eine kleinere Gruppe.

Die Anzahl der Frauen, die innerhalb der ersten 12 Monate wieder ins Erwerbsleben zurückkehrten, stieg von 5 Prozent während des Karenzgeldbezuges auf 9 Prozent während des Kindergeldbezuges (darauf habe ich oben bereits verwiesen).

2. Der Zeitpunkt des Wiedereinstiegs im zweiten Bezugsjahr verschob sich mit dem Bezug des Kinderbetreuungsgeldes aber nicht nur deutlich nach hinten. Während des Karenzgeldbezugs lag die Wiedereinstiegsrate bei 42 Prozent, mit dem Kinderbetreuungsgeld ist sie auf 19 Prozent gesunken.

Ab dem 25. Monat nach Geburt nahmen während des Karenzgeldbezugs 14 Prozent ihre Beschäftigung wieder auf, mit dem Bezug des Kinderbetreuungsgeldes 24 Prozent.

Riesenfelder u.a. (2007, S. 95ff) unterteilt in seiner Studie die Beobachtungszeiträume in Monate. Der Beobachtungszeitraum 1-18 Monate nach der Geburt weist einen positiven Effekt der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes auf den Wiedereinstieg von Frauen auf. Der Anteil der Frauen, die einer unselbständigen Beschäftigung vor ihrer Karenzzeit nachgegangen sind, wurde angehoben: Im vierten Monat nach der Geburt stieg die Anzahl der Frauen, die nun Kinderbetreuungsgeld beziehen, auf 7,1 Prozent. Dies ist eine deutliche Anhebung der dem vorangegangenen Anteil von Karenzgeldbezieherinnen von 5,2 Prozent.

Allerdings weisen die Daten im Beobachtungszeitraum von 19 bis 30 Monaten nach der Geburt eine Veränderung der Beschäftigungssituation auf. Während des Karenzgeldbezuges, das nach 18 Monaten endete, kehrten rund 36 Prozent der Frauen wieder ins Erwerbsleben zurück, ungefähr 7 Prozent nahmen ihre Beschäftigung zum Zeitpunkt des endenden arbeitsrechtlichen Anspruchs nach 24 Monaten wieder auf. Bezieherinnen des Kinderbetreuungsgeldes beanspruchten den Bezug 24 Monate nach der Geburt ihres Kindes (mit dem endenden arbeitsrechtlichen Anspruch) oder nach 30 Monaten (mit Ende des Leistungsbezugs).

Für den Untersuchungszeitraum 31 - 39 Monate nach der Geburt, kann eine Annäherung der Karenzgeld- und Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen hinsichtlich ihrer Beschäftigungsverhältnisse festgestellt werden. Im 31. Monat nach der Geburt ihres Kindes waren nur 6% mehr Karenzgeldbezieherinnen in ihre Beschäftigung zurückgekehrt als Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen (im Zeitraum 19-30 Monate betrug die Differenz noch 20 Prozent).

Für die Phase der Übergangsregelung<sup>24</sup> ist festzustellen, dass im Abschnitt 1 bis 18 Monate nach Geburt die Anzahl der Wiedereinsteigerinnen zurückgegangen ist. 19-30 Monate nach Geburt wurde das Angebot der um ein Jahr verlängerten Karenzzeit in Anspruch genommen, ähnlich wie beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes. Die Frauen kehrten verstärkt in ihre Beschäftigung erst nach Ende des arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes nach 24 Monaten oder nach Ende der finanziellen Leistungen im 31. Monat zurück. Im Beobachtungszeitraum 31 bis 39 Monate nach Geburt wird ersichtlich, dass sich Frauen, die unter die Übergangsregelung fielen, im Ausmaß ihrer Beschäftigung sich den

---

<sup>24</sup> Frauen, deren Kinder zwischen 1. Juli 2000 und 31. Dezember 2001 geboren wurden, fielen unter die Bestimmungen der Übergangsregelung, siehe oben.

Karenzgeldbezieherinnen näherten. Beide Gruppen wiesen einen Beschäftigungsanteil von über 53 Prozent auf.

Ziel des Kinderbetreuungsgeldes war es unter anderem, den Wiedereinstieg der Bezieherinnen zu unterstützen. Nun wird aber der Wiedereinstieg hinausgezögert. Im Beobachtungszeitraum innerhalb von 13 Monaten nach der Geburt kann festgestellt werden, dass das Ziel der Regierung, die Frauen beim Wiedereinstieg durch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes zu unterstützen, umgesetzt wurde (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 94).

Im Zeitraum von 19 - 30 Monaten nach Geburt zeigt sich jedoch, dass Frauen den verlängerten Bezug des Kinderbetreuungsgeldes um ein Jahr zu einem Großteil dazu nützen, erst später ins Berufsleben zurückzukehren als während des Bezugs von Karenzgeld (vgl. Riesenfelder 2007 u.a., S. 95).

Ein positiver Beschäftigungseffekt wurde von Kritikerinnen der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes von Beginn an in Frage gestellt, auch die Europäische Kommission gab folgendes zu bedenken: „Das neue Kinderbetreuungsgeld könnte sogar den Anreiz für Frauen verringern, wieder eine Arbeit aufzunehmen“ (Lutz 2003, S. 213).

Die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes zieht eine lange Unterbrechungsdauer von Frauen und eine kurze (oder keine) Unterbrechungsdauer von Männern nach sich. Frauen steigen zumindest temporär aus dem Berufsleben aus. Männer unterbrechen ihr Erwerbsverhalten auch durch die Einführung des neuen Kinderbetreuungsgeldes kaum häufiger als zuvor (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 93).

## **8.4 Wirkungen der Zuverdienstgrenze**

Die Studie Dörfler/Neuwirth 2007 erfasst Frauenerwerbseinkommen unmittelbar vor der Geburt eines Kindes, um Einschätzungen zur Zuverdienstgrenze geben zu können. 67 Prozent der Frauen verfügen über ein eigenes Einkommen, ein Viertel hat kein eigenes Einkommen, 8 Prozent der Frauen beziehen geringe Einkommen aus Versicherungsleistungen und Transfereinkommen. Betrachtet man die Frauen mit Erwerbseinkommen, ist feststellbar, dass das Bruttojahreseinkommen vor der Geburt deutlich über der Zuverdienstgrenze liegt. Nur 46 Prozent unterschreiten die Zuverdienstgrenze. Steigen Frauen wieder ins Erwerbsleben ein, müssen sie Arbeitszeit reduzieren, und zwar im Ausmaß von 20-24 Arbeitsstunden, um die Zuverdienstgrenze nicht zu überschreiten. Dies betrifft ca. ein Viertel der Frauen (Dörfler/ Neuwirth 2007, S. 41).

Die Erhöhung der Zuverdienstgrenze verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allerdings bleibt die Erwerbstätigkeit durch die Zuverdienstgrenze eingeschränkt. Die Neuregelung zu den Zuverdienstgrenzen animieren nur eine sehr kleine Gruppe von Frauen zu einem raschen beruflichen Wiedereinstieg. Dieser wird meist mit dem Ende des arbeitsrechtlichen Anspruchs nach 24 Monaten oder mit Ende der Transferzahlungen nach 30 Monaten forciert (Riesenfelder u.a. 2007, S. 89). Die Rückkehr ins Arbeitsleben erfolgt umso rascher, je höher das erzielbare Erwerbseinkommen der Frau ist und je höher die erwarteten künftigen Einbußen infolge von Unterbrechungen sind. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die genauen Bestimmungen zur Zuverdienstgrenze ziemlich undurchsichtig sind und dass bei einer Überschreitung der Grenze finanzielle Sanktionen drohen (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 102). Die Verlängerung der möglichen Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes führt zu einem längeren Ausstieg aus dem Erwerbsleben, trotz der eingeführten Zuverdienstgrenze.



## 8.5 Die außerhäusliche Kinderbetreuungsfrage im Diskurs

Die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen ist eng mit der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen verknüpft. Rund 50.000 Frauen würden nach eigenen Angaben bei besseren Kinderbetreuungsangeboten neu oder in einem höheren Ausmaß einer Beschäftigung nachgehen (vgl. Fuchs 2007, S. 3).

**Abbildung 10: Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen 2003 und 2006 in Österreich**

	B	K	NÖ	OÖ	S	St	T	Vbg.	W	Ö
<b>2003</b>	11,3	11,8	7,5	5,6	9,2	6	4,3	8,6	23,7	<b>10,5</b>
<b>2006</b>	15,3	12,4	10,5	6,6	11,3	7,4	12,4	9,9	24,8	<b>12,9</b>

Quelle: <http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d61/Kinderbetreuung2006.pdf> (10.08.2008)

Österreich hat eine niedrige Betreuungsquote von knapp 13 Prozent, die regionalen Unterschiede sind sehr stark ausgeprägt (siehe Abbildung 10). Es fehlen rund 15.000 Plätze, Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Öffnungszeiten besteht für weitere 3.000 Plätze. Mit Einführung des zusätzlichen Kinderbetreuungsmodells (2008) von 15 plus 3 Monaten fehlen sogar 17.000 Plätze. Das EU-Barcelona-Ziel sieht eine Erreichung der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige im Ausmaß von 33 Prozent bis 2010 vor. Das wurde beim EU-Gipfeltreffen der Kommissare im Frühjahr 2002 festgelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die Kinderbetreuungsplätze in Österreich um 49% aufgestockt werden (vgl. [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)).

Der Gleichstellungsbericht der Europäischen Kommission von 2008 hält unter Punkt 3.2. „Qualitativ hochwertige Dienstleistungen für bessere Vereinbarkeit von Berufs und Privatleben“ fest: „Die Bemühungen, die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Betreuungseinrichtungen für Kinder

gemäß den Barcelona-Zielen 15 und von Einrichtungen für betreuungsbedürftige abhängige Personen zu verbessern, sollten fortgesetzt und verstärkt werden, wobei gleichermaßen auf die Qualität dieser Dienstleistungen und ihre zeitliche Verfügbarkeit zu achten ist“ (Gleichstellungsbericht der Kommission 2008).

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Österreich Spitze bei Geldleistungen für Familien mit Kindern ist, aber gleichzeitig Nachzügler bei der Kinderbetreuung (vgl. Wintersberger, 2006, S. 219).

Auch in der Studie Klepp u.a. (2007) wurde festgestellt, dass die Frauen institutionelle Kinderbetreuung erst ab dem 3. Lebensjahr des Kindes in Anspruch nehmen. Gründe dafür sind erstens die Werthaltung der Frauen. Sie sind der Meinung, Betreuung und Erziehung der Kinder soll bis zum dritten Lebensjahr in der Familie erfolgen, weil es für das Kind besser ist. Zweitens gibt es vor allem im ländlichen Raum nicht genügend Betreuungsplätze und drittens sind diese oft zu teuer und damit können Erwerbstätigkeit und bezahlte Kinderbetreuung ein „Nullsummenspiel“ sein (vgl. Klepp u.a. 2007, S.222), wodurch kein besonderer Anreiz für Erwerbstätigkeit besteht.

#### **Abbildung 11: Gründe dafür, dass keine bezahlte oder außerhäusliche Kinderbetreuung in Anspruch genommen wurde**

		Geschlecht					
		Männlich		Weiblich		Gesamt	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kein entsprechendes Angebot	Keine Angabe	0	,0%	2	,7%	2	,6%
	Ja	7	25,0%	70	24,1%	77	24,1%
	Nein	21	75,0%	219	75,3%	240	75,2%
	Gesamt	28	100,0%	291	100,0%	319	100,0%
Möchte das Kind jetzt noch zu Hause betreuen	Keine Angabe	1	3,6%	1	,3%	2	,6%
	Ja	15	53,6%	246	84,5%	261	81,8%
	Nein	12	42,9%	44	15,1%	56	17,6%
	Gesamt	28	100,0%	291	100,0%	319	100,0%
Sonstiges	Keine Angabe	0	,0%	4	1,4%	4	1,3%
	Ja	20	71,4%	165	56,7%	185	58,0%
	Nein	8	28,6%	122	41,9%	130	40,8%
	Gesamt	28	100,0%	291	100,0%	319	100,0%

Quelle: L&R Datafile 'Interviews KBG', 2006 (k.A. = ausgewiesen)

(Riesenfelder u.a. 2007, S. 85)

In den ersten zwei Lebensjahren der Kinder werden zum Großteil die Partner zur Kinderbetreuung herangezogen, gefolgt von den Großeltern. Ein Fünftel der Frauen hat während des ersten Lebensjahres des Kindes gar keine regelmäßige Hilfe bei der Kinderbetreuung (weil sie dies nicht wollen oder weil es zu teuer ist) (vgl. Kapella/ Rille-Pfeiffer 2007, S. 167).

43 Prozent der Frauen und 66 Prozent der Männer nehmen außerhäusliche Kinderbetreuung in Anspruch. Dies ist nicht nur auf die höhere Erwerbsbeteiligung der Männer zurückzuführen, denn 25 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen und 59 Prozent der nicht erwerbstätigen Männer nutzen die Möglichkeit der bezahlten Kinderbetreuung (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S.103). Jede vierte Frau kann ihr Kind nicht in Kinderbetreuungseinrichtung geben, da es keine verfügbaren Plätze gibt. Aufgrund der Tatsache, dass immer weniger Frauen auf Familienangehörige zur Betreuung ihrer Kinder zurückgreifen können (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S.103), ist die außerhäusliche Kinderbetreuung ein wichtiger Faktor für die Berufstätigkeit der Frau geworden. Eine kontinuierliche Berufstätigkeit von Frauen wird nicht nur durch Teilzeit und Mutterkarenz erreicht, sondern unter anderem durch die Einrichtung öffentlicher Kinderbetreuungsplätze. Diese fehlenden Kinderbetreuungsplätze stellen ein großes Problem dar. Eine flächendeckende Einrichtung ist nicht vorhanden. Die Kleinkindbetreuung für unter 3-Jährige weist ein besonders hohes Defizit auf (vgl. Lutz 2003, S.226). Das vorherrschende Mutterbild und die überwiegend negativen Werte und Einstellungen zur institutionellen Kinderbetreuung von unter 3-jährigen Kindern hemmen zusätzlich die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern (vgl. Rille-Pfeiffer u.a. 2007, S. 75).

Je geringer die zusätzlichen Kosten der Kinderbetreuung infolge der Erwerbstätigkeit sind, je wichtiger das Arbeitsentgelt für das

Haushaltseinkommen ist, desto schneller werden Frauen ins Erwerbsleben zurückkehren. Wird die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kleinkindern unterstützt und ist es für Frauen eine persönliche Befriedigung, die sie in der Berufstätigkeit finden, wird dieser Prozess beschleunigt (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 90).

## **8.6 Zum KBG-Leistungsbezug im Gender-Fokus**

Die folgenden Überlegungen thematisieren eine KBG-Problematik, die sich sowohl auf Männer als auch auf Frauen/Mütter beziehen und sich insofern als Gender-Perspektive verstehen.

a) Männer, die Leistungsbezüge in Anspruch nahmen, verdienten sechs Monate vor Karenz- oder Kindergeldbezug in etwa €1.500 durchschnittlich. Ein Anstieg der Dauer des Leistungsbezugs um 93 Prozent ist hier zu verzeichnen, von 263 Tagen auf 509 Tage (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 91).

b) Mit Einführung des Kinderbetreuungsgeldes wurde im Vergleich zum vorhergehenden Karenzgeldbezug die Anzahl der Männer, die Bezüge beziehen, erhöht. Damit sind jene Männer gemeint, die während des Bezugs im Arbeitsmarkt integriert sind und nach dem Bezug ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Die Anzahl dieser Männer hat sich verdoppelt. 37 Prozent wiesen während des Bezugs des Kinderbetreuungsgeldes gleich hohe oder höhere Einkommen als während ihrer Berufstätigkeit auf. Ungefähr 40 Prozent der Männer überschreiten zumindest in einzelnen Monaten die Zuverdienstgrenze. Bei Männern ohne dauerhafte Beschäftigung nahm die Anzahl der Bezieher deutlich ab (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 97). Eine große Anzahl von Männern, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, gehen weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nach. Das Kinderbetreuungsgeld stellt für diese Gruppe eine zusätzliche Geldleistung dar. Die Erwerbslage

der Männer dürfte sich durch den Bezug nicht oder nur kaum verändert haben. Die männliche Normalbiographie bleibt erhalten. Jene Männer, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, verdienen meist weniger als ihre Frauen oder sind im ähnlich hohen Lohnniveau angesiedelt wie ihre Frauen (vgl. Lutz 2003, S. 226).

c) Das durchschnittliche Arbeitseinkommen von Frauen bis 6 Monate vor den Leistungsbezügen betrug bei der Karenzgeldregelung € 1.167, bei der Kindergeldregelung € 1.265, also waren die Unterschiede der Einkommen relativ gering. Bereits mit Einführung der Übergangsregelungen wird ersichtlich, dass die Einkommen der Frauen nach Ende des KBG-Leistungsbezugs deutlich sinken. Betrug das durchschnittliche Einkommen der Frauen, deren Bezug unter die Übergangsregelungen fiel, bis 6 Monate vor der Geburt €1.207.-, war die Höhe des durchschnittlichen Einkommens bis 6 Monate nach dem Wiedereinstieg nur noch € 879.-. Der Rückgang der Erwerbseinkommen von Frauen liegt demnach bei ca. 27,2 Prozent (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S.100). In etwa jede dritte Frau ist davon betroffen. Ursachen dafür sind kürzere Arbeitszeiten, seltener veränderte Aufgabengebiete und Wechsel des Arbeitgebers.

Die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen lässt sich nicht durch ein Kinderbetreuungsmodell verbessern, wie dies angekündigt wurde. Solange fast ausschließlich Frauen aufgrund der Kindererziehung für längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden, werden diese Differenzen im Einkommen weiter bestehen. Dadurch, dass es durch das Kinderbetreuungsgeld kaum gelungen ist, mehr Männer für die Kinderbetreuung zu gewinnen, werden auch die Einkommensungleichheiten am Arbeitsmarkt langfristig bestehen bleiben. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes wurde weder das Ziel einer Ausweitung der Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern, noch das einer faireren Aufteilung der Betreuungsarbeit zwischen den Eltern realisiert (vgl. Lutz 2003, S. 226).

Diesem harten Urteil der älteren Studie (2003) kann im Vergleich zu den jüngeren Ergebnissen von Riesenfelder u.a. (2007) und Rille-Pfeiffer u.a. (2007) mit dem Vorbehalt zugestimmt werden, dass sich doch auch einige vorteilhafte Konsequenzen des KBGG feststellen lassen. Die „große Lösung“ ist das KBGG jedoch weder im familien- noch in gleichbehandlungs- resp. Genderpolitischen Hinsicht (siehe auch die folgenden Kapitel).

## **9 Politische und konzeptive Konsequenz des KBG**

Aus den in Kapitel 8 dargestellten und weitgehend empirisch gestützten Wirkungen der Einführung des KBG lassen sich die beiden hauptsächlichen Forschungsfragen wie folgt beantworten:

### **9.1 Familienpolitische Konsequenzen**

- a) In familienpolitischer Hinsicht ist die Verbreiterung des Empfängerkreises des KBG sicherlich ein Beitrag, um deren existenzielle Absicherung im Sinne des KBG- Gesetzes zu verbessern. Es ist dies eine Wirkung, die den oben angeführten Modellen entspricht.
- b) Von familienpolitischer Relevanz ist der verlängerte Leistungsanspruch für den betreuenden Elternteil, der es wahlweise den Frauen oder den Männern ermöglicht, länger beim Kind zu bleiben. Allerdings zeigen die empirischen Befunde, dass diese Möglichkeit seitens der Männer kaum in Anspruch genommen wird.
- c) Weiters zeigt sich, dass die familienpolitische Intention, mit dem Kinderbetreuungsgeld eine Steigerung der Geburtenrate zu erwirken, nicht erfüllt wird. Insofern ist das KBGG kein Beitrag zu einer „nachhaltigen Familienpolitik“.

### **9.2 Gleichbehandlungspolitische Konsequenzen**

- a) Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, im Sinne einer breiter gewordenen Erwerbstätigkeit der Frauen, wird nur zum Teil erreicht. So wird aufgrund der Studien deutlich, dass innerhalb des ersten Bezugjahres im Vergleich zur Karenzgeldregelung die Mütter signifikant berufstätig sind. Allerdings lässt das Fehlen der

für diese Altersgruppe notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen) einen noch höheren Anteil an der Erwerbsquote nicht zu.

- b) Ebenso kritisch aus gleichbehandlungspolitischer Sicht ist die Tatsache zu werten, dass die bisher vorliegenden empirischen Ergebnisse beim beruflichen Wiedereinstieg der Frauen nach Auslaufen des Kinderbetreuungsgeldes zu einem geringeren Einkommen führen, als sie vor der Geburt erzielen konnten.
- c) Die quasi Verweigerung der Männer, Kinderbetreuungszeit in Anspruch zu nehmen, ändert auch an der bestehenden asymmetrischen innerfamiliären Rollenverteilung nichts. M.a.W. Erziehung und Pflege der Kinder bleiben auch unter Einführung des neuen KGBs überwiegend Aufgabengebiet der Mutter.

In letzter Konsequenz zeigen die bisher vorliegenden Ergebnisse zur Evaluierung des im Jahr 2002 von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossenen KBGG, dass sie in familienpolitischer Hinsicht den Anteil der Frauen am Erwerbsleben temporär und in eher bescheidenem Ausmaß gesteigert, und damit einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet hat. Aber, auf der anderen Seite doch noch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlungsproblematik, hat dieses Gesetz eigentlich keinen Fortschritt gebracht.

Mit anderen Worten die Bedenken der Oppositin, dass mit dem KBGG eher eine Verschlechterung der Frauen durch verspäteten Wiedereintritt der Frauen ins Berufsleben erfolgt, scheinen sich zu bestätigen.

In rechtspolitischer Hinsicht kann man jedoch gewisse Vorteile der gesetzlichen Regelung darin sehen, dass sie implizit auf bestehende Defizite im Rollenverständnis der Männer genauso deutlich



hingewiesen hat wie auf das Defizit im Angebot einschlägiger Kinderbetreuungsstätten.

### **9.3 Konzeptive Konsequenzen: „Nachhaltigkeit“ und „Gauthier“**

In konzeptiver Hinsicht hat sich die in der „Basisgrammatik“ erläuterte Konzeption einer „nachhaltigen Familienpolitik“ als heuristisch ergiebig erwiesen. Sowohl der bevölkerungspolitische als auch der erwerbspolitische Fokus der Familienpolitik haben sich als zentrale Probleme herauskristallisiert, deren Gehalt und Reichweite aufgrund empirischer Studien erläutert werden konnten.

Beim Versuch, die Politik der ÖVP-FPÖ-Regierung einem der vier Modelle Gauthiers zuzuordnen, würde ich den familienbezogenen Politikstil dieser Periode am ehesten unter dem traditionellen, dem „pro-traditional-model“ zuordnen. Sowohl für die ÖVP, als auch für die FPÖ ist die Bewahrung der Familie als gesellschaftliche Institution vorrangig. Geldleistungen werden großzügig verteilt und damit die Frau in der Familienarbeit gefördert, die Karenzzeiten sind großzügig ausgebaut worden. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist zwar ein im Regierungsprogramm erklärtes Ziel, jedoch in der Umsetzung nachrangig. Mit den familienpolitischen Implementierungen werden traditionelle Geschlechterrollen und traditionelle Arbeitsteilung unterstützt, ein Effekt, der vielfach kritisiert wird.

## **10 Zusammenfassender Ausblick**

In Österreich stehen Familienpolitik und Gleichbehandlungspolitik miteinander in Konflikt, da sie unterschiedliche Rollen und Arbeitsteilung von Frauen und Männern forcieren.

Familienpolitik will Familien nicht nur finanziell absichern, sondern wohl auch die Geburtenrate erhöhen. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ist dies nicht gelungen, die Geburtenentwicklung ist seit dem Jahr 2000 wellenförmig verlaufen, d.h. eine Tendenz ist nicht erkennbar (vgl. Rille-Pfeiffer u.a. 2007, S. 89). Der Familienpolitik kann auch unterstellt werden, die vorübergehende oder langfristige Familienrolle der Frau unterstützen. Das könnte man davon ableiten, dass der Anreiz zu einer baldigen Rückkehr der Frauen ins Erwerbsleben durch lange Karenzzeiten vermindert wird.

Die Gleichbehandlungspolitik setzt Maßnahmen, damit Frauen eigenständig, unabhängig vom Mann leben können. Dies bringt Frauen in das Spannungsfeld zwischen klassischer Mutterrolle und dem Anspruch einer modernen und selbständigen Frau auf berufliche und soziale Selbstverwirklichung.

Zieht man die Ergebnisse der Auswertungen zum Kinderbetreuungsgeld heran und ihre Auswirkungen auf den Wiedereinstieg ins Berufsleben von Frauen, kann festgestellt werden, dass in den ersten eineinhalb Jahren ab Bezug des Kinderbetreuungsgeldes kein beschäftigungshemmender Effekt auf Frauen vorhanden ist. Im Gegenteil, nach einem Jahr des Bezugs ist sogar eine Verdoppelung jener Frauen feststellbar, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben „geschafft“ haben und zumindest halbtags erwerbstätig sind.

Erst im Zeitraum 18 bis 39 Monate nach Geburt ist eine eindeutige Tendenz dahingehend konstatierbar, dass Frauen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, wesentlich länger zuhause bleiben als Frauen, die noch unter die Karenzgeldregelungen fielen (vgl. Riesenfelder u.a. 2007, S. 97).

Die geltende Regelung im KBGG dürfte eher die traditionelle Arbeitsteilung sowie traditionelle Frauen- und Männerrollen unterstützen. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes eine wichtige sozialpolitische Maßnahme ist, da mit der Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten nun alle Mütter Kindergeld beziehen können und damit eine gewisse Grundsicherung gegeben ist. Ganz wesentlich ist auch die Aufwertung der Kinderbetreuungsarbeit durch den 18-monatigen Anspruch auf pensionsbegründende Beitragszeiten. Die SPÖ forciert die Einführung des sog. „Papamonats“ für Väter für die Dauer eines Monats ab der Geburt des Kindes mit einer finanziellen Abgeltung bis € 800.-. Möglicherweise könnte diese Einführung zu einer höheren Beteiligung der Väter an der innerfamiliären Betreuungsarbeit führen.

Nach Beendigung der ÖVP-FPÖ(BZÖ)-Koalition im Jahr 2006 wurde das Kinderbetreuungsgeld in seinen Grundzügen beibehalten. Meines Erachtens wurde eine wesentliche Verbesserung im *Kinderbetreuungsgeld neu* (ab 1.1..2008) während der SPÖ-ÖVP Koalition mit den drei unterschiedlichen Arten der Bezugsdauer und der daran angepassten finanziellen Zuwendungen erreicht. Bei einer Bezugszeit von 15 Monaten (plus 3 Monate bei partnerschaftlicher Aufteilung), wird das Kinderbetreuungsgeld auf € 800.- pro Monat erhöht. Bei 20 Monaten (plus 4 Monate) erfolgt eine Auszahlung von € 624.- pro Monat.

Diese Wahlmöglichkeiten könnten Frauen dazu motivieren, früher ins Erwerbsleben zurückzukehren. Kritikpunkt daran bleibt jedoch, dass die Gesamtsumme des Kinderbetreuungsgeldes bei kürzeren Bezugszeiten insgesamt geringer ist. Zusätzlich existieren für Frauen, die das kürzere Modell wählen, nicht ausreichend viele Kinderbetreuungsplätze, da die nötigen infrastrukturellen Maßnahmen dafür nicht entsprechend ausgebaut wurden. Weiters könnte sich die Anhebung der Zuverdienstgrenze auf € 16.200.- durch die SPÖ-ÖVP-Regierung als positiver Impuls für den baldigen Wiedereinstieg von Frauen in das Erwerbsleben herausstellen.

Solange Frauen zur „Risikogruppe“ am Arbeitsmarkt zählen, weil sie durch familien- und kinderbedingte Unterbrechungen negativ stigmatisiert werden, kann eine Gleichstellung im Erwerbsleben meiner Meinung nach nicht erreicht werden. Das Faktum der Doppelbelastung durch Beruf und Familie bei gleichzeitiger Minderbezahlung wird solange abschreckend wirken, solange die familiären Anreize für Männer in einer modernen Gesellschaft nicht neu definiert werden. Die Aufgabe der traditionellen Ernährerrolle des Mannes ist ein wesentlicher Faktor für das Scheitern und die mangelnde Akzeptanz bei Männern in der Kindererziehung im bisherigen Modell. Da Männer im Regelfall besser verdienen als Frauen, wirkt sich ein karenzbedingter Arbeitsausfall des Mannes negativ auf das Familieneinkommen aus. Der erste Schritt für eine Weiterentwicklung in Richtung mehr Männer, die Karenz beanspruchen, wäre meines Erachtens die dem Berufsverdienst entsprechende Entgeltung für Männer gleichermaßen wie für Frauen während der Karenzzeit. Dies wäre aber ein utopisches, weil unfinanzierbares Modell.

Aufbauend auf den Möglichkeiten, die das gestaffelte Modell des Kinderbetreuungsgeldes schafft, könnte die forcierte Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen, welche den zeitlichen Rahmenbedingungen

des Kinderbetreuungsgeldes angepasst sind und die auch leistbar sind, eine weitere Voraussetzung für eine individualisierte Verbesserung für Frauen am Arbeitsplatz darstellen.

# 11 Literaturverzeichnis

## 1. Monographien und Sammelbände

Badelt, Christoph (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen, Sozialpolitische Schriften Band 3, Wien 1994

Badelt, Christoph (Hg.): Zur Lage der Familien in Österreich. Ergebnisse des sozioökonomischen Indikatorsystems, Schriftenreihe Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien 1998

Bieber, Roland/Astrid Epiney/Haag, Marcel: Die Europäische Union, Europarecht und Politik, Baden-Baden 2006

Cizek, Brigitte (Hg.): Familienforschung in Österreich. Markierungen-Ergebnisse-Perspektiven, Wien 2004

Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006

Dörfler, Sonja/ Norbert, Neuwirth: Zuverdienstgrenze zum Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung – Simulation – Kostenanalyse, Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 16, Innsbruck 2007

Hill, Paul B./Johannes, Kopp: Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven, Wiesbaden 2006

Kaufmann, Franz-Xaver: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, in: Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes (Hg.), Band 16, München 1995

Kreisky, Eva/ Birgit, Sauer: Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Wien 1997

Kriechbaumer, Robert: Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1990

Kulawik, Teresa/Birgit, Sauer (Hg.): Grundlagen feministischer Forschung, Frankfurt/Main, 1996

Mitterauer, Michael/Reinhard, Sieder: Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München 1991

Nave-Herz, Rosemarie: Familie Heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung, Darmstadt 2002

Nave-Herz, Rosemarie: Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, Weinheim 2004

Neumann, Lothar F./K. Schaper: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Band 649, Bonn 2008

Obinger, Herbert/Emmerich, Talos: Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, Wien 2006

Pelinka, Anton/Sieglinde Rosenberger: Österreichische Politik. Strukturen. Grundlagen. Trends, Innsbruck 2007

Peukert, Rüdiger: Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden 2004

Preglau, Max/ Rudolf, Richter (Hg.): Postmodernes Österreich? Wien 1998

Rille-Pfeiffer, Christiane/ Olaf, Kapella (Hg.): Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme, Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 15, Innsbruck 2007

Riesenfelder, Andreas/ Claudia, Sorger/ Wetzels, Petra/ Barbara Willsberger: Das Kinderbetreuungsgeld in Österreich. Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten und die Beschäftigungsfähigkeit, L&R Sozialforschung (Hg.), Wiener Beiträge zur empirischen Sozialwissenschaft, Band 2, Wien 2007

Rosenberger, Sieglinde: Geschlechter. Gleichheiten. Differenzen. Eine Denk- und Politikbeziehung, Wien 1996

Rosenberger, Sieglinde: Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik, Wien 1992

Rosenmayr, Ronald/Martina Rosenmayr: Kinderbetreuungsgeldgesetz, Wien 2001

Rösslhumer, Maria/ Birgit, Appelt: Hauptsache Frauen. Politikerinnen in der Zweiten Republik, Graz 2001

Schweitzer, M./W. Hummer/Obwexer, W.: Europarecht. Das Recht der Europäischen Union, Wien 2007



Talos, Emmerich (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006

Wingen, Max: Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart 1997

Wolfgruber, Gudrun u.a. (Hg.): Kinder kriegen – Kinder haben. Analysen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Politiken und privaten Lebensentwürfen, Innsbruck 2006

## **2. Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriften, Jahrbüchern, Festschriften**

Aichhorn, Ulrike: Konflikte zwischen Frauen- und Familieninteressen aus der Sicht des Familienrechts, in: Badelt, Christoph (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen, Sozialpolitische Schriften Band 3, Wien 1994, S. 75-98

Badelt, Christoph: Gerechtigkeitsideale und Benachteiligungen von Familien: Perspektiven für die Familienpolitik, in: Badelt, Christoph (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen, Sozialpolitische Schriften Band 3, Wien 1994, S. 177-194

Badelt, Christoph: Zielsetzungen und Aufgaben des multidisziplinären Familienbarometers, in: Badelt, C. (Hg.): Zur Lage der Familien in Österreich. Ergebnisse des sozioökonomischen Indikatorsystems, Schriftenreihe Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien 1998, S.12-20

Beham, Martina/ Veronika, Gössweiner/ Inge, Gross: Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Leistungen von Familien, in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, Band 1, Wien 1999, S. 40-61

Beham, Martina/Josef, Kytir/ Wilk, Liselotte/ Ulrike Zartler: Resümee, in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, Band 1, Wien 1999, S. 304-311

Fallend, Franz: Die ÖVP, in: Talos, Emmerich (Hg.), Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 3-18

Fassmann, Heinz: Demographischer und sozialer Wandel, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006, S. 52-63

Goldberg, Christina: Familie in der Post-Moderne in: Preglau, Max/ Rudolf, Richter (Hg.): Postmodernes Österreich? Wien 1998 , S. 239-266

Klepp, Doris/ Olaf, Kapella/ Rille-Pfeiffer, Christiane: Qualitative Erhebung unter weiblichen KBG-Bezieherinnen, in: Rille-Pfeiffer, Christiane/ Olaf, Kapella (Hg.): Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme, Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 15, Innsbruck 2007, S. 181-224

Kapeller, Doris/ Dirk Raith (Hg.): Texte zur Gleichstellung. Theorie, rechtlicher Rahmen und politisches Gewicht, in: Peripherie, Institut für praxisorientierte Genderforschung, Wien 2003, S.1-36

Kernthaler, Irene: Familienpolitik. Zusammenfassung, in: ÖIF-Materialiensammlung, Heft 5, Wien 2000, S. 117-125

Kreisky, Eva/Margit, Niederhuber (Hg.)/Johanna Dohnal: Eine andere Festschrift, Wien 1998, S.27-29

Leichsenring, Kai/ Michael, Stadler: Rolle und Interessen ausgewählter intermediärer Akteure, in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Band 2, Partnerschaften zur Vereinbarkeit und Neuverteilung von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit, Wien 1999, S. 187-197

Luther, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006, S.364-388

Maier, Friederike: Arbeitsmarkt und Geschlechterverhältnis. Frauenarbeit als Gegenstand politischer Regulierung, in: Kulawik, Teresa/Birgit, Sauer (Hg.): Grundlagen feministischer Forschung, Frankfurt/Main 1996, S. 175-205

Mitterauer, Michael: Das moderne Kind hat zwei Kinderzimmer und acht Großeltern. Die Entwicklung in Europa, in: Mitterauer, Michael/ Norbert, Ortmayr (Hg.): Familie im 20. Jahrhundert. Tradition, Probleme, Perspektiven, Frankfurt/Main, S. 13-52

Mesner, Maria: Mütter-Familien, Familienmütter. Politiken ums Kinderhaben in Österreich, in: Wolfgruber, Gudrun u.a. (Hg.): Kinder kriegen – Kinder haben. Analysen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Politiken und privaten Lebensentwürfen, Innsbruck 2006, S. 215-234

Müller, Wolfgang C.: Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006, S. 341-363

Nave-Herz, Rosemarie: Wandel der Familie: eine familiensoziologische Perspektive, in: Schneewind, Klaus A. (Hg.): Familienpsychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis, Göttingen 2000, S.19-31

Ott, Notburga: Wie sichert man die Zukunft der Familie, in: Walter-Eucken-Institut (Hg.): Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Freiburg 2008/3

Plasser, Fritz/ Peter A. Ulram: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006, S. 550-576

Prinz, Christopher: Vereinbarkeitstheorien und Biografietyphen, in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Band 2, Partnerschaften zur Vereinbarkeit und Neuverteilung von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit, Wien 1999, S. 45-64

Rille-Pfeiffer, Christiane/ Olaf, Kapella/ Tazi-Preve Irene M.: Evaluationsbericht zum Kinderbetreuungsgeld (2001-2006), in: Rille-Pfeiffer, Christiane/ Olaf, Kapella (Hg.): Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme, Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 15, Innsbruck 2007, S. 13-101

Rosenberger, Sieglinde: Frauen- und Gleichstellungspolitik, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich, Wien 2006, S.741-752

Rosenberger, Sieglinde: Das halbierte Leben, die verspätete Demokratie, die doppelte Arbeit, in: Gärtner, Reinhold (Hg.): Blitzlichter, Innsbruck 1999, S. 117-134

Rosenberger, Sieglinde: Politik mit Familie: Debatten und Maßnahmen, Konflikt und Konsens, in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, Band 1, Wien 1999a, S. 754-772

Rosenberger, Sieglinde: Frauen- und Gleichstellungspolitik, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1997, S. 690-700

Rosenberger, Sieglinde: Frauenerwerbsarbeit – Politische Kontextualisierungen im Wandel der Arbeitsgesellschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Wien 2000/3, S. 417-431

Schulze, Hans Joachim/Tyrell, Hartmann/Jan, Künzler: Vom Strukturfunktionalismus zur Systemtheorie der Familie, in: Nave-Herz, Rosemarie/ Manfred, Markefka: Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Neuwied 1989, S. 31-44

Talos, Emmerich/ Herbert, Obinger: Schwarz-blaue Sozialpolitik, in: Talos, E. (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 188-207

Talos, Emmerich: Sozialpartnerschaft: Austrokorporatismus am Ende?, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1997, S. 425-442

Wilk, Liselotte: Familienstruktur und Benachteiligung, in: Badelt, Christoph (Hg.): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen, Sozialpolitische Schriften Bd.3, Wien 1994, S.101-126

Wintersberger, H.: Familienpolitik seit der Wende, in: Talos, Emmerich (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des Neu-Regierens, Wien 2006, S. 208-222

### **3. Dokumente und Studien**

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf des Kinderbetreuungsgeldes, Wien 2001

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, Band 1, Wien 1999

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Österreichischer Familienbericht 1999, Partnerschaften zur Vereinbarkeit und Neuverteilung von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit, Band 2, Wien 1999

Dohnal, Johanna: Zum „Gleichbehandlungspaket“  
Parlament, Nationalrat XVIII. GP, 90. Sitzung, Wien 1. Dezember 1992

Dörfler, Sonja/ Olaf, Kapella/ Rille-Pfeiffer, Christiane: Statusbericht zum Kinderbetreuungsgeld (2005-2006), in: Rille-Pfeiffer, Christiane/ Olaf, Kapella (Hg.): Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme, Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 15, Innsbruck 2007, S. 101-180

Dörfler, Sonja: Außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich – Status quo und Bedarf, ÖIF Nr. 43, 2004

Dörfler, Sonja/ Benedikt, Krenn: Kinderbeihilfenpakete im internationalen Vergleich. Monetäre Transferleistungen und Steuersysteme im Bereich der Familienförderung in Österreich, Deutschland, Norwegen und Schweden, ÖIF Nr. 52, 2005

Dörfler, Sonja: Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden, ÖIF Nr. 57, 2007

Gauthier, Anne: Family policies in industrialized countries: Is there convergence?, University of Calgary, Calgary 2002

Grundsatzprogramm der ÖVP, beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien, ÖVP 1998

Hauer, Gerlinde: Evaluierungsergebnisse zum Kinderbetreuungsgeld (KBG), Arbeiterkammer Wien 2007, Kurzvortrag

Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Sozialstaat Österreich – Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Ansprüche und Leistungen, Wien 2002

Liddle, Roger/Frédéric, Lerais: Soziale Wirklichkeit in Europa, Konsultationspapier des Beratungsgremiums für Europäische Politik, Brüssel 2007

Lutz, Hedwig: Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse, WIFO Monatsberichte 3, 2003

Lutz, Hedwig: Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Ein Vergleich der bisherigen Karenzregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 2004

Lüscher, Kurt: „Widersprüchliche Vielfalt“: Neue Perspektiven zum juristischen und soziologischen Verständnis von Ehe und Familie, Universität Konstanz, 2001, Arbeitspapier Nr. 37

Münz, Rainer: Kinder als Last, Kinder aus Lust. Thesen zu Familienbildung und Kinderzahl, in: Institut für Demographie (Hg.): Demographische Informationen 1984, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 1984, S. 2-20

Neyer, Gerda: Institutionelle Kinderbetreuung in Österreich, in: Bericht über die Situation der Frauen in Österreich, Frauenbericht 1995, Wien 1995, S. 73-79

Rosenberger, Sieglinde/Daniela, Schallert: Politik mit Familie – Familienpolitik, in: SWS Rundschau, Wien 2000, Heft 3, S. 1-10

Karenzgeldgesetz (KGG), Bundesgesetz über das Karenzgeld, Artikel 1 (NR: GP XX RV 550 AB 623 S. 66. BR: AB 5404 S. 624.) StF: BGBl. I Nr. 47, 1997

Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) (NR: GP XXI RV 620 AB 715 S. 74. BR: AB 6436 S. 679.) StF: BGBl. I Nr. 103, 2001



Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXI. Gesetzgebungsperiode, Wien 2000

Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, Wien 2003

Das „Salzburger Programm“ der Österreichischen Volkspartei, abgebildet in: Kriechbaumer, Robert: Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1990, S. 758-778

Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ, Wien 1995

#### **4. Internetquellen**

Arbeiterkammer Wien (Hg): Kinderbetreuung in Österreich 2006. Eine Auswertung der Kindertagesheimstatistik 2006/2007, Online im Internet: <http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d61/Kinderbetreuung2006.pdf> (10.08.2008)

Audit Familie und Beruf – Österreich  
Online im Internet: <http://www.familienallianz.at/Unternehmen.8.0.html> (09.08.2008)

Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern, 2008, Online im Internet: [http://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de/19263/19389/EU-Gleichstellungsbericht%202008\\_20838.pdf](http://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de/19263/19389/EU-Gleichstellungsbericht%202008_20838.pdf) (01.08.2008)

Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/6, Nationalratswahl 2006  
Online im Internet: [http://www.bmi.gv.at/wahlen/NRW\\_06\\_gesamtergE.asp](http://www.bmi.gv.at/wahlen/NRW_06_gesamtergE.asp) (05.10.2008)

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und  
Konsumentenschutz, Abteilung I/A/1 (Hg): Bericht über die soziale Lage  
2003-2004, Online im Internet: [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/3/8/CH0107/CMS1218533993618/bericht\\_ueber\\_die\\_soziale\\_lage\\_2003\\_-\\_2004%5B1%5D.pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/5/3/8/CH0107/CMS1218533993618/bericht_ueber_die_soziale_lage_2003_-_2004%5B1%5D.pdf) (01.09.2008)

Frauen-Volksbegehren 1997, 716 der Beilagen zu den Stenographischen  
Protokollen des Nationalrates XX. GP  
Online im Internet: [http://www.parlinkom.gv.at/PG/DE/XX/I/I\\_00716/fname\\_139596.pdf](http://www.parlinkom.gv.at/PG/DE/XX/I/I_00716/fname_139596.pdf) (31.10.2008)

Fuchs, Michael (u.a.): Studie „Kinderbetreuungsplätze: Zwischen 10.000  
und 100.000“. Hauptergebnisse der Studie des Europäischen Zentrums  
für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung im Auftrag der  
Industriellenvereinigung (Hg), Wien 2007, S. 1-5, Online im Internet:  
[http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc\\_2203.pdf](http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc_2203.pdf)

Freiheitliches Impulsprogramm. Wirtschaft Oktober 2007:  
Online im Internet: [http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Impulsprogramm\\_Wirtschaft.pdf](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Impulsprogramm_Wirtschaft.pdf) (08.10.2008)

50 Jahre FLAF – eine Erfolgsstory, Online im Internet:  
<http://www.oevp.at/download/inhalte/50JahreFLAF.pdf> (01.08.2008)

Kreisky, Eva: „Paradise lost“: Das patriarchale Familienmodell in der  
Krise? Online im Internet: [http://www.evakreisky.at/onlinetexte/familie\\_kreisky.php](http://www.evakreisky.at/onlinetexte/familie_kreisky.php) (01.10.2008)

Statistik Austria (2008), Methodische Hinweise

Online im Internet: [http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/031187](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/031187) (27.10.2008)

ÖAAB Landesorganisation Salzburg

Online im Internet:

<http://www.oeaab-sbg.at/tipps.aspx?pagename=Tipps&cat=3> (01.10.2008)

Österreichisches Institut für Familienforschung, *beziehungsweise*, 1997

Online im Internet: [http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID\\_Art=1&BZWArtikel=236](http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=236) (03.10.2008)

Österreichisches Institut für Familienforschung, *beziehungsweise*, (9/2007)

Online im Internet: [http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID\\_Art=1&BZWArtikel=978](http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=978) (3.10.2008)

Österreichisches Institut für Familienforschung, *beziehungsweise* (8/2000)

Online im Internet: [http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID\\_Art=1&BZWArtikel=438](http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=438) (10.10.2008)

Österreichisches Institut für Familienforschung, *beziehungsweise* (6/2001)

Online im Internet: [http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID\\_Art=1&BZWArtikel=501](http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=501) (10.09.2008)

## 12 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Eheschließungen und Ehescheidungen in Österreich	S. 20
Abbildung 2: Familien nach Familientyp 1971 bis 2001 (in Tausend)	S. 21
Abbildung 3: Entwicklung der Erwerbsquoten in Österreich	S. 36
Abbildung 4: Nationalratswahlen 1945-2006	S. 45
Abbildung 5: Ergebnisse der Nationalratswahl 1999 in Österreich	S. 58
Abbildung 6: Ergebnisse der Nationalratswahl 2002 in Österreich	S. 58
Abbildung 7: Dauer des Leistungsbezugs	S. 80
Abbildung 8: Wiedereinstieg in dauerhafte Standardbeschäftigung im Zeitraum von 39 Monaten nach der Geburt, Karenzgeld-Bezieherinnen	S. 83
Abbildung 9: Wiedereinstieg in dauerhafte Standardbeschäftigung im Zeitraum von 39 Monaten nach der Geburt, Kinderbetreuungsgeld-Bezieherinnen	S. 83
Abbildung 10: Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen 2003 und 2006 in Österreich	S. 88
Abbildung 11: Gründe dafür, dass keine bezahlte oder außerhäusliche Kinderbetreuung in Anspruch genommen wurde	S. 89

## 13 Abkürzungsverzeichnis

AB	Amtsblatt
BGBI	Bundesgesetzblatt
BR	Bundesrat
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
EK	Europäische Kommission
EP	Europäisches Parlament
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GP	Gesetzgebungsperiode
IFF	Initiative Freiheitliche Frauengruppe im Parlament
KBG	Kinderbetreuungsgeld
KBGG	Kinderbetreuungsgeldgesetz
KUG	Karenzurlaubsgeldgesetz
NR	Nationalrat
ÖFB	Österreichische Frauenbewegung bzw. -Frauenbund
ÖIF	Österreichisches Institut für Familienforschung
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RL	Richtlinie
RV	Regierungsvorlage
ÜBR	Übergangsregelung

## **Anhang I: Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG)**

**(NR: GP XXI RV 620 AB 715 S. 74. BR: AB 6436 S. 679.)**

**StF: BGBl. I Nr. 103/2001**

---

### **Artikel 1**

#### **Abschnitt 1 Leistungsarten**

##### **§ 1**

Als Leistungen werden nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes gewährt:

1. das Kinderbetreuungsgeld;
2. der Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld.

#### **Abschnitt 2 Kinderbetreuungsgeld**

##### **Anspruchsberechtigung**

##### **§ 2**

(1) Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld hat ein Elternteil (Adoptivelternteil, Pflegeelternteil) für sein Kind (Adoptivkind, Pflegekind), sofern

1. für dieses Kind Anspruch auf Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, besteht oder für dieses Kind nur deswegen nicht besteht, weil Anspruch auf eine gleichartige ausländische Leistung besteht,

2. der Elternteil mit diesem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt  
und

3. der maßgebliche Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 8) des Elternteiles im Kalenderjahr den Grenzbetrag von 14 600 Euro nicht übersteigt.

(2) Unbeschadet des Abs. 1 Z 1 hat Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld ein Elternteil, für dessen Kind kein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht, der

1. die Anwartschaft gemäß § 3 in Verbindung mit § 4 des Karenzgeldgesetzes (KGG), BGBl. I Nr. 47/1997 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2000, erfüllt oder

2. die Voraussetzungen für den Anspruch auf Teilzeitbeihilfe gemäß § 14 KGG in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2000 erfüllt oder

3. die Voraussetzungen für den Anspruch auf Teilzeitbeihilfe gemäß § 102b Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2001 oder gemäß § 99 Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 101/2001 erfüllt. Vom Erfordernis der Erfüllung der Anwartschaft gemäß Z 1 ist abzugehen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 bis 4 oder § 5 Abs. 1 Z 2 bis 4 KGG in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2000 erfüllt sind. Kein Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld besteht für Kinder, die sich ständig im Ausland aufhalten.

(3) Zeiten der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung nach dem GSVG bzw. nach dem BSVG sind Zeiten gemäß Abs. 2 Z 1 gleichzuhalten.

(4) Für ein Kind ist ein gleichzeitiger Bezug von Kinderbetreuungsgeld durch beide Elternteile ausgeschlossen.

(5) In Zweifelsfällen hat das Vorrecht auf Kinderbetreuungsgeld derjenige Elternteil, der die Betreuung des Kindes, für das Kinderbetreuungsgeld bezogen wird, überwiegend durchführt.

(6) Bei Mehrlingsgeburten gebührt Kinderbetreuungsgeld nur für ein Kind.

(7) Auf den Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld kann verzichtet werden (§ 5 Abs. 6), wodurch sich der Anspruchszeitraum (§ 8) um den Zeitraum des Verzichts verkürzt. Ein Verzicht ist nur für ganze Kalendermonate möglich.

### **Höhe**

#### **§ 3**

(1) Das Kinderbetreuungsgeld beträgt 14,53 Euro täglich.

(2) Werden die im § 7 Abs. 2 vorgesehenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nicht nachgewiesen, so beträgt das Kinderbetreuungsgeld ab dem 21. Lebensmonat des Kindes 7,27 Euro täglich.

### **Bezugsbeginn**

#### **§ 4**

(1) Das Kinderbetreuungsgeld gebührt auf Antrag, frühestens ab dem Tag der Geburt des Kindes, bei Adoptiv- und Pflegekindern frühestens ab dem Tag, ab dem das Kind in Pflege genommen wird.

(2) Wird der Antrag erst später gestellt, so gebührt das Kinderbetreuungsgeld rückwirkend bis zum Höchstausmaß von sechs Monaten.

### **Anspruchsdauer**

#### **§ 5**

(1) Das Kinderbetreuungsgeld gebührt längstens bis zur Vollendung des 36. Lebensmonates des Kindes, soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt ist.

(2) Nimmt nur ein Elternteil Kinderbetreuungsgeld in Anspruch, gebührt dieses längstens bis zur Vollendung des 30. Lebensmonates des Kindes. Nimmt auch der zweite Elternteil Kinderbetreuungsgeld in Anspruch, so verlängert sich die Anspruchsdauer über die Vollendung des 30. Lebensmonates hinaus um jenen Zeitraum, den der zweite Elternteil Kinderbetreuungsgeld beansprucht, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 36. Lebensmonates des Kindes.

(3) Der Bezug von Kinderbetreuungsgeld kann abwechselnd durch beide Elternteile erfolgen, wobei ein zweimaliger Wechsel pro Kind zulässig ist.

(4) Das Kinderbetreuungsgeld kann jeweils nur in Blöcken von mindestens drei Monaten beansprucht werden, es sei denn, dass der beziehende Elternteil durch ein unvorhersehbares und unabwendbares Ereignis für eine nicht bloß verhältnismäßig kurze Zeit verhindert ist, das Kind zu betreuen. In diesem Fall kann ein Wechsel über das in Abs. 3 angeführte Ausmaß erfolgen.

(5) Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld endet spätestens mit einem neuen Anspruch für ein weiteres Kind. Endet der Anspruch für das weitere Kind vorzeitig, lebt der Anspruch für jenes Kind, für welches davor Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde, wieder auf.

(6) Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld endet vorübergehend bzw. vorzeitig mit einem für einen bestimmten Zeitraum ausgesprochenen Verzicht (§ 2 Abs. 7). Zeitpunkt und Dauer müssen im Vorhinein zu Beginn eines Kalendermonats bekanntgegeben werden.

### **Ruhen**

#### **§ 6**

(1) Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld ruht,

1. sofern ein Anspruch auf Wochengeld gemäß § 162 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955 oder gleichartige Leistungen nach anderen



österreichischen oder ausländischen Rechtsvorschriften oder ein Anspruch auf Wochengeld gemäß § 102a GSVG oder § 98 BSVG besteht, in der Höhe des Wochengeldes oder

2. während eines Auslandsaufenthaltes eines Leistungsbeziehers gem. § 2 Abs. 2, soweit er drei Monate übersteigt. Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld für ein Kind ruht nicht, sofern ein Anspruch gemäß Z 1 anlässlich der Geburt eines weiteren Kindes besteht.

(2) Abs. 1 Z 2 findet keine Anwendung, soweit der Krankenversicherungsträger auf Antrag des Leistungsbeziehers das Ruhen aus berücksichtigungswürdigen Gründen, wie insbesondere aus gesundheitlichen, familiären oder partnerschaftlichen Gründen, nachsieht.

### **Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen**

#### **§ 7**

(1) Im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes sowie der Gewährung des Kinderbetreuungsgeldes hat der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen ein Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramm für die Schwangere und das Kind mittels Verordnung festzulegen und einen Mutter-Kind-Pass aufzulegen. Die Verordnung hat den Umfang, die Art und den Zeitpunkt der ärztlichen Untersuchungen zu bestimmen, wobei auf den jeweiligen Stand der medizinischen Erkenntnisse zur Sicherung der Gesundheit der Schwangeren und des Kindes Bedacht zu nehmen ist. In der Verordnung sind Untersuchungen der Schwangeren und weitere Untersuchungen des Kindes bis zur Vollendung des 62. Lebensmonats vorzusehen. Für den Nachweis der ärztlichen Untersuchungen hat der Mutter-Kind-Pass einen entsprechenden Vordruck zu enthalten.

(2) Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gemäß § 3 Abs. 1 ab dem 21. Lebensmonat besteht, sofern fünf Untersuchungen während der Schwangerschaft und weitere fünf Untersuchungen des Kindes bis zum 14. Lebensmonat nach der im Abs. 1 genannten Verordnung vorgenommen und spätestens bis zum Ende des 18. Lebensmonates des Kindes durch Vorlage der entsprechenden Untersuchungsbestätigungen nachgewiesen werden.

(3) Ungeachtet des Abs. 2 besteht der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gemäß § 3 Abs. 1, wenn die Vornahme der Untersuchungen aus Gründen, die nicht von den Kindeseltern zu vertreten sind, unterbleibt.

### **Gesamtbetrag der Einkünfte**

#### **§ 8**

(1) Der maßgebliche Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 1 Z

3) ist wie folgt zu ermitteln:

1. Soweit im Gesamtbetrag der Einkünfte gemäß § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400, solche aus nichtselbstständiger Arbeit (§ 25 EStG 1988) enthalten sind, ist von jenen Einkünften auszugehen, die während der Kalendermonate mit Anspruch auf Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes (Anspruchszeitraum) zugeflossen sind. Sonstige Bezüge im Sinne des § 67 EStG 1988 bleiben außer Ansatz. Der danach ermittelte Betrag ist um 30% zu erhöhen und sodann auf einen Jahresbetrag umzurechnen. Besteht der Anspruch auf die Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes für mehr als die Hälfte des

Kalendermonates, zählt dieser Kalendermonat zur Gänze zum Anspruchszeitraum, andernfalls ist dieser Kalendermonat nicht in den Anspruchszeitraum einzubeziehen. Das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe gelten als Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, abweichend vom vorletzten Satz ist der ermittelte Betrag um 15% zu erhöhen.

2. Andere Einkünfte (§§ 21 bis 23 sowie §§ 27 bis 29 EStG 1988) einschließlich jener, die der Steuerabgeltung nach § 97 EStG 1988 unterliegen, sind mit jenem Betrag zu berücksichtigen, der in die Ermittlung des Einkommens für das betreffende Kalenderjahr eingeht. Einkünfte aus Betätigungen, die Grundlage für Pflichtbeiträge in der gesetzlichen Sozialversicherung darstellen, sind um die darauf entfallenden vorgeschriebenen Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung zu erhöhen. Wird eine Betätigung vor Beginn des Anspruchszeitraumes (Z 1) beendet oder nach Ablauf des Anspruchszeitraumes begonnen, bleiben die aus einer solchen Betätigung bezogenen Einkünfte außer Ansatz. Wird nachgewiesen, in welchem Ausmaß Einkünfte vor Beginn oder nach Ende des Anspruchszeitraumes angefallen sind, sind nur jene Einkünfte zu berücksichtigen, die während des Anspruchszeitraumes angefallen sind. Im Falle eines derartigen Nachweises sind die während des Anspruchszeitraumes angefallenen Einkünfte auf einen Jahresbetrag umzurechnen. Z 1 vorletzter Satz ist anzuwenden.

(2) Wird auf den Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld verzichtet (§ 2 Abs. 7), so bleiben die während der Dauer des Verzichtes erzielten Einkünfte bei der Ermittlung des maßgeblichen Gesamtbetrages der Einkünfte gemäß Abs. 1 außer Ansatz.

**Abschnitt 3**  
**Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld**

**Anspruch auf Zuschuss**  
**§ 9**

- (1) Anspruch auf Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld haben
1. alleinstehende Elternteile (§ 11),
  2. verheiratete Mütter oder verheiratete Väter nach Maßgabe des § 12,
  3. nicht alleinstehende Mütter oder Väter nach Maßgabe des § 13 und
  4. Frauen oder Männer, die allein oder mit ihrem Ehegatten ein Kind, welches das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, an Kindes Statt angenommen oder in Pflege genommen haben, sofern sie verheiratet sind, nach Maßgabe der §§ 12 und 13.
- (2) Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist, dass Kinderbetreuungsgeld zuerkannt worden ist.
- (3) Ausgeschlossen vom Zuschuss sind Personen, deren maßgeblicher Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 8) einen Grenzbetrag von 3997 Euro übersteigt.

**Höhe Zuschuss**  
**§ 10**

Der Zuschuss beträgt 6,06 Euro täglich.

**Alleinstehende**  
**§ 11**

- (1) Alleinstehende Elternteile im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Mütter oder Väter, die ledig, geschieden oder verwitwet sind und nicht unter § 13 fallen. Ferner gelten Mütter und Väter als alleinstehend, wenn der Ehepartner erwiesenermaßen für den Unterhalt des Kindes nicht sorgt.
- (2) Alleinstehende Elternteile haben nur Anspruch auf Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld, wenn sie eine Urkunde vorlegen, aus der der andere Elternteil des Kindes hervorgeht. In Ermangelung einer derartigen Urkunde haben sie eine entsprechende Erklärung abzugeben.
- (3) Alleinstehende Elternteile, die die Voraussetzungen gemäß Abs. 2 nicht erfüllen, haben dann Anspruch auf

Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld, wenn sie sich selbst zur Rückzahlung des Zuschusses verpflichten.

#### **Ehegatten** **§ 12**

(1) Verheiratete Mütter bzw. Väter erhalten einen Zuschuss, sofern ihr Ehegatte kein Einkommen erzielt oder der maßgebliche Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 8) nicht mehr als 7 200 Euro (Freigrenze) beträgt. Die Freigrenze erhöht sich für jede weitere Person, für deren Unterhalt der Ehepartner auf Grund einer rechtlichen oder sittlichen Pflicht tatsächlich wesentlich beiträgt, um 3 600 Euro.

(2) Übersteigt das Einkommen des Ehegatten die Freigrenze, so ist der Unterschiedsbetrag auf den Zuschuss anzurechnen.

#### **Nicht Alleinstehende** **§ 13**

Einen Zuschuss erhalten nicht alleinstehende Mütter bzw. Väter, das sind Mütter bzw. Väter, die ledig, geschieden oder verwitwet sind und mit dem Vater bzw. der Mutter des Kindes nach den Vorschriften des Meldegesetzes 1991 an derselben Adresse angemeldet sind oder anzumelden wären. Hinsichtlich des Einkommens gilt § 12 entsprechend.

#### **Dauer** **§ 14**

Der Zuschuss gebührt, solange auf die im § 9 Abs. 2 genannte Leistung Anspruch besteht. Steht diese Leistung nur für einzelne Tage eines Monats zu, gebührt der Zuschuss nur anteilig.

#### **Erklärung** **§ 15**

Im Falle des Antrags auf Gewährung eines Zuschusses gemäß den §§ 12 und 13 haben beide Elternteile eine Erklärung zu unterfertigen, mit der sie sich zur Leistung der Abgabe gemäß § 18 verpflichten.

#### **Informationspflicht** **§ 16**

Von der Gewährung eines Zuschusses zum Kinderbetreuungsgeld an einen alleinstehenden Elternteil gemäß § 11 Abs. 2 sowie von der Einstellung oder Rückforderung (§ 31) dieses Zuschusses hat der zuständige Krankenversicherungsträger den anderen, zur Rückzahlung gemäß § 18 verpflichteten Elternteil zu verständigen.

## **Datenübermittlung**

### **§ 17**

Die Krankenversicherungsträger haben den Abgabenbehörden die Daten, die für die Finanzämter zur Wahrnehmung der ihnen durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bilden, im Wege automationsunterstützter Datenübermittlung mitzuteilen. Dies sind insbesondere Name, Sozialversicherungsnummer, Geschlecht und Adresse der bezugsberechtigten Person, Name und Sozialversicherungsnummer des Kindes, für welches Kinderbetreuungsgeld bezogen wird, Anspruchsvoraussetzung gemäß § 9, die Höhe des Auszahlungsbetrages, die Länge des Bezugszeitraumes dieser Leistung sowie Name, Geschlecht und Sozialversicherungsnummer des zweiten Elternteils bei Abgabepflicht gemäß § 18 Abs. 1 Z 1 und 2.

## **Abschnitt 4**

### **Rückzahlung ausbezahlter Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld Abgabepflichtige**

#### **§ 18**

(1) Eine Rückzahlung ausbezahlter Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld haben zu leisten:

1. Der Elternteil des Kindes, wenn an den anderen Elternteil ein Zuschuss gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 ausbezahlt wurde.

2. Die Eltern des Kindes, wenn an einen der beiden Elternteile ein Zuschuss gemäß § 9 Abs. 1 Z 2, 3 oder 4 ausbezahlt wurde.

3. Der Elternteil des Kindes, der sich gemäß § 11 Abs. 3 zur Rückzahlung des Zuschusses verpflichtet hat.

(2) Leben die Eltern in den Fällen des Abs. 1 Z 2 im Zeitpunkt der Entstehung des Abgabenanspruchs (§ 21) dauernd getrennt, so ist die Rückzahlung bei den Elternteilen insoweit zu erheben, als dies bei dem jeweiligen Elternteil billig ist. Dabei ist insbesondere auf die jeweiligen Einkommensverhältnisse der Elternteile sowie auf die Tragung der mit der Haushaltszugehörigkeit des Kindes verbundenen Lasten Bedacht zu nehmen.

(3) Die Rückzahlung ist eine Abgabe im Sinne des § 1 der Bundesabgabenordnung (BAO), BGBl. Nr. 194/1961.

### **Höhe der Abgabe**

#### **§ 19**

(1) Die Abgabe beträgt jährlich

1. in den Fällen des § 18 Abs. 1 Z 1 und 3 bei einem jährlichen Einkommen von  
mehr als 10 175 Euro 3%  
mehr als 12 720 Euro 5%  
mehr als 16 355 Euro 7%  
mehr als 19 990 Euro 9%  
des Einkommens,

2. in den Fällen des § 18 Abs. 1 Z 2 bei einem Gesamteinkommen  
der beiden Elternteile von  
mehr als 25 440 Euro 5%  
mehr als 29 070 Euro 7%  
mehr als 32 705 Euro 9%  
des Einkommens.

(2) Als Einkommen für Zwecke der Rückzahlung ausbezahlter Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld gilt das Einkommen gemäß § 2

Abs. 2 EStG 1988 zuzüglich steuerfreier Einkünfte im Sinne des § 3 Abs. 1 Z 5 lit. a bis d EStG 1988 und Beträge nach den §§ 10 und 12 EStG 1988, soweit sie bei der Ermittlung des Einkommens abgezogen wurden. Werden Gewinne nicht nach Führung ordnungsgemäßer Bücher und Aufzeichnungen, sondern nach Durchschnittssätzen (§ 17 EStG 1988) ermittelt, sind diese Einkünfte zu erhöhen. Die Erhöhung beträgt

1. bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft 40 vH des Einheitswertes  
des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens,

2. bei Einkünften aus Gewerbebetrieben 10 vH dieser Einkünfte.

## **§ 20**

Die Abgabe ist höchstens im Ausmaß von 115% des Zuschusses, der für den jeweiligen Anspruchsfall ausbezahlt wurde, zu erheben.

### **Entstehung des Abgabenanspruchs**

## **§ 21**

Der Abgabenanspruch entsteht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Einkommensgrenze gemäß § 19 erreicht wird, frühestens mit Ablauf des Kalenderjahres der Geburt des Kindes, letztmals mit Ablauf des auf die Geburt des Kindes folgenden 15. Kalenderjahres.

## **Zuständigkeit zur Erhebung**

### **§ 22**

Die Erhebung der Abgabe obliegt in den Fällen des § 18 Abs. 1

Z 1 und 3 dem für die Erhebung der Abgaben vom Einkommen zuständigen Finanzamt des Elternteiles, in den Fällen des § 18 Abs. 1 Z 2 dem für die Erhebung der Abgaben vom Einkommen des Vaters des Kindes, nach dem Tod des Vaters dem für die Erhebung der Abgaben vom Einkommen der Mutter des Kindes zuständigen Finanzamt.

## **Erklärungspflicht**

### **§ 23**

Jeder Abgabepflichtige (§ 18) ist verpflichtet, eine Abgabenerklärung über sein im Kalenderjahr erzieltetes Einkommen im Sinne des § 19 Abs. 2 bis zum Ende des Monats März des Folgejahres einzureichen. § 134 Abs. 1 zweiter Satz BAO ist anzuwenden.

## **Abschnitt 5**

## **Zuständigkeit und Verfahren**

### **Zuständigkeit**

### **§ 24**

(1) In Angelegenheiten des Kinderbetreuungsgeldes sowie des Zuschusses zu dieser Leistung ist jener Krankenversicherungsträger zuständig, bei dem der Antragsteller versichert ist oder zuletzt versichert war, sonst jene Gebietskrankenkasse, bei der der Antrag auf Kinderbetreuungsgeld gestellt wurde. Als versichert im Sinne des ersten Satzes gelten auch Angehörige, für die Anspruch auf Leistungen der Krankenversicherung besteht oder bestanden hat oder die selbst anspruchsberechtigt sind oder selbst anspruchsberechtigt waren.

(2) Die Krankenversicherungsträger haben die im Abs. 1 genannten Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich zu vollziehen.

(3) Für die finanzielle Abwicklung und die Koordinierung der Krankenversicherungsträger in Angelegenheiten der Leistungen nach diesem Bundesgesetz wird die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse als Kompetenzzentrum unter Bedachtnahme auf Abs. 4 eingerichtet. Der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse obliegt auch die Auszahlung dieser Leistungen. Die Durchführung des Verfahrens obliegt dem nach Abs. 1 zuständigen Krankenversicherungsträger.

(4) Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat den Betrieb eines

entsprechenden Datennetzes bis längstens 1. Oktober 2001 sicherzustellen.

## **Verfahren**

### **§ 25**

In Angelegenheiten des Kinderbetreuungsgeldes sowie des Zuschusses zu dieser Leistung sind, soweit in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist, die für Leistungssachen in der Krankenversicherung geltenden verfahrensrechtlichen Bestimmungen des ASVG, GSVG, BSVG und Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, anzuwenden.

## **Geltendmachung und Prüfung des Anspruches**

### **§ 26**

(1) Für die Geltendmachung des Anspruches ist ein bundeseinheitliches Antragsformular zu verwenden. Der Krankenversicherungsträger hat dem Antragsteller oder seinem Vertreter auf deren Verlangen das Einlangen des Antrages zu bestätigen.

(2) Wird der Bezug einer Leistung nach diesem Bundesgesetz unterbrochen oder ruht der Anspruch und ist das Ende des Unterbrechungs- oder Ruhenszeitraumes ungewiss, so ist der Fortbezug der Leistung durch Wiedermeldung geltend zu machen. § 4 Abs. 2 gilt auch für die Wiedermeldung.

## **Entscheidung**

### **§ 27**

(1) Besteht Anspruch auf eine Leistung nach diesem Bundesgesetz, so ist dem Antragsteller eine Mitteilung auszustellen, aus der insbesondere Beginn, voraussichtliches Ende und Höhe des Leistungsanspruches hervorgehen. Die Mitteilung hat eine Aufschlüsselung der Leistungen zu enthalten.

(2) Der Mitteilung gemäß Abs. 1 ist eine vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen zu erstellende Information, aus der insbesondere Rechte und Pflichten der Bezugsberechtigten hervorgehen, anzuschließen.

(3) Ein Bescheid ist auszustellen,

1. wenn ein Anspruch auf eine Leistung gar nicht oder nur teilweise anerkannt wird oder

2. bei Rückforderung einer Leistung gemäß § 31 oder

3. bei Widerruf oder rückwirkender Berichtigung einer Leistung



gemäß § 30 Abs. 2, wenn die Bescheiderstellung ausdrücklich verlangt wird.

## **Abschnitt 6**

### **Krankenversicherung Krankenversicherung der Leistungsbezieher § 28**

(1) Die Bezieher von Kinderbetreuungsgeld sind in der gesetzlichen Krankenversicherung teilversichert, sofern nicht eine Leistungszugehörigkeit zu einer Krankenfürsorgeeinrichtung im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 B-KUVG besteht. Zur Durchführung der Krankenversicherung sind in folgender Reihenfolge zuständig:

1. jener Krankenversicherungsträger, der dem Kinderbetreuungsgeldbezieher Wochengeld oder Betriebshilfe leistet oder geleistet hat;

2. jener Krankenversicherungsträger, bei dem der Kinderbetreuungsgeldbezieher versichert ist oder zuletzt versichert war;

3. sonst jene Gebietskrankenkasse, bei der der Antrag auf Kinderbetreuungsgeld gestellt wird. Als versichert im Sinne der Z 2 gelten auch Angehörige, für die Anspruch auf Leistungen der Krankenversicherung besteht oder bestanden hat oder die selbst anspruchsberechtigt sind oder selbst anspruchsberechtigt waren.

(2) Unterliegt ein Kinderbetreuungsgeldbezieher der Krankenversicherung nach zwei oder mehreren Bundesgesetzen, so ist jener Krankenversicherungsträger zuständig, bei dem der Antrag auf Kinderbetreuungsgeld gestellt wird.

(3) Ist die Zuständigkeit eines Krankenversicherungsträgers begründet, dann besteht sie so lange, als Kinderbetreuungsgeld bezogen wird.

## **Abschnitt 7**

### **Allgemeine Bestimmungen Mitteilungspflichten § 29**

Der Leistungsbezieher hat jede für das Fortbestehen und das Ausmaß des Anspruches bedeutsame Änderung ohne Verzug, spätestens jedoch zwei Wochen nach dem Eintritt des Ereignisses, dem zuständigen Krankenversicherungsträger anzuzeigen.

## **Berichtigung**

### **§ 30**

(1) Wenn eine der Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Leistung nach diesem Bundesgesetz wegfällt, ist die Leistung einzustellen; wenn sich eine für das Ausmaß des Leistungsanspruches maßgebende Voraussetzung ändert, ist die Leistung neu zu bemessen.

(2) Wenn sich die Zuerkennung oder die Bemessung einer Leistung nach diesem Bundesgesetz nachträglich als gesetzlich nicht begründet herausstellt, ist die Zuerkennung zu widerrufen oder die Bemessung rückwirkend zu berichtigen.

## **Rückforderung**

### **§ 31**

(1) Bei Einstellung, Herabsetzung, Widerruf oder Berichtigung einer Leistung ist der Leistungsbezieher zum Ersatz des unberechtigt Empfangenen zu verpflichten, wenn er den Bezug durch unwahre Angaben oder durch Verschweigung maßgebender Tatsachen herbeigeführt hat oder wenn er erkennen musste, dass die Leistung nicht oder nicht in dieser Höhe gebührte.

(2) Die Verpflichtung zum Ersatz der empfangenen Leistung besteht auch dann, wenn rückwirkend eine Tatsache festgestellt wurde, bei deren Vorliegen kein Anspruch besteht. Der Empfänger einer Leistung nach diesem Bundesgesetz ist auch dann zum Ersatz des unberechtigt Empfangenen zu verpflichten, wenn sich ohne dessen Verschulden auf Grund des von der Abgabenbehörde an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse übermittelten Gesamtbetrages der Einkünfte ergibt, dass die Leistung nicht oder nicht in diesem Umfang gebührt hat.

(3) Wenn eine dritte Person eine ihr obliegende Anzeige vorsätzlich oder grob fahrlässig unterlassen oder falsche Angaben gemacht und hiedurch einen unberechtigten Bezug verursacht hat, kann sie zum Ersatz verpflichtet werden.

(4) Rückforderungen, die gemäß den Abs. 1 bis 3 vorgeschrieben wurden, können auf die zu erbringenden Leistungen bis zur Hälfte derselben aufgerechnet werden; sie vermindern den Leistungsanspruch entsprechend. Der Krankenversicherungsträger kann bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Umstände (Härtefälle), insbesondere in Berücksichtigung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Empfängers,

1. die Erstattung des zu Unrecht gezahlten Betrages in Teilbeträgen (Ratenzahlungen) zulassen,

2. die Rückforderung stunden,

3. auf die Rückforderung verzichten.

Der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen wird Ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen durch Verordnung die Kriterien für Härtefälle sowie Art und Weise der Rückforderung festzulegen.

(5) Anlässlich der Vorschreibung von Rückforderungen sind Ratenzahlungen zu gewähren, wenn auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners die Hereinbringung der Forderung in einem Betrag nicht möglich ist. Die Höhe der Raten ist unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners festzusetzen.

(6) Werden Ratenzahlungen bewilligt oder Rückforderungen gestundet, so dürfen keine Zinsen ausbedungen werden.

(7) Eine Verpflichtung zum Ersatz des unberechtigt Empfangenen einschließlich der Aberkennung des Anspruches auf Kinderbetreuungsgeld oder eine Verfügung zur Nachzahlung ist für Zeiträume unzulässig, die länger als fünf Jahre, gerechnet ab der Kenntnis des maßgeblichen Sachverhaltes durch den Krankenversicherungsträger, zurückliegen. Ebenso tritt ein Bescheid über eine Rückforderung von Kinderbetreuungsgeld nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Eintritt der Rechtskraft außer Kraft, wenn er bis zu diesem Zeitpunkt nicht vollzogen wurde.

#### **Mitwirkungspflichten**

##### **§ 32**

(1) Die Antragsteller haben bei der Feststellung des für den Anspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz maßgeblichen Sachverhaltes mitzuwirken.

(2) Dienstgeber (§ 35 ASVG, § 13 B-KUVG) und sonstige meldepflichtige Personen und Stellen (§ 36 ASVG) sind verpflichtet, den Krankenversicherungsträgern alle zur Feststellung des Gesamtbetrages der Einkünfte im Sinne des § 8 erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

#### **Abschnitt 8**

#### **Auszahlung der Leistungen**

##### **Art der Auszahlung**

##### **§ 33**

(1) Die Auszahlung der Leistungen nach diesem Bundesgesetz erfolgt jeweils monatlich im Nachhinein auf ein Konto bei

einem inländischen Geldinstitut oder per Post bis zum Zehnten des Folgemonats.

(2) In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, wie zB im Falle einer besonderen finanziellen Notlage oder einer Rückbuchung, kann eine vorzeitige Auszahlung im Höchstausmaß von einem Monatsbetrag unter Bedachtnahme auf die vorliegenden Anspruchstage erfolgen. Diese kann auch vor der Zuerkennung des Anspruches erfolgen, sofern mit der Zuerkennung gerechnet werden kann. Eine wiederholte Vorauszahlung ist jedoch nicht vorzunehmen, wenn sie in der Absicht begehrt wird, die im Abs. 1 festgelegte monatliche Auszahlung zu umgehen.

#### **Besondere Umstände**

##### **§ 34**

(1) Ist der Bezugsberechtigte handlungsunfähig, so ist die Leistung dessen gesetzlichem Vertreter oder dessen Bevollmächtigtem zur Verwendung für das Kind, für welches Kinderbetreuungsgeld bezogen wird, auszusahlen.

(2) Ist der Bezugsberechtigte trunk-, spiel- oder rauschgiftsüchtig, so kann die Leistung verlässlichen Familienangehörigen oder der Aufenthaltsgemeinde zur Verwendung für das Kind, für das Kinderbetreuungsgeld bezogen wird, ausgezahlt werden.

#### **Abschnitt 9**

##### **Mutter-Kind-Pass-Verfahren**

##### **§ 35**

(1) Die gemäß § 7 vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen sind von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung durchzuführen, und zwar

1. bei Personen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert oder freiwillig versichert sind, vom Träger dieser Krankenversicherung, bei mehrfacher Krankenversicherung von dem Versicherungsträger, der zuerst in Anspruch genommen wird;

2. bei Personen, für die als Angehörige ein Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, von dem Versicherungsträger, gegen den sich dieser Leistungsanspruch richtet;

3. bei allen übrigen Personen von der nach dem Wohnsitz zuständigen Gebietskrankenkasse.

(2) Für die Durchführung der Untersuchungen kommen insbesondere Vertragsärzte, Einrichtungen der Vertragsärzte

oder sonstige Vertragspartner, Schwangeren- oder Mütter- und Elternberatungsstellen der Länder oder eigene Einrichtungen der Krankenversicherungsträger in Betracht.

(3) Zwischen dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Österreichischen Ärztekammer mit Vollmacht und mit Zustimmung der Ärztekammern in den Bundesländern ist ein Gesamtvertrag abzuschließen, der die Durchführung der gemäß § 7 vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen und die Vergütung der ärztlichen Leistungen regelt. Der Gesamtvertrag bedarf nicht der Zustimmung der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bestimmungen der §§ 338 bis 351 ASVG, des § 181 BSVG, des § 193 GSVG und des § 128 B-KUVG gelten sinngemäß. Der Gesamtvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die im Vertrag vorgesehene Vergütung der ärztlichen Leistungen, gemessen an der Vergütung vergleichbarer Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, unangemessen ist. Bis zum Abschluss eines neuen Vertrages gilt der beziehend auf § 39e Abs. 6 FLAG

1967 in der am 31. Dezember 2001 geltenden Fassung abgeschlossene Gesamtvertrag weiter.

(4) Die Kosten für die gemäß § 7 vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen sind für die im Abs. 1 Z 3 genannten Personen zur Gänze vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen; für die übrigen Personen sind die Untersuchungskosten zu zwei Dritteln vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung zu tragen. Die vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragenden Kosten sind gegen Rechnungslegung dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zu überweisen, welcher die Aufteilung auf die einzelnen Träger der gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen hat. Der vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leistende Kostenersatz kann pauschaliert werden. Auf den Kostenersatz können angemessene Vorschüsse geleistet werden.

(5) Die gemäß § 7 vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen können bei den im § 2 Abs. 1 Z 2 B-KUVG genannten Personen und deren Angehörigen, für die Krankenfürsorge seitens einer Krankenfürsorgeeinrichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstgebers vorgesehen ist, auch von dieser durchgeführt werden. Die Kosten für die Untersuchungen werden den Krankenfürsorgeeinrichtungen zu zwei Dritteln vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ersetzt, soweit sie die zwischen dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Österreichischen Ärztekammer vereinbarten Untersuchungskosten nicht

überschreiten (Abs. 3). Der vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leistende Kostenersatz kann pauschaliert werden. Auf den Kostenersatz können angemessene Vorschüsse geleistet werden.

(6) Die Kosten für den Mutter-Kind-Pass (§ 7) sind vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

(7) Der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen oder von diesem beauftragte Experten sind im Sinne des Datenschutzgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, zur Ermittlung und Verarbeitung von persönlichen gesundheitsbezogenen Daten von Müttern und Kindern im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramm ermächtigt. Dabei können zum ausschließlichen Zweck der Evaluierung Auskünfte über die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen einschließlich der Vorlage des Mutter-Kind-Passes verlangt werden. Eine Weitergabe personenbezogener Daten ist untersagt.

(8) Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat auf Verlangen die in seinem Wirkungsbereich befindlichen Daten betreffend das Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogramm dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen oder von diesem Bundesminister beauftragten Experten für den ausschließlichen Zweck der Evaluierung des Mutter-Kind-Pass-Untersuchungsprogrammes zur Verfügung zu stellen. Eine Weitergabe personenbezogener Daten ist untersagt.

## **Abschnitt 10**

### **Datenerhebung**

#### **§ 36**

(1) Im Verfahren zur Gewährung von Kinderbetreuungsgeld sind die Krankenversicherungsträger berechtigt, die hierfür notwendigen personenbezogenen Daten der antragstellenden Personen (des Kinderbetreuungsgeldempfängers), der im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten oder Lebensgefährten und der Kinder automationsunterstützt zu ermitteln und zu verarbeiten; das sind folgende Daten:

1. Namen, Titel, Anschrift und Telefonnummer;
2. Geburtsdatum und Sozialversicherungsnummer;
3. Staatsbürgerschaft;
4. Familienstand und Geschlecht;
5. Beruf bzw. Tätigkeit;
6. Firmenbuchnummern, Namen und Anschrift des Dienstgebers;
7. Anspruchs- und Berechnungsgrundlagen;
8. Art, Umfang und Stand der Verfahren;
9. Bescheide;
10. Bankverbindung und Kontonummer;

11. Vertreter, Zahlungsempfänger sowie die Art und Dauer der Vollmacht;
12. Zahlungsbeträge.

(2) Die mit der Vollziehung betrauten Krankenversicherungsträger sind verpflichtet, im Wege der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen insbesondere folgende Daten zur automationsunterstützten Besorgung der Statistik zu übermitteln:

1. Anzahl der Bezieher aufgegliedert nach Geschlecht;
2. Dauer des Bezuges;
3. Häufigkeit des Wechsels;
4. Anzahl der Bezieher von Zuschuss;
5. Anzahl der Personen mit Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gemäß § 3 Abs. 2.

### **Datenübermittlung**

#### **§ 37**

(1) Die Abgabenbehörden haben den Krankenversicherungsträgern jene Daten, die eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung der ihnen durch dieses Bundesgesetz übertragenen Aufgaben darstellen, elektronisch zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen wird ermächtigt, Art und Weise des Verfahrens der elektronischen Übermittlung durch Verordnung festzulegen.

(2) Im Sinne des Abs. 1 haben die Abgabenbehörden für Personen, deren Einkommen zur Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz heranzuziehen ist, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches im Ermittlungsverfahren festgestellte Daten gemäß § 8 sowie jene Daten, aus denen Ansprüche auf Familienbeihilfe hervorgehen, auf Anfrage den Krankenversicherungsträgern bekannt zu geben. Die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht des § 48a BAO ist zu beachten.

(3) Die Krankenversicherungsträger sind verpflichtet, den anderen Krankenversicherungsträgern auf deren Ersuchen die für die ordnungsgemäße Vollziehung dieses Bundesgesetzes erforderlichen Daten gemäß Abs. 1 und 2 sowie § 36 im Wege automationsunterstützter Datenübermittlung zur Verfügung zu stellen.

## **Abschnitt 11**

### **Finanzierung Deckung des Aufwandes § 38**

(1) Für die finanzielle Abwicklung dieses Bundesgesetzes sind eigene Rechnungskreise einzurichten, die eine Zuordnung des erforderlichen Aufwandes der Krankenversicherungsträger unter

Berücksichtigung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit eindeutig ermöglichen. Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen hat der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse die nachgewiesenen, erforderlichen und zuordenbaren Aufwendungen für die Leistungen, die Verfahrenskosten, die Zustellgebühren, den entsprechenden Anteil an den Verwaltungsaufwendungen sowie die sonstigen Aufwendungen nach diesem Bundesgesetz zu ersetzen.

(2) Die anteiligen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Kosten für den Betrieb des Kompetenzzentrums gemäß § 24 Abs. 3 können pauschal ermittelt und in der Höhe der festgesetzten Pauschalbeträge ersetzt werden. Der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen hat die Pauschalbeträge nach Anhörung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen durch Verordnung festzusetzen. Die Pauschalbeträge sind neu festzusetzen, wenn die anteiligen Verwaltungsaufwendungen, insbesondere auf Grund von Gesetzesänderungen, um mehr als 5 vH zu- oder abnehmen. Mit Wirkung ab 1. Jänner eines jeden Jahres sind die Pauschalbeträge mit der Aufwertungszahl des jeweiligen Kalenderjahres (§ 108a ASVG) zu vervielfachen und auf einen Cent zu runden.

(3) Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen hat der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse den nachgewiesenen, für die Herstellung der Voraussetzungen zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes, auch im Falle von Gesetzesänderungen, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erforderlichen einmaligen Aufwand einschließlich der Implementierungskosten aller Krankenversicherungsträger zu ersetzen. Die Höhe des zustehenden Ersatzes der einmaligen Aufwendungen nach diesem Absatz und die Fälligkeit ist jeweils vom Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen auf der Grundlage der von der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse vorzulegenden Nachweise zu ermitteln und durch Verordnung festzusetzen. Die anteiligen erforderlichen und zuordenbaren Errichtungs- und Entwicklungskosten des Datennetzes sind dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger zu ersetzen.



(4) Für nachträgliche Anpassungen oder Investitionen insbesondere technischer Natur, die anlässlich der Vollziehung oder von Änderungen dieses Bundesgesetzes erforderlich werden, ist Abs. 3 sinngemäß anzuwenden.

#### **Verrechnung** **§ 39**

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen kann der Niederösterreichischen Gebietskrankenkasse die Aufwendungen aller zuständigen Krankenversicherungsträger für die Leistungen nach diesem Bundesgesetz bevorschussen. Die Endabrechnung ist jährlich im Nachhinein vorzunehmen.

#### **Abgabe für Zuschüsse** **§ 40**

Die Abgabe für Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld fließt dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu.

### **Abschnitt 12**

#### **Schlussbestimmungen** **Rechtshilfe** **§ 41**

(1) Die Verwaltungsbehörden, das Arbeitsmarktservice und die Gerichte sind verpflichtet, den in Vollziehung dieses Bundesgesetzes an sie ergehenden Ersuchen der Krankenversicherungsträger im Rahmen ihrer sachlichen und örtlichen Zuständigkeit zu entsprechen.

(2) Barauslagen, die der ersuchten Stelle aus der Hilfeleistung erwachsen, mit Ausnahme von Portokosten, sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten.

(3) Die Krankenversicherungsträger sind berechtigt, auf automationsunterstütztem Weg Einsicht in das automationsunterstützt geführte Grundbuch, in das zentrale Gewerberegister und in das automationsunterstützt geführte Firmenbuch zu nehmen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Bundesgesetz notwendig ist. Die Berechtigung zur Einsicht in das Grundbuch umfasst auch die Einsichtnahme in das Personenverzeichnis. Die Berechtigung zur Einsicht in das Firmenbuch umfasst auch die bundesweite Suche nach im Zusammenhang mit den Rechtsträgern gespeicherten Personen.

## **Unterhaltsanspruch**

### **§ 42**

Das Kinderbetreuungsgeld gilt nicht als eigenes Einkommen des Kindes und mindert nicht dessen Unterhaltsanspruch.

## **Pfändungsverbot und Steuerbefreiung**

### **§ 43**

(1) Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld ist gemäß § 290 der Exekutionsordnung, RGBL. Nr. 79/1896, nicht pfändbar.

(2) Kinderbetreuungsgeld ist von der Einkommensteuer befreit und gehört auch nicht zur Bemessungsgrundlage für sonstige Abgaben und öffentlich-rechtliche Beiträge.

## **Gebührenfreiheit**

### **§ 44**

(1) Die im Verfahren nach diesem Bundesgesetz erforderlichen Eingaben, Vollmachten und Ausfertigungen sind von den Stempelgebühren und Verwaltungsabgaben des Bundes befreit. Die §§ 76 bis 78 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG 1991), BGBl. Nr. 51, sind im Verfahren nach diesem Bundesgesetz nicht anzuwenden.

(2) Der Ersatz des Aufwandes gemäß § 38 stellt kein Entgelt im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1994 (UStG 1994), BGBl. Nr. 663, dar.

## **Verwaltungsstrafbestimmung**

### **§ 45**

Personen, die grob fahrlässig oder vorsätzlich unwahre Angaben gemacht oder maßgebliche Tatsachen verschwiegen und dadurch zu Unrecht Kinderbetreuungsgeld bezogen haben, sind von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 2 000 Euro zu bestrafen.

## **Sprachliche Gleichbehandlung**

### **§ 46**

Soweit in diesem Bundesgesetz personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

## **Verweisungen**

### **§ 47**

Soweit in diesem Bundesgesetz auf Bestimmungen anderer Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese, soweit nicht

ausdrücklich anderes bestimmt ist, in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

#### **Vollzug** **§ 48**

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut

1. hinsichtlich des Abschnittes 4 sowie des § 37 Abs. 1 und 2 der Bundesminister für Finanzen,
2. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen.

#### **In-Kraft-Treten** **§ 49**

(1) Dieses Bundesgesetz tritt - mit Ausnahme der §§ 24 Abs. 4 und 38 Abs. 3 - am 1. Jänner 2002 in Kraft und ist für Geburten nach dem 31. Dezember 2001 anzuwenden.

(2) Auf Geburten zwischen dem 1. Jänner 2002 und 30. Juli 2002 ist § 3 Abs. 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass vom Nachweis der Untersuchungen während der Schwangerschaft abgesehen wird.

(3) § 24 Abs. 4 tritt mit dem der Kundmachung dieses Gesetzes folgenden Tag in Kraft.

(4) § 38 Abs. 3 tritt mit 1. September 2001 in Kraft.

## **Anhang II: Auszug Regierungsprogramm für die XXI. GP**

Auszug aus dem Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode

### **KAPITEL III: PROGRAMM FÜR FAMILIEN, DIE JUGEND UND SENIOREN**

Den Familien mehr Wahlfreiheit ermöglichen

#### **1. Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld für alle**

Die Erziehung und Betreuung von Kindern ist eine unverzichtbare Leistung der Eltern für die gesamte Gesellschaft. Eine konsequente Familienförderung ist daher eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Der Familienfonds FLAF wird weiterhin die Basis für den Lasten und Leistungsausgleich für unsere Familien bilden. Wir wollen daher die derzeitige Form des Karenzgelds und der Karenzzeit einer grundlegenden Reform unterziehen:

(1) Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld wird von der Erwerbstätigkeit vor der Geburt des Kindes abgekoppelt und besteht daher für alle Mütter und Väter, die sich der Kinderbetreuung widmen (Anspruchsvoraussetzungen analog zur Familienbeihilfe). Damit ist das Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld nicht länger eine Versicherungsleistung, sondern eine Familienleistung, die zur Gänze aus Mitteln des Familienfonds getragen wird.

(2) Die Dauer des Anspruchs auf Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld besteht 36 Monate, wobei ein Elternteil 24 Monate, der zweite Elternteil 12 Monate anspruchsberechtigt ist.

(3) Das Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld ist eine erwerbsunabhängige Leistung. Damit entsteht für Eltern eine völlig neue Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung und eine neue Qualität in der Eigenverantwortung für die Kinderbetreuung. Es besteht jedoch eine – im Vergleich zu bisher - höhere Zuverdienstgrenze. Der Gesamtbetrag der Zuverdienstgrenze wird auf zwölf Monate durchgerechnet.

(4) Die Auszahlung des Karenzgeldes / des Kinderbetreuungsgeldes wird an die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen gekoppelt. Werden diese Untersuchungen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne nicht durchgeführt, wird ein Malus beim Kinderbetreuungsgeld/ Karenzgeld in Abzug gebracht.

(5) Alle Rechtsbereiche, wie zum Beispiel das Arbeitsrecht (Kündigungsschutz etc.), werden analog dieser Neuregelung der Karenzzeit / Kinderbetreuungszeit geändert.

(6) Das Kinderbetreuungsgeld / Karenzgeld wird für jedes Kind für die ersten 18 Monate auf ATS 6.250,- pro Monat angehoben.

(7) Für jedes der ersten 18 Monate wird ein Betrag von ATS 250,- für den jeweiligen Pensionsversicherungsträger einbehalten. Damit sind ab dem

1. Jänner 2002 diese in Anspruch genommenen Karenzzeiten / Kindererziehungszeiten pensionsbegründende Beitragszeiten.

(8) Ab dem 19. Monat wird das Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld in der Höhe von ATS 6.000,- pro Monat ausbezahlt.

(9) Im Rahmen der geplanten FAG-Verhandlungen soll unter Berücksichtigung der zu erwartenden Einnahmenüberschüsse des FLAF mit den Ländern Übereinstimmung hinsichtlich einer Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsgeldes in das 3. Lebensjahr gefunden werden. Eine Integration der Sondernotstandshilfe und der Notstandshilfe in das Konzept des Kinderbetreuungsgeldes/Karenzgeldes soll geprüft werden.

(10) Die Bundesländer werden eingeladen, ihre Familienleistungen an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen und auf jene Zeiten zu konzentrieren, in denen es keinen Anspruch auf Karenzgeld gibt.

(11) Diese Regelung für Kinderbetreuungsgeld/Karenzgeld gilt auch für Adoptiveltern.

(12) Diese Neuordnung der Kinderbetreuungszeit / Karenzzeit tritt am 1. Jänner 2002 in Kraft, wobei die Verlängerung der Karenzzeit für alle Eltern gilt, deren Kinder nach dem 30. Juni 2000 geboren werden und die zu diesem Zeitpunkt bereits einen Karenzanspruch erworben haben.

## **2. Neuregelung des Mehrkinderzuschlags**

Die Einkommensobergrenze für den Mehrkinderzuschlag entfällt.

## **3. Familie und Beruf vereinbar machen**

Familienpolitik und familienpolitische Maßnahmen sollen der Vereinbarkeit von Kind und Beruf für beide Elternteile gerecht werden. Wir wollen für Mütter und Väter die Wahlfreiheit gewährt wissen, dass beide Partner Beruf und Familie gleichzeitig verbinden, oder ob einer der beiden sich zeitweise ausschließlich der Familienarbeit widmet. Bei der Schaffung zusätzlicher und dem Ausbau bestehender Betreuungsplätze ist auf den Bedarf, pädagogische Erfordernisse, familienähnliche, kindgerechte, kundenorientierte und flexible Strukturen sowie auch auf die spezifische Situation alleinerziehender Elternteile Rücksicht zu nehmen. Unternehmen sollen durch spezifische Anreize ermutigt werden, familienpolitische Maßnahmen zu setzen.

## **4. Familie in der Verfassung verankern**

Wir wollen als sichtbares Zeichen der Anerkennung der Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen, die Unterstützung der Familien als Staatsziel in der Verfassung verankern, wie das in vielen EU-Staaten schon lange der Fall ist.

## **5. Maßnahmen zur Elternausbildung und Familienberatung**

· Ausbau und Intensivierung des Angebots der Elternbildung zur Vorbeugung bzw. Bewältigung innerfamiliärer Krisen. Ausbau des Angebots an Familienberatungsstellen, insbesondere der Ausbau zu multifunktionalen Beratungszentren, in denen neben der Beratung auch Maßnahmen der Prävention und Therapie angeboten werden, soll

fortgesetzt werden. Forcierung der Vernetzung mit anderen Förderungsstellen zur Finanzierung der über die Familienberatungsförderung hinausgehenden Angebote der Prävention und Therapie. Neue Schwerpunktsetzung zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter besonderer Berücksichtigung der Beratung zum Wiedereinstieg in das Berufsleben nach längerer Familienphase.

- Im Scheidungsverfahren ist eine qualifizierte Mediation sicherzustellen.
- Ausbau der Beratungsmöglichkeiten für Eltern behinderter Kinder.

## **KAPITEL IV: POLITIK FÜR FRAUEN**

### **1. Gleichberechtigung und Partnerschaft von Frau und Mann**

Wir bekennen uns zu einem partnerschaftlichen Lebensmodell und setzen die vollständige Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit von Frau und Mann voraus. Chancengleichheit ist als Prinzip auf allen Ebenen des Zusammenlebens, in Ehe und Familie, im Berufs- und Arbeitsleben sowie auf der Ebene von Staat und Politik zu unterstützen. Für uns ist Frauenpolitik ein breiter politischer Gestaltungsauftrag und fällt damit in die Zuständigkeit von allen Ressorts.

Nur die möglichst eigenständige Entscheidungsfreiheit der Frau auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen wird neben formalrechtlichen Diskriminierungsverboten dazu beitragen, gesellschaftliche Benachteiligungen auszugleichen. Daher müssen wir alle – Frauen oder Männer - für gleichen Verdienst von Frauen bei gleichwertiger Arbeit, für eine bessere Absicherung im Alter, für eine höhere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und in politischen Gremien auftreten.

Unsere Frauenpolitik spricht alle Frauen an, Frauen in allen Lebensphasen, im Alter und in der Jugend, am Arbeitsmarkt und im Haushalt, Frauen mit und ohne Kinder. Unsere Frauenpolitik orientiert sich an den tatsächlichen Bedürfnissen von Frauen und bekennt sich dazu, die faktischen Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen. Wir setzen uns auch zum Ziel, die gesellschaftliche Anerkennung des politischen Engagements von Frauen zu verbessern. Wir bemühen uns, politische Strukturen frauen- und familienfreundlicher zu gestalten, damit Frauen ermutigt werden, sich politisch zu engagieren.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer optimieren, die Kinderbetreuung ausbauen, mit unserer Bildungspolitik die berufliche Qualifikation von Frauen verbessern und mit der verbesserten (z.B. schrittweisen pensionsbegründenden) Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Zeiten ausschließlicher Familienarbeit die wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit von Frauen absichern. Die Frauenpolitik kann und darf sich aber nicht in der Sozialversicherungspolitik erschöpfen.

## **Anhang III: Auszug Regierungsprogramm für die XXII. GP**

Auszug aus dem Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode

### **16. Familie und Generationen**

#### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:**

Die Bundesregierung unterstützt alle Maßnahmen, die den Eltern die Wahlfreiheit bei der Betreuung ihrer Kinder ermöglichen. Die Bundesregierung wird darauf einwirken, dass die Länder und Gemeinden ein qualitätsvolles, ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen unter Berücksichtigung der Erfüllung der EU-Ziele für Kinder unter 3 Jahren und zur Betreuung in den schulfreien Zeiten sicherstellen. Die Bundesländer werden eingeladen, ihre Familienleistungen an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen und auf jene Zeiten zu konzentrieren, in denen es keinen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld gibt.

- Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt (Audit „Familie und Beruf“ und flexible Arbeitszeitmodelle)
- Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes
- Aktivierung der Rolle der Väter und Förderung der Väterkarenz
- Zuschläge zum Kinderbetreuungsgeld bei Mehrlingsgeburten
- Evaluierung der Eltern- und Partnerbildung und deren zielorientierte Weiterführung
- Ausbau der Familienberatungsstellen zu Familienkompetenzzentren
- Änderung der Richtlinien für den Familienhärteausgleich
- Förderung des „Unternehmens Haushalt“
- Verankerung der Familie in der Verfassung
- Einrichtung einer Bundeskoordinationsstelle für Familie und Beruf im Rahmen des Sozialressorts.

## Lebenslauf

- Persönliches:** Maria Rathgeb, geb. am 8. Sept. 1974 in Salzburg  
Eine Tochter: Anna Rathgeb, geb. 18. Dez. 2007  
Adresse:  
Neubaugasse 29/20  
1070 Wien
- Ausbildung:** Matura in Salzburg 1993  
Studium der Politikwissenschaft und Fächerkombination  
Publizistik und Entwicklungspolitik an der Universität Wien  
1994- 2008

### Tätigkeiten während des Studiums:

„Informer“ bei der Informationsbustour der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich zum Thema EU-Erweiterung; 1998

Praktikum im Europazentrum Wien:  
Organisation und Durchführung von EU-  
Informationsständen zum Europatag, Mitorganisation  
internationaler Jugendseminare, Evaluierung, Mitgestaltung  
der Zeitung (Verfassen von Berichten, Layout); 1999 –  
2000

„Informer“ bei der Bustour des Informationsbüros des Europäischen Parlamentes in Österreich anlässlich der Europawahlen; 1999

Wiener Wirtschafts Förderungs Fonds (WWFF):  
Aktualisierung des EU-Handbuchs zur Förderung von  
Unternehmen, Kundenbetreuung, Aktualisierung der  
Homepage, Erstellen von Informationsblätter,  
Sekretariatsarbeiten; 2001 - 2002

Wiener Medizinische Akademie (WMA):  
Assistenz bei der Durchführung von Ärztekongressen;  
2002 - 2003

Wiener Medizinische Akademie (WMA):  
Kongressmanagerin - Selbständige Organisation und  
Durchführung von Ärztekongressen; 2004-2007

Derzeit in Karenz (10 Monate alte Tochter Anna),  
gelegentlich Mitarbeit bei Kongressen



## **Abstract**

In dieser Arbeit beschäftige ich mich mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes während der ÖVP-FPÖ-Regierung 2001. Das erwerbszentrierte Modell des Karenzgeldes wurde durch eine Familienleistung abgelöst, die von einer vorhergehenden Beschäftigung losgelöst ist. Mit dem Kinderbetreuungsgeld sollte die Erhöhung der Wahlfreiheit und Verbesserung von Beruf und Familie, ein verbesserter Erwerbsverlauf von Frauen und Förderung des Wiedereinstiegs, die höhere Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung und die Verringerung von Armut erreicht werden.

Diese familienpolitische Maßnahme wurde und wird von ihren Befürwortern und Gegnern breit diskutiert. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Erwerbstätigkeit der Frauen gelegt. Die ÖVP-FPÖ-Koalition hat bei der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes mit dem Argument der größeren Wahlfreiheit für Frauen argumentiert. Durch die Anhebung der Dauer des Leistungsbezugs um ein Jahr auf drei Jahre, wird der ÖVP-FPÖ-Koalition vorgeworfen, Frauen länger aus dem Erwerbsleben fernhalten zu wollen. Unterstützend für dieses Argument ist dabei die Situation der fehlenden Kinderbetreuungsplätze, vor allem für Kinder unter drei Jahren. Ein großes Problem bildet sicherlich die Dauer des Anspruchs auf Leistungsbezug, der nicht mit dem arbeitsrechtlichen Anspruch auf Rückkehr zum Arbeitsplatz übereinstimmt. In der Studie Riesenfelder u.a. (2007) wird erhoben, dass Frauen, die das Kinderbetreuungsgeld beziehen, insgesamt tatsächlich erst später ins Erwerbsleben zurückkehren, nämlich entweder nach Ablauf des arbeitsrechtlichen Anspruchs auf Karenz oder nach Ablauf der finanziellen Zuwendungen. Allerdings ist nach dem 12. Monat der Karenzdauer der Anteil der Frauen, die ins Erwerbsleben zurückkehren, mit Einführung des Kinderbetreuungsgeldes auf beinahe das doppelte gestiegen (vgl. Riesenfelder 2007, S. 95).

Gauthier unterscheidet vier Modelle der Familienpolitik, die ÖVP-FPÖ-Familienpolitik kann dem traditionellen Modell zugeordnet werden. Sowohl für die ÖVP als auch für die FPÖ dürfte die Bewahrung der Familie als gesellschaftliche Institution vorrangig sein.